G8: DIE DEUTUNG DER WELT

KRITIK, PROTEST, WIDERSTAND

2007 / 4,50€ / GEMEINSCHAFTSAUSGABE DER ZEITSCHRIFTEN ANALYSE & KRITIK + ARRANCA! + FANTOMAS + SO ODER SO MAGAZIN

ARRANCA! NR. 36, FANTÔMAS NR. 11, SO ODER SO MAGAZIN NR.3, SONDERBEILAGE ZU AK - ANALYSE & KRITIK



G8: DIE DEUTUNG DER WELT

KRITIK, PROTEST, WIDERSTAND

EDITORIAL

Wenn sich im Juni 2007 die Regierungs- und Staatschefs der G8-Staaten im Ostseebad Heiligendamm treffen, werden sie nicht allein sein: Zehntausende werden gegen die Politik der G8-Staaten und die kapitalistische Globalisierung protestieren. Sie werden deutlich machen, dass sie die Ausbeutung von Mensch und Natur, für die die Politik der Regierenden der G8-Staaten steht, nicht hinnehmen. Sie werden „Nein!" sagen zu den aktuellen und zukünftigen Kriegen. Sie werden die Politik bekämpfen, die unter „Freiheit" nur die Freiheit des globalen Kapitals versteht, die Bewegungsfreiheit der Menschen dagegen durch ein rassistisches Grenzregime kriminalisiert.

Bei den G8-Gipfeln und den Protesten der sozialen Bewegungen geht es immer auch um die **Deutung der Welt**. Dabei ist ein symbolischer Erfolg der „Bewegung der Bewegungen", wie sich die sehr heterogenen Strömungen selbst bezeichnen, offensichtlich. Nach Genua mussten sich die RepräsentantInnen der neoliberalen globalen Ordnung bei ihren jährlichen Gipfeln aus den Zentren zurückziehen. Seitdem treffen sie sich in abgelegenen Luxusdomizilen, abgesichert von gestaffelten Stacheldrahtzäunen, bewacht von Tausenden von PolizistInnen und von Flugabwehrraketen. Die Regierenden schützen sich vor den BürgerInnen, die sie angeblich repräsentieren. Zugang werden neben den JournalistInnen, die die Inszenierung der Macht ins rechte Licht rücken sollen, höchstens ein paar Claqueure haben. Ansonsten werden sie sich in ihrer Zitadelle verschanzen.

Erfreulich ist die Breite der Bewegung, die ihre Stimme gegen die Politik der G8-Staaten erhebt. Sie reicht von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen über MigrantInnen, Gewerkschaftsgliederungen, christlichen Basisgruppen bis hin zur radikalen Linken. Wenn diese unterschiedlichen politischen und sozialen Milieus und Ansätze in einen Austausch treten, kann aus der Vielheit eine politische Gegenmacht werden. Dies heißt nicht, Differenzen zu verschweigen. Und manchmal wird es auch sinnvoll sein, getrennte Wege zu gehen. Aber nicht jede Differenz muss zu einem Rütli-Schwur auf die jeweilige Wahrheit werden. Gelingt dies in einer gesellschaftlich relevanten Dimension, können sich neue Horizonte im Kampf gegen den neoliberalen Kapitalismus eröffnen.

Die Redaktionen von ak – analyse & kritik, arranca!, Fantômas und So oder So wollen mit dieser gemeinsam geplanten und erstellten Broschüre einen Beitrag zu den Protesten leisten. Sie hat nicht den Anspruch, die Politik der G8-Staaten umfassend zu analysieren. Auch können wir den Protesten – oder mit den Worten von Immanuel Wallerstein: dem „Lager von Porto Alegre" – nicht in all ihren Facetten gerecht werden. Das Heft soll aber einen Eindruck über die Bedeutung der Politik der G8-Staaten vermitteln und aufzeigen, wie sehr die Kämpfe in den unterschiedlichen Bereichen und Kontinenten miteinander verflochten sind.

Bei den G8-Treffen geht es um die Aufrechterhaltung und Gestaltung einer globalen Ordnung von der nur wenige profitieren. Dies ist das Interesse, das alle daran beteiligten Regierungschefs eint. Gleichwohl handelt es sich dabei nicht um eine Weltregierung, vielmehr sind die jährlich stattfindenden Gipfel Teil eines durchaus widersprüchlichen Machtnetzes (**BUKO-ASWW**). Zu den Knotenpunkten des Machtnetzes gehören die von den G8-Staaten beherrschten einflussreichen Institutionen wie IWF, Weltbank, WTO oder NATO. Sie spielten bei der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung eine zentrale Rolle. In den letzten Jahren scheinen sie aber an Einfluss verloren zu haben (**Ziai, Wahl**). Dahinter steckt – so Wahl – mehr als eine Formkrise, vielmehr ihr Einflussverlust ist Vorbote eines anstehenden Umbruches, auf den sich die Linke noch unzureichend eingestellt hat.

Unbestrittene Hegemonie im G8-Prozess hatten die USA. Heute präsentieren sie sich deutlich geschwächt. Manche – wie Wallerstein – vertreten die These, dass sich der Adler im Sturzflug befindet. Dafür sprechen sicherlich gute Gründe. Die Gegenthese vertreten hier **Panitch/Gindin**. Sie halten es für fahrlässig, die USA zu unterschätzen und verweisen auf ihre nach wie vor vorhandenen Machtpotenziale.

Eine wichtige Rolle im Konzert der Großmächte spielt die EU. Ihre vier bedeutendsten Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien) gehören den G8 an. Welche Ziele sich die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel während der derzeit laufenden EU-Ratspräsidentschaft gestellt hat, verdeutlicht **Gerhard Klas**.

Die letzten Jahre waren gekennzeichnet vom Aufstieg Indiens und Chinas. **Henning Böke** wirft einen Blick auf das chinesische Wirtschaftswunder, das mit großen sozialen und ökologischen Problemen verbunden ist. Die weitere Entwicklung als globaler Akteur wird auch davon abhängen, ob es gelingt, diese Probleme zu lösen.

Afrika ist geprägt durch die kolonialen Erblasten. Im Wettlauf um strategische Rohstoffe hat es in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Über die gegenwärtigen Entwick-

lungen, die dem vergessenen Kontinent wieder eine neue Rolle zuweisen, informiert **Melber**.

Die G8-Staaten verfügen über ein klar definiertes Bedrohungsszenario. Dazu gehören der räumlich und zeitlich unbegrenzte Krieg gegen den Terror, die Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen, die Versorgung der G8-Staaten mit strategischen Rohstoffen und die Kontrolle der Migrationsrouten. All dies erfordert eine grundlegende Veränderung der Militär- und Sicherheitspolitik. **Negri u.a.** zufolge werden die Kriege der Zukunft, die den Charakter von Polizeiaktionen annehmen, von flexiblen, schnell einsetzbaren, kleinen Einheiten geführt werden, die den Charakter von Polizeiaktionen annehmen.

Der 11. September 2001 markierte in der Sicherheitspolitik eine Zäsur. Der Krieg gegen den Terror wird zunehmend ohne Rücksicht auf Menschenrechte und Völkerrecht geführt (**Kaleck**). Die Verschleppung von Gefangenen in rechtsfreie Lager (Guantánamo) und der Einsatz von Folter (Abu Ghraib) sind dafür Beleg. Neben dieser „Notstandspolitik" wird die Abschottung der „freien Welt" vor nicht erwünschten MigrantInnen zur Signatur unserer Zeit. Das globale Kapital hat – so **Mike Davis** – mehrere Mauern errichtet, die alle Dimensionen des Eisernen Vorhangs bei weitem längst übertreffen.

Fragen der Energiesicherheit ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der G8-Gipfel. Seit dem Irakkrieg und seit dem Streit zwischen Russland und seinen Nachbarländern um die Gasversorgung hat sich die Debatte verschärft. **Hierlmeier/Engelke** skizzieren den Rahmen der politischen Auseinandersetzungen. Eine zentrale Rolle in der Energiepolitik spielt Russland, das zunehmend seinen Energiereichtum als strategischen Faktor einsetzt (**Neunhöffer**).

Im Nahen Osten lagert knapp die Hälfte der weltweit bekannten Ölreserven. Für die G8-Staaten ist die Kontrolle der Region von höchstem geopolitischen Interesse. Unter MilitärexpertInnen in den USA werden bereits Pläne zu einer völligen politischen Neuordnung der Region gehandelt (**Wagner**). Wie schwierig es ist, solche Pläne in die Realität umzusetzen, zeigt der Krieg im Irak, der zu einem Desaster zu werden droht. Für **Alnasseri** herrscht dort ein schreckliches Gleichgewicht unzähliger Partikularinteressen.

Einigen BeobachterInnen zufolge war der Grund des Krieges gegen den Irak dessen Absicht, die Öllieferungen in Zukunft in Euro statt in US-Dollar abrechnen zu wollen. Warum die globale Ökonomie eine Weltwährung benötigt, verdeutlichen **Euskirchen und Stützle**.

Auf der Agenda der G8 haben in den letzten Jahren Fragen des Geistigen Eigentums und des Patentschutzes an Bedeutung gewonnen. Westliche Pharma- und Agrokonzerne eignen sich mit Unterstützung der G8-Regierungen das kollektive Wissen indigener Gemeinschaften an, um daraus Profite erzielen zu können (**BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie**). Der Anteil der durch Geistiges Eigentum geschützten Güter am Welthandel wird rasant zunehmen. Was darunter zu verstehen ist und welche Probleme daraus für die G8-Staaten entstehen, verdeutlicht **Nuss**.

Konstitutive Merkmale der „globalisierungskritischen Bewegungen" waren deren Internationalismus und Pluralismus. **Seibert** geht im Rückgang auf zentrale Ereignisse dieser Bewegung den Fragen nach, welche Konsequenzen für eine Politik linker Intervention daraus zu ziehen sind. Die Vorbereitungen für Heiligendamm von Seiten der G8-GegnerInnen haben sich deutlich von Köln 1999 – dem letzten G8-Gipfel in Deutschland – unterschieden. Zentral war die Bereitschaft zu gemeinsam getragenen Aktionen. Daraus könnte eine neue Dynamik entstehen, wenn es gelingt, die lokalen mit den globalen Kämpfen zu verbinden (**Schröder**). Pluralität darf aber nicht zu Beliebigkeit führen. Sonst besteht die Gefahr, von den Regierenden vereinnahmt zu werden; so geschehen beim G8-Gipfel 2005 im schottischen Gleneagles (**Trott/Dowling**).

Ein Manko der G8-Mobilisierung ist die fehlende Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften. Ihre Spitzen sind gefangen in dem Dilemma von historischer Treue zur Sozialdemokratie, trotz deren neoliberaler Politik, und einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik in Richtung Internationalisierung und sozialer Bewegungen. Für **Deppe** ist der Elitenkonsens zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie schon längst aufgekündigt.

Die Bewegung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ist nicht zu denken ohne die Einflüsse, Impulse und AktivistInnen aus anderen Ländern. Die zahlreichen Kämpfe in Frankreich, Italien (Genua), den USA (Seattle), die Streiks in Korea und das Wiedererstarken der Linken in Lateinamerika werden hier aufmerksam verfolgt und in die Debatten eingespeist. Aber diese Kämpfe verlaufen nicht ohne Widersprüche und Rückschläge. Über Erfolge und Misserfolge, über Grenzen und Herausforderungen für diese Kämpfe berichten **Armano/Sciortino** (Italien), **Schmid** (Frankreich), **Ray/Lebuhn** (USA), **Eisenbürger** (Lateinamerika) und **Werning** (Südkorea).

Die Redaktionen von
ak, arranca!, Fantômas und So oder So im April 2007

I. DIE POLITIK DER G8 UND NEUE GLOBALE AKTEURE

II. KAMPFFELD ENERGIE/ÖL/GEISTIGES EIGENTUM

III. DAS LAGER VON PORTE ALEGRE



Aus unserer Sicht ist die G8 weniger als ein Machtzentrum zu begreifen, von dem aus Entscheidungen globaler Reichweite getroffen werden. Die Koordination der mächtigsten Regierungen bildet vielmehr einen Knoten im Netzwerk globaler Hegemonie, in dem sich Herrschaftsverhältnisse verdichten und umkonfigurieren.



Denn was wird eine radikale Linke werden, die unter der Zukunft der Kämpfe nicht mehr die Verallgemeinerung ihrer eigenen Linksradikalität versteht, weil sie weiß, dass der Pluralismus der Kämpfe und Subjektivitäten jeder Vereinheitlichung widersteht, auch einer „linksradikalen"?



Einige stellen sich sogar die Frage, ob ein weiterer Krieg bevorsteht, in dem die USA versuchen wird, die Ölwährung US-Dollar mit militärischer Gewalt zu sichern? Schließlich hatte auch der Irak vor dem US-Angriff den Ölhandel auf Euro umgestellt und allein durch den Kursverfall des US-Dollar gegenüber dem Euro 15% mehr Gewinn eingeheimst.



Auch wenn wir dadurch nicht gleich „Den Kapitalismus zur Geschichte machen“, ist die Ausweitung des Protestes eine Chance, eine Dynamik zu entfachen, die auch nach dem Gipfeltreffen Kämpfe in lokalen Auseinandersetzungen mit globalen Kämpfen verbinden kann.



Nach Ende des Kalten Krieges haben in der Gemengelage von Kooperation und Konflikt die zentrifugalen Tendenzen stark zugenommen. Die Blockdisziplin war entfallen, so dass vor allem die EuropäerInnen eigene Interessen stärker artikulierten. Auf der anderen Seite haben der Unilateralismus der Bush-Administration und ihr Kreuzzug gegen den Terrorismus die Divergenzen vertieft.



Die Vordenker russisch-europäischer Energiestrategien versuchen, die bestehenden Blockaden zu überwinden. Sie arbeiten an der Vernetzung der herrschenden Businesseliten in transnationalen Kooperationen und Unternehmenskonglomeraten. Zu den VerfechterInnen dieser Politik gehört Außenminister Frank-Walter Steinmeier.



Wenn demnächst MarathonläuferInnen auf Hamburger Sportplätzen ihre Runden drehen, kann es sein, dass sie nicht nur in, sondern auch auf Nike-Turnschuhen laufen. Auf gefälschten. Die zu Bodenmaterial geschredderten Markenimitate waren Teil der Produktfälschungen, die der Zoll Ende 2006 im Hamburger Hafen entdeckt hat.



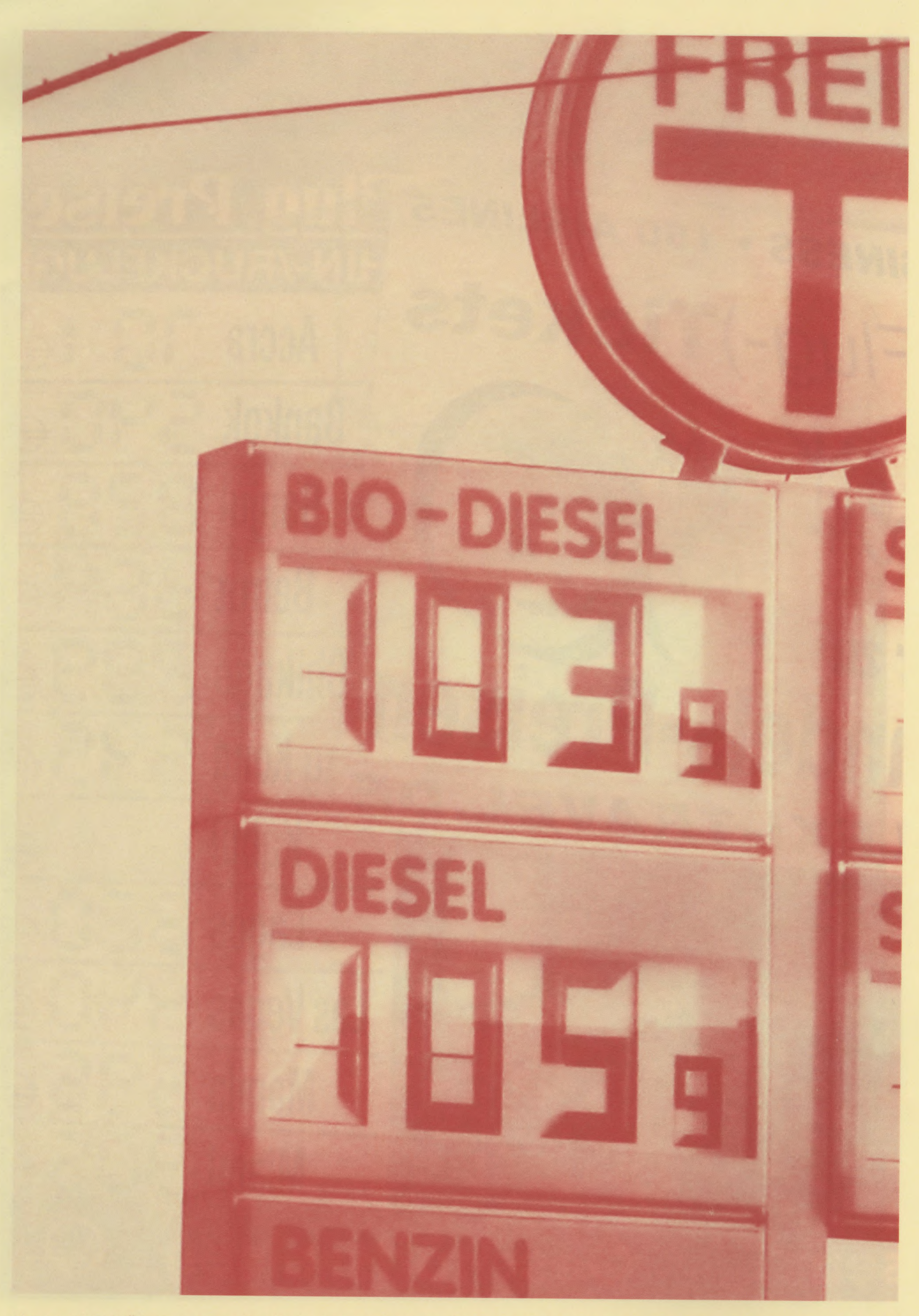
Höhepunkt der SCO war ein groß angelegtes gemeinsames Militärmanöver im Jahre 2005, das sich offiziell gegen den drohenden Terrorismus richtete. Der Einsatz schwerster und modernster konventioneller Waffensysteme, auf russischer Seite sogar der Einsatz von Nuklearbombern, machte aber deutlich, dass es auf Taiwan und die USA zielte.



Die Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 versetzten der globalisierungskritischen Bewegung in den USA einen schweren Schlag. Der Patriotismus und der „Krieg gegen den Terror" unterdrückten für einen Moment alle sozialen Kämpfe: „United we stand!" war die nationale Parole.



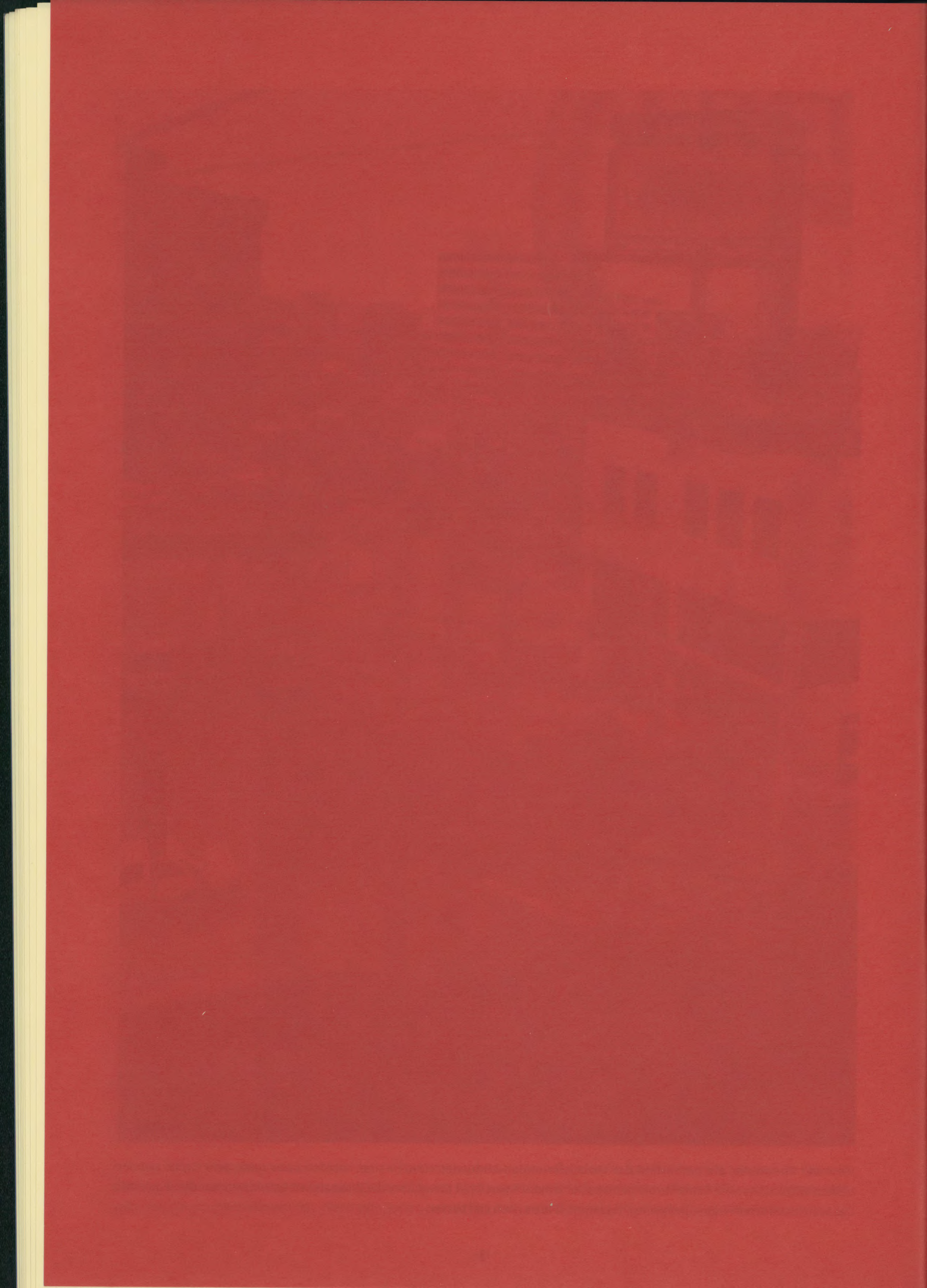
In vielen Teilen der Welt begreifen sich GewerkschafterInnen mit ihrem Kampf für die Interessen von LohnarbeiterInnen als Teil einer umfassenden sozialen Bewegung. Vielen geht es nach Jahren der Krise um den Wiederaufbau der Gewerkschaften „von unten".



Als 2004 der US-Übergangsverwalter für den Irak, Paul Bremer, das Land verließ, hatte die Besatzungsverwaltung u.a. die Order 81 zum irakischen Sortenschutzrecht erlassen. Danach können Pflanzensorten mit Hilfe von Sortenschutzrechten unter bestimmten Voraussetzungen geschützt werden. Wenn eine Sorte geschützt ist, darf gekauftes Saatgut nur einmal ausgesät werden.



Viele der Bündnisse, die im Vorfeld der Mobilisierung geschmiedet worden sind, werden zwar nach dem Gipfel wieder bedeutungslos, manche Kontakte bleiben aber, und manch eineR hat etwas über die Wirksamkeit kollektiven Handelns gelernt. Das wäre doch schon was – und vielleicht kommt ja alles noch viel besser.



I. DIE POLITIK DER G8 UND NEUE GLOBALE AKTEURE

Die Weltwirtschaft ist nach wie vor in Nationalstaaten fragmentiert. Deshalb sind internationale Institutionen notwendig. Dazu gehören der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank ebenso wie die Welthandelsorganisation (WTO) und die Gruppe der Acht (G8). Im Rahmen dieser Politik werden auf der einen Seite einzelstaatliche Interessen artikuliert und durchgesetzt; auf der anderen Seite werden die Rahmenbedingungen für die globale Ökonomie ausgehandelt. Die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Nationalstaaten findet jedoch alles andere als konfliktfrei statt. Nicht nur weil unterschiedliche Interessen vorliegen, sondern auch aufgrund der Machtungleichgewichte zwischen den Staaten.

Zentral für die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank. Sie sollten dazu beitragen, den nach 1929 zusammengebrochenen Weltmarkt wieder herzustellen. Inzwischen haben diese Institutionen einen Funktionswandel durchlaufen. WTO und G7/G8 wurden gegründet. Eine Einschätzung der Rolle und Funktion der G8 macht nur vor dem Hintergrund dieses Netzes der Weltpolitik und -ökonomie Sinn.

Nach wie vor spielen jedoch Nationalstaaten die zentrale Rolle: Hegemonialmächte, solche die es werden wollen und die, die diesen Status zu verlieren drohen, sind für die politische Entwicklung der Weltpolitik besonders relevant. Den USA, der Europäische Union sowie China kommt hier ein besonderer Stellenwert zu. Mit der Machtverschiebung zwischen den mächtigen Blöcken wird auch Afrika eine neue Rolle zugeschrieben. Eine Analyse dieser Staaten in ihrem Verhältnis zueinander und zum globalen Kapitalismus tut deshalb not.

Nach wie vor ist Krieg eine realistische und nicht immer letzte Option globaler Politik. Mit den neuen Kriegszielen („war on terror“) sind auch vergessen geglaubte Gewaltmittel wieder in das Standardrepertoire der Politik aufgenommen worden: Folter, Lager und Mauern, die die reichen Industrieländer vor dem „Elend der Welt“ schützen sollen.

VON ANTREIBERN UND GETRIEBENEN

ZUR BEDEUTUNG DES G8-PROZESSES UND DER PROTESTE

VOM BUKO ARBEITSSCHWERPUNKT WELTWIRTSCHAFT

Juni 2007. Am 2. Juni ziehen Hunderttausende durch die Straßen von Rostock, die Medien berichten von der „größten und buntesten Demonstration des vereinigten Deutschlands“. Es ist nur der Auftakt: Die Aktionen, Camps und Gegengipfel der folgenden Woche stellen den „Weltwirtschaftsgipfel“ fast in den Schatten. Zwei Jahre Vernetzungs- und Kampagnen-Treffen, Info-Touren und Vorbereitungen haben in Deutschland und Europa zu einer enormen Politisierung geführt – viele Menschen haben angefangen zu begreifen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht natürlich oder schicksalhaft sind, sondern sich durch kollektives Handeln verändern lassen. „Heiligendamm“ wird zum Kristallisationsmoment einer breiten, über die Gipfeltage hinausreichenden gesellschaftlichen Mobilisierung: Immer mehr Menschen widersetzen sich der neoliberal-imperialen Weltordnung und kämpfen für Alternativen. Große Teile der Gewerkschaften brechen mit der neoliberalen Sozialdemokratie, die sozialen Bewegungen verbünden sich miteinander und über die Grenzen Deutschlands hinaus, diskutieren einen neuen Internationalismus und verwirklichen die geforderten Alternativen im Alltag.

Solche Vorstellungen standen am Beginn der Mobilisierung zum G8-Gipfel vor zwei Jahren. Endlich sollte es gelingen, ein breites Bündnis von der radikalen Linken bis weit in die bürgerliche Mitte hinein zu formieren, die Defensive zu verlassen und Kritik an neoliberaler Politik wieder mehrheitsfähig zu machen. „G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken, Alternativen leben“ – diese Erwartungen, oder besser: Hoffnungen, hegte nicht nur die BUKO. Seither ist viel diskutiert, geplant, konkretisiert worden. Erfüllen sich die Erwartungen? Treffen die Analysen und Prognosen zu, die wir vor einem Jahr formuliert haben? Wie beziehen sich die Bewegungen auf die herrschende Politik? Zur Beantwortung dieser Fragen ist es nötig, zunächst auf Geschichte und aktuelle Funktion der G8-Staaten einzugehen, um anschließend zu diskutieren, wie eine gelungene Mobilisierung gegen den Gipfel aussehen müsste und wie die tatsächliche Mobilisierung abschneidet.

KNOTENPUNKT GLOBALER HEGEMONIE

Aus unserer Sicht ist die G8 weniger als ein Machtzentrum zu begreifen, von dem aus Entscheidungen globaler Reichweite getroffen werden. Die Koordination der mächtigsten Regierungen bildet vielmehr einen Knoten im Netzwerk globaler Hegemonie, in dem sich Herrschaftsverhältnisse verdichten und umkonfigurieren. Dieses sich durch die gesamte Gesellschaft ziehende Netz von Trennlinien und Machtbeziehungen lässt sich nicht auf ein einfaches „oben“ und „unten“ reduzieren. Nicht die „Bösen Acht“ treffen sich in Heiligendamm und planen hinter verschlossenen Türen ihre „fiesen“ Aktionen. Sollen die G8 sinnvoll kritisiert werden, so muss man sie in das bestehende System einordnen und zeigen, dass sich ihr Einfluss aus bestehenden Machtverhältnissen und -mitteln, Abhängigkeiten und Diskursen speist.

Dies zeigt die Geschichte der G8: Sie waren immer Spiegel der jeweils herrschenden Politik, zugleich Antreiber und Getriebene.

Die 1975 bei der Gründung der G7/G8 im französischen Rambouillet beteiligten sechs Regierungen – USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien – wollten sich in einem informellen Rahmen über Maßnahmen verständigen, mit denen auf den drastischen Ölpreisanstieg, die ökonomische Rezession und die monetären Turbulenzen, die sich nach der Aufhebung der Goldbindung des US-Dollars 1971 und der Freigabe der Wechselkurse 1973 ergeben hatten, reagiert werden konnte. Auch politisch standen die Regierungen der großen kapitalistischen Staaten unter Druck. Die USA hatten in Vietnam die schwerste Niederlage ihrer Geschichte hinnehmen müssen, linke Massenbewegungen hatten seit Ende der 1960er Jahre das politische System herausgefordert.

Das informelle, zurückgezogene Treffen der damals sechs Staatschefs zielte in den 1970er Jahren auf Re-Stabilisierung des Weltwirtschaftssystems – durch staatliche Maßnahmen. In den 1980er Jahren kam es zu einem Politikwechsel: Die „Neue Weltwirtschaftsordnung“ basierte auf liberalisierten Märkten, der zunehmenden Macht transnationaler Unternehmen sowie den politischen Säulen von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und einer zukünftigen Welt-

handelsorganisation (WTO). Mit diesem Projekt sollte die Stellung der westlichen Staaten in den weltweiten Machtverhältnissen verteidigt werden. Dies geschah gegen ein breites Bündnis von Entwicklungsländern, die ihre Kritik im Rahmen des UN-Systems mit großem Nachdruck vertraten. Für den Zweck des Machterhaltes erwiesen sich das marktförmige Währungssystem und ab 1982 die Schuldenkrise als geeignete Hebel – einige Länder des Südens scheiterten an den neuen Strukturen des globalen Währungssystems und mussten sich für zahlungsunfähig erklären. Die G7-Gruppe wurde zu einer wichtigen Verfechterin der „Strukturanpassungslogik", die die von dieser Gruppe wesentlich beeinflussten Institutionen IWF und Weltbank in entsprechenden Programmen umsetzten.

FORUM FÜR GLOBALE FRAGEN

Mit dem Fall der Mauer 1989 wurden die Karten neu gemischt. Die UNO erwies sich als zu zerrissen, um einen führenden Platz in der neuen Weltordnung einzunehmen, wohingegen die G7 sich als effizientes, kompetentes Forum für globale Fragen etablieren konnte. Ausdruck davon war z.B. der scheinbar endgültige Triumph über den Sozialismus und die Aufnahme des achten Mitglieds Russland. Doch das Zelebrieren der Macht, das die Gipfel umgab, konnte nicht verhindern, dass nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die G8 als eines ihrer Koordinierungsgremien in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss verloren. Das Netz, in das ihre Ökonomien eingebunden sind, ist längst zu komplex geworden, als dass sie noch die Entscheidungsgewalt besitzen könnten, die sie nach außen vortäuschen. In der WTO ist die G8 wegen des Handelsstreits zwischen der EU und den USA nicht handlungsfähig, und die globale Machtverteilung hat sich zuungunsten der G8 verschoben: China ist inzwischen zweitgrößte Wirtschaftsmacht, Indien steht an vierter Stelle.

Und dennoch sollte ihr Koordinationsmechanismus nicht unterschätzt werden, denn sie bleibt zentral zur Aufrechterhaltung der neoliberalen und imperialen Globalisierung. Die Macht und der Einfluss der G8 wirken über verschiedene Ebenen: Erstens hat sie zwar als solche keine eigenständige formelle Entscheidungsgewalt, nicht einmal ein Gründungsdokument. Aber über die mächtigen Regierungen werden die Absprachen in andere internationale Foren eingebracht (etwa in Weltbank, IWF, WTO, OECD) bzw. über nationale Politiken umgesetzt, da sie über „Empfehlungen" oder konkrete Forderungen Druck auf andere Regierungen ausüben kann.

Zweitens werden im Rahmen der G8 Differenzen und Widersprüche zwischen den weltpolitisch und -ökonomisch dominierenden Staaten ausgetragen und bearbeitet. Gemeinsame Interessen der Mitgliedsstaaten werden destilliert, koordiniert und nach außen gebündelt. Beim Verschuldungsmanagement in den 1980er Jahren, den Währungskrisen in den 1990er Jahren sowie bei den gegenwärtigen Diskussionen um „globale Sicherheit" und Sicherung der Energieversorgung waren und sind die G8 jeweils ein zentraler Ort der Entwicklung von Strategien des Krisenmanagements.

Drittens entfalten insbesondere die Treffen der Regierungschefs eine hohe symbolische Wirkung. Die symbolische Inszenierung von Herrschaft und Legitimität verkörpert und stabilisiert die Verhältnisse, da die Gipfel auf dieser Ebene bis in den Verstand und die Gefühle der „Beherrschten" wirken.

MOBILISIERUNG ALS LANGFRISTIGER PROZESS

Was kann unter diesen Umständen als Erfolg einer Mobilisierung gelten? Zum einen natürlich die Größe der Mobilisierung: Wie viele Menschen kommen zu den Protesten? Gelingt es, auch über das linksradikale Spektrum hinaus Menschen zu mobilisieren? Inwieweit findet eine Vernetzung über die Grenzen Deutschlands statt? Wenn sich die G8 in Heiligendamm treffen, soll unübersehbar sein, dass Menschen mit der herrschenden Weltordnung nicht einverstanden sind – in Deutschland, in Europa, überall. Für eine bleibende Wirkung des Protest ist aber entscheidend, was vor und nach den Massenaktionen passiert.

Ziel der Bewegung selbst muss sein, dauerhafte Strukturen aufzubauen, die die lokalen Kämpfe mit den globalen in Verbindung setzt, ohne dass deshalb ein fester Rahmen vorgegeben wird, in den sich die Bewegung zu fügen hat. Die Kampagne gegen die G8 sollte keinesfalls bloß die Kräfte von den Kämpfen vor Ort ziehen; sondern vielmehr die lokalen Kämpfe in die Mobilisierung miteinbeziehen, vor allem jene „vor Ort". Der Fehler vergangener Gipfelproteste sollte nicht wiederholt werden: Dass Tausende GipfelgegnerInnen anreisen, protestieren und nach dem Gipfel die lokalen Gruppen in einem Scherbenhaufen allein zurücklassen. Doch die laufende Mobilisierung zeigt, dass das zu verhindern schwieriger ist als gedacht. Trotz zahlreicher Veranstaltungen in der Region um Heiligendamm ist die Einbindung lokaler Gruppen nicht einfach: Sei es, weil linke Gruppen in der Region dünn gesät und sie mit den Erwartungen an sie rasch überfordert sind, sei es, weil rechtsradikale Kräfte den Frust der Bevölkerung vor Ort besser für sich zu nutzen wissen.

Umso entscheidender ist es für den Erfolg einer breiten Mobilisierung, die verschiedenen Probleme und Konflikte in einen inhaltlichen, vor allem aber praktischen Zusammenhang mit der Anti-G8-Vernetzung zu stellen. Auf diese Weise könnte auch sichergestellt werden, dass die Bündnisse und Netze nicht nach den Gipfeltagen ebenso schnell zerfallen, wie sie zuvor mühsam geknüpft worden sind.

Zentral ist dafür ebenfalls die Verankerung des Protests im Alltag und in bestehenden (Protest-)Praktiken. Er muss von bestehenden Protestformen ausgehen, diese vernetzen und auch über den Gipfel hinaus stärken. Der Protest darf gerade nicht zum Urlaub vom Alltag werden: Eine Woche lang werden im Camp Alternativen gelebt, bevor es zurück geht ins „normale" Leben, das, ungeachtet der Erfahrungen, weiter geführt wird. Der Gipfel darf weder eine Projektionsfläche werden für die Schwächen und Fehler des Systems („die Bösen Acht") noch als Ereignis empfunden werden, das fern über unseren Köpfen schwebt und uns nicht berührt. Die Verbindungen zwischen den G8 und unserem Leben sind auf den ersten Blick nicht offensichtlich, sie müssen bewusst aufgedeckt und thematisiert werden, um zu verdeutlichen, wie die von der G8 vertretene Logik in unserem Alltag wirksam ist.

INHALTLICHE DEFIZITE

Ob die oben genannten Ziele erreicht werden können, ist schwer auszumachen. Als schwierig erweist sich insbesondere die Vermittlung zwischen institutioneller Politik und auf Autonomie bedachten sozialen Bewegungen. Auch wenn das Streben nach Distanz zu staatlicher Politik und Parteien vor dem Hintergrund vergangener Integrations- und Befriedungserfahrungen verständlich und berechtigt ist. Für die anzustrebenden stabilen Bündnisse sind Teile von Linkspartei und Gewerkschaften unverzichtbar. Wie eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen demokratisch-zentralistischen Organisationen, professionalisierten Nichtregierungsorganisationen und Widerstandsnetzwerken, die mit dem Anspruch agieren, ohne Hierarchien und Repräsentationsstrukturen aufzutreten, aussehen kann, ist noch nicht erprobt.

Damit verbunden ist ein inhaltliches Defizit der bisherigen G8-Mobilisierung: Die Parallelität von deutscher EU-Ratspräsidentschaft und dem G8-Vorsitz ist kaum ein Thema. Insbesondere die Ankündigung der Bundesregierung, die EU-Verfassung wieder beleben zu wollen, böte geeignete Ansatzpunkte. Zum einen steht die EU-Verfassung für die dauerhafte rechtliche Verankerung der Prinzipien fortschreitender Liberalisierung und Aufrüstung; sie ist also mit zentralen Themen der Heiligendamm-Vorbereitungen verknüpft. Zum anderen haben Teile der Linken auf europäischer Ebene in den letzten Jahren einige zaghafte Erfahrungen mit transnationaler Mobilisierung gemacht (z.B. EU-Dienstleistungsrichtlinie), an die die G8-Mobilisierung anknüpfen könnte.

DAS ENDE DER GRABENKÄMPFE?

In vieler Hinsicht scheinen sich Erwartungen an die Mobilisierung zu erfüllen. Vor allem die Breite der mobilisierenden Gruppen, Organisationen, politischen Spektren ist schon jetzt ein Erfolg: Sozialpolitische Gruppen und Erwerbslosen-Initiativen, gewerkschaftliche Linke, feministische Gruppen, selbstorganisierte MigrantInnen, antirassistische und antifaschistische Gruppen, die Umweltbewegung, Studierende, die Bewegung gegen den Krieg und die für eine andere Globalisierung, professionelle Nichtregierungsorganisationen und christliche Gruppen richten ihre Kräfte auf die Proteste gegen die G8 und planen Aktionen in Heiligendamm.

Des Weiteren zeigen sich Lernerfolge aus vergangenen Mobilisierungen. Im Gegensatz zu Köln 1999 haben sich die Proteste nicht schon im Vorfeld aufgrund inhaltlicher Auseinandersetzungen und politischer Grabenkämpfe dezimiert; im Gegenteil. Nach einer Flaute im vergangenen Sommer und Herbst ist das Thema G8 wieder überall präsent. Ein gewisser Pragmatismus scheint dabei den Ton zwischen den Gruppen und Spektren zu bestimmen. Auf den Rostocker Aktionskonferenzen wird eine „Protest-Choreographie" verhandelt, die vielen verschiedenen Aktionsformen Raum gibt. Selbst die Planungen einer Neuauflage der Live8-Konzerte von 2005 – diesmal mit Herbert Grönemeyer an der Spitze – scheinen die Gemüter nicht mehr zu erregen.

Die Erfahrungen von Gleneagles haben nicht nur die radikale Linke für Möglichkeiten der Vereinnahmung sensibilisiert. Sogar die NGOs, die mit der britischen Regierung ein Bündnis eingegangen sind, um „Armut (zur) Geschichte zu machen" (make poverty history) und bitter enttäuscht wurden, denken mit Schrecken an Bob Geldofs Kommentar zurück, die G8 habe alle Erwartungen mehr als erfüllt. Doch die Sensibilität gegenüber Vereinnahmung wird kontraproduktiv, wenn sie die eigenen Aktionen zu lähmen droht.

Gleneagles hat nämlich auch gezeigt: Sich früh auf radikal-antagonistische Positionen zurückzuziehen und die trotz aller Vereinnahmungsgefahren bestehenden Mobilisierungspotenziale rechts liegen zu lassen, führt in die politische und öffentliche Marginalität. Der Versuch der herrschenden politischen Kräfte und Medien, die Protest in „konstruktive Kritik" und „destruktive Spinnerei" zu sortieren, stellt in der nächsten Zeit eine Herausforderung für die bündnispolitischen Bestrebungen dar. Die bisherigen Erfahrungen der Mobilisierung lassen jedoch hoffen, dass sie diesen Spaltungsversuchen gewachsen sein wird.

MARTIALISCHE SICHERHEITSVORKEHRUNGEN

Ein weiterer positiver Punkt ist die Internationalität der Mobilisierung und Vernetzung. Mehrere Infotouren in über 20 Länder haben stattgefunden, weitere folgen. Es existiert eine funktionierende internationale Mailingliste, und im Februar hat das erste internationale Vernetzungstreffen in Warschau stattgefunden, von dem ein „Global Call" zu Aktionen gegen die G8 in Heiligendamm und anderswo ausging.

Auch in einer breiten Öffentlichkeit wurde der G8-Gipfel spätestens seit dem Bush-Besuch in Mecklenburg-Vorpommern und den martialischen Sicherheitsvorkehrungen zum Thema. Die wahnwitzigen Vorbereitungen hatten das Ereignis unübersehbar gemacht: Tausende ÜbersetzerInnen, MitarbeiterInnen und BeraterInnen sowie große Scharen von JournalistInnen werden an den Gipfeltagen für massive Einschränkungen in Rostock, Bad Doberan und Kühlungsborn sorgen. Das Innenministerium kündigte die höchste Sicherheitsstufe und den Einsatz von 16.000 PolizistInnen an, die Stimmung der lokalen Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern kippt angesichts der absurden „Sicherheits"-Maßnahmen gegen das Treffen der Regierungschefs.

Der zwölf Kilometer lange Zaun und eine erweiterte Sicherheitszone um den Tagungsort zum Schutz der Herrschenden entfaltet gerade in der ehemaligen DDR eine enorme Symbolik, gegen die die PR-Strategien der Bundesregierung kaum ankommen. Der absurde Streit um die Übernahme der Kosten, der die Landesregierung bereits zur Drohung drängte, den Gipfel ganz abzublasen, tut ein Übriges. Dass es wichtig ist, mit der lokalen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, ist im Rahmen der Mobilisierung frühzeitig erkannt worden – so haben Gruppen und Einzelne immer wieder örtliche Informationsveranstaltungen beispielsweise von Polizei und Tourismusverbänden genutzt, um auch auf die Schattenseiten des Gipfels aufmerksam zu machen.

TRÄUMEN ERLAUBT

Vielleicht sieht es im Juni 2007 und danach auch so aus: Nach Heiligendamm und Umgebung fahren mehrere Zehntausend

Menschen, und die Mecklenburg-Vorpommersche Landschaft sieht mehr Linke auf einem Haufen als je in ihrer Geschichte. Es gibt so viele kreative und unterschiedliche Aktionen, dass die Proteste in den Medien mindestens so viel Aufmerksamkeit bekommen wie der Gipfel selbst. Den hohen Herren und Damen wird die Show gestohlen – stattdessen machen die anwesenden Protestierenden deutlich, dass die Welt ganz anders aussehen soll und kann. Viele lernen sich während der Tage in und um Heiligendamm kennen, diskutieren miteinander und fahren nach den Tagen im Juni zwar erst einmal müde, aber doch mit neuer Energie für politische Arbeit nach Hause. Nach einigen Wochen Urlaub finden vielerorts Treffen statt, um die gemachten Erfahrungen zu reflektieren und um für die Zukunft zu lernen. Viele der Bündnisse, die im Vorfeld der Mobilisierung geschmiedet worden sind, werden zwar nach dem Gipfel wieder bedeutungslos, manche Kontakte bleiben aber, und manch eineR hat etwas über die Wirksamkeit kollektiven Handelns gelernt. Das wäre doch schon was – und vielleicht kommt ja alles noch viel besser.

IMPERIALER MULTILATERALISMUS IN DER KRISE

ZUM „FORMTIEF" VON IWF, WTO UND G8

VON PETER WAHL

Im Zuge der ökonomischen Globalisierung wurden die großen multilateralen Institutionen – IWF, Weltbank, WTO, OECD, BIZ [1], NATO – zu einem Verbund integriert, der das neoliberale Projekt auf politischer Ebene flankierte. Wie die Spinne im Netz sollte die G8 dafür als informelle Schalt- und Koordinationsstelle fungieren. Das System war nicht perfekt. Aber es zeichnete sich so etwas wie eine real existierende global governance ab: ein Flechtwerk, herrschaftsförmig und hierarchisch strukturiert, mit imperialem Charakter, das die Geschicke des Planeten zu bestimmen schien.

Die UNO wurde in dieser Weltordnung immer weiter an den Rand gedrängt. Dort wo es in das strategische Design des Imperiums passte, wurde der Sicherheitsrat einbezogen und, wie im Fall des Kriegs in Afghanistan, instrumentalisiert. Ansonsten war sie für weiche Themen wie Entwicklung und Armutsbekämpfung zuständig. Angesichts ihrer realpolitischen Machtlosigkeit musste sie sich dabei weitgehend auf Rhetorik beschränken.
Aktuell mehren sich allerdings die Anzeichen, dass der imperiale Multilateralismus zunehmend in Schwierigkeiten gerät. Die Frage ist: Handelt es sich um ein vorübergehendes Formtief oder um einen tiefer gehenden, strukturellen Umbruch? Ist die Krise der Institutionen die Vorbotin einer neuen Epoche, in der die machtpolitischen Karten neu gemischt werden?

WTO UND IWF ANGESCHLAGEN

Dass die Welthandelsorganisation (WTO) in der Krise steckt, ist seit Seattle weithin sichtbar geworden. Die Doha-Runde und damit der Versuch einer weiteren Liberalisierung des Welthandels sind vorerst gescheitert. Beim einstigen Flaggschiff der neoliberalen Globalisierung scheint die Parole der Protestbewegung Shrink or Sink sich in Richtung des Sinkens zu erfüllen. Die großen Spieler in der Handelspolitik sind inzwischen alle dabei, auf bilaterale Handels- und Investitionsabkommen auszuweichen.

Mehrere Faktoren haben zum Scheitern der WTO beigetragen:
1. Die Rivalitäten zwischen den handelspolitischen Giganten EU und USA haben bereits in Seattle zu Blockaden geführt. Ob Agrarpolitik, Industriesubventionen oder Liberalisierung beim audiovisuellen Sektor, die Rivalitäten nehmen eher zu als dass sie abnehmen. Die Handelspolitik ist zudem das einzige Terrain, auf dem die EU den USA ebenbürtig ist.
2. Die Emerging Markets, vorne weg China, Indien und Brasilien sind zu handelspolitischen Schwergewichten aufgestiegen. Sie verfolgen dabei nicht nur zielstrebig ihre eigenen Interessen, sondern haben sich kollektiv organisiert. Die Bildung der informellen Gruppe der 20 (G20) bei der Konferenz in Cancún ist Ausdruck davon.
3. Auch die anderen Entwicklungsländer haben seit Seattle begonnen, ihre Interessen selbstbewusster zu vertreten. So haben sich die afrikanischen Staaten zu einer Gruppe zusammengeschlossen. Auch wenn ihre handelpolitische Verhandlungsmacht begrenzt ist, konnten sie zumindest in der Agrarpolitik dazu beitragen, dass die Industrieländer ihre Agenda nicht durchziehen konnten.
4. Schließlich haben die weltweiten Proteste und die damit einhergehende Delegitimierung der WTO in der Weltöffentlichkeit zur Akzeptanzkrise des Neoliberalismus im Allgemeinen und der Krise der neoliberalen Institutionen im Besonderen beigetragen. Diese Faktoren wirken über die WTO hinaus auch auf die anderen Institutionen und insgesamt auf den Gang der Weltgeschichte.
Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) hat ernste Probleme. Nach der Asienkrise hatten sich bereits Malaysia und einige andere asiatische Emerging Markets mit der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen von der reinen Lehre des Washington Konsenses verabschiedet. China und Indien hatten sich gar nicht erst darauf eingelassen. Als Brasilien und Argentinien vorfristig ihre Schulden beim Fonds zurückzahlten und

sich damit der Abhängigkeit und den daraus resultierenden Strukturanpassungsauflagen entzogen, brach am Washingtoner Sitz des Fonds nicht nur eine Identitätskrise, sondern sogar eine Haushaltskrise aus. Ohne Zinsen und Gebühren von großen Schuldnern schrumpft das IWF-Budget nämlich schmerzhaft. Selbst Indonesien, der letzte Großschuldner, hat angekündigt, seine Verbindlichkeiten binnen zweier Jahre zu tilgen. Die Einnahmen sanken 2006 um mehr als die Hälfte auf 1,39 Mrd. US-Dollar. Für 2009 wird sogar nur noch mit 635 Mio. US-Dollar gerechnet. Hatte der Fonds zwei Jahrzehnte eine Hauptrolle als Präzeptor der Weltwirtschaft gespielt, riskiert er jetzt zum Kleindarsteller zu werden.

Die Kritik am IWF reicht bis weit in den Mainstream hinein. So stellt ein Bericht über die strategische Überprüfung des Internationalen Währungsfonds, den der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments 2006 erstellt hat (Hamon-Report) fest, dass der Fonds in den letzten 20 Jahren weitgehend versagt hat. Die Strukturen seien veraltet und verkrustet. Die Kommission fordert eine strikte Einschränkung auf das Kernmandat, d.h. Wechselkursschwankungen zu stabilisieren und Ländern mit gravierenden Zahlungsbilanzproblemen Überbrückungshilfen zu gewähren. Gleichzeitig werden Veränderungen der Stimmrechtsverhältnisse angemahnt, vor allem eine Erhöhung des Gewichts der Europäer. Selbst IWF-Chef Rodrigo Rato, Nachfolger von Horst Köhler, spricht inzwischen von der Notwendigkeit von Reformen.

G8 – EIN AUSLAUFMODELL

Auch die Weltbank, die bei den großen Leitlinien der Politik dem Fonds schon immer nachgeordnet war, wird davon betroffen sein. Von einer regelrechten Krise kann zwar nicht die Rede sein, aber der gegenwärtige Kurs ist strategisch diffus. Einerseits hält man – mit einigen rhetorischen Zugeständnissen – am neoliberalen Leitbild fest, andererseits sind die katastrophalen Ergebnisse von 15 Jahren Washington-Konsens zu offensichtlich, als dass man noch einfach business as usual betreiben könnte.

Die Probleme der Bretton-Woods-Zwillinge sind in erster Linie die Probleme der USA. Denn nach wie vor gilt Zbigniew Brzezinskis Einschätzung: „Offiziell vertreten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert."

Auch bei der G8 stellt sich die Frage, ob das Konstrukt noch eine Existenzberechtigung hat. Vor dem Gipfel 2006 in Russland warf Tony Blair den Vorschlag in die Runde, aus der G8 doch eine G12 zu machen, d.h. China, Indien, Brasilien und Südafrika aufzunehmen. Gegenwärtig repräsentieren die G8 gerade mal 13% der Weltbevölkerung. Eine G12 brächte es auf über 50%, womit zumindest arithmetisch eine gewisse Repräsentativität entstünde.

Doch das Problem der G8 ist nicht nur ihr Demokratiedefizit. Nach Ende des Kalten Krieges haben in der Gemengelage von Kooperation und Konflikt die zentrifugalen Tendenzen stark zugenommen. Die Blockdisziplin war entfallen, so dass vor allem die EuropäerInnen eigene Interessen stärker artikulierten. Auf der anderen Seite haben der Unilateralismus der Bush-Administration und ihr Kreuzzug gegen den Terrorismus die Divergenzen vertieft. Höhepunkt in dieser Entwicklung war der Irakkrieg. Auch die Aufnahme Russlands hat sich in den letzten Jahren eher als Belastung erwiesen. Während Boris Jelzin ein gefügiger Hintersasse des Westens war, versucht Wladimir Putin ein Comeback Russlands als eigenständige Großmacht. Er setzt dabei auf den Status als atomare Supermacht und den strategischen Einsatz der Reichtümer an Öl und Erdgas. Auch im Umgang mit dem Iran, beim jüngsten Libanonkrieg und in der so genannten Sicherheitspolitik klaffen deutlich Differenzen. In seiner aufsehenerregenden Rede bei der jüngsten Münchener Sicherheitskonferenz hat Putin hierzu Klartext geredet.

AUFSTIEG DER BRICS

Den Vorschlag Blairs für eine G12 hat Angela Merkel vorerst abgelehnt. Die vier Kandidaten sind in Heiligendamm also zunächst noch als Gäste dabei. Die Heterogenität der Gruppe würde mit einer Vollmitgliedschaft der Neuen drastisch zunehmen. Es ist höchst fraglich, ob die Gipfel dann noch den Rahmen abgeben können, in dem der Westen seine Interessen aufgehoben sieht. Auch wenn man gegen die Hysterie immun ist, die um den rasanten ökonomischen, politischen und militärischen Aufstieg Chinas, die Renaissance russischer Großmachtpolitik und die sich abzeichnende Weltmachtrolle Indiens entstanden ist, so ist dennoch klar, dass sich die globale Machtkonfiguration grundlegend verschiebt. Es scheint, dass die Epoche nach dem Kalten Krieg sehr kurz gewesen ist. Nicht einmal zwei Jahrzehnte nachdem das Ende der Geschichte verkündet wurde, erleben wir eine enorme Beschleunigung der Geschichte. Ein tiefer historischer Einschnitt kündigt sich an. Ein halbes Jahrtausend hat der Westen – zuerst Spanien und Portugal, dann England und zuletzt die USA – die Welt beherrscht. Diese Position wird nun durch die Newcomer ernsthaft in Frage gestellt.

Insofern dürfte hinter den Problemen der multilateralen Institutionen mehr stecken als eine Formkrise. Prompt gewinnen Ideen zu einer neuen Blockbildung wie das Projekt einer transatlantischen Partnerschaft wieder an Boden. Eine transatlantische Freihandelszone ergänzt durch engere politische Kooperation wird als mögliche Reaktion gehandelt. Und die NATO gibt es ja schon. Wie realistisch diese Vorstellung ist, sei dahin gestellt. Tatsache ist, dass die Linke sich noch nicht auf die anstehenden Umbrüche eingestellt hat. Wie positioniert man sich gegenüber den neuen Entwicklungen? Einfache Antworten nach der Logik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund" verbieten sich. Weder der chinesische Staatskapitalismus noch Putins autoritäres Regime sind emanzipatorische Veranstaltungen. Und die westliche „Wertegemeinschaft", von der unsere Kanzlerin schwärmt, kann nicht die Alternative sein. Eine gründliche Debatte steht also an.

ANMERKUNG:

1 Bank für internationalen Zahlungsausgleich. Der Zusammenschluss der Zentralbanken der Industrieländer ist eher unauffällig, spielt aber für das internationale Finanzsystem eine wichtige Rolle.

IM SCHATTEN DER GESCHICHTE

DIE WELTBANK VERLIERT AN BEDEUTUNG

VON ARAM ZIAI

Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank wurden nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Ägide der USA in Bretton Woods aus der Taufe gehoben. Sie waren in den folgenden Jahrzehnten zentrale Agenturen für die Durchsetzung des kapitalistischen Entwicklungsmodells. Sie sorgten für die Integration der ehemaligen Kolonien in den Weltmarkt und so für die Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten im Interesse der westlichen Industrienationen und ihrer Konzerne. Während der Verschuldungskrise wurden sie in den 1980er Jahren zunehmend in den G8-Prozess integriert. Doch welche Bedeutung haben sie heute?

Ursprünglich wollte die Weltbank (WB) durch Förderung von Investitionen im Infrastrukturbereich einen Beitrag zur Steigerung des Lebensstandards in den Ländern der so genannten Dritten Welt leisten. Da dies scheiterte, wurde ab den 1970er Jahren die Armutsbekämpfung vorrangiges Ziel. Dadurch sollten – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges – diese Länder vom Überlaufen ins kommunistische Lager abgehalten werden. Ende der 1970er Jahre und vor allem seit Ausbruch der Schuldenkrise 1982 erfolgte eine erneute Umorientierung. Zusammen mit dem IWF erlegte sie bankrotten Schuldnerländern so genannte Strukturanpassungsprogramme (SAP) auf, die mithilfe neoliberaler Reformen und einer rigiden Sparpolitik auf der Grundlage des Washington Consensus deren Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit wiederherstellen sollten.
Die sozialen Auswirkungen dieser Programme (zunehmende Arbeitslosigkeit, steigende Lebenshaltungskosten, schlechtere Versorgung mit öffentlichen Gütern im Gesundheits- und Bildungsbereich) führten in einigen Ländern zu Unruhen, den so genannten IMF-Riots.[1]

MODERNISIERUNG UND DIALOG

Beim IWF und der WB sind die Machtverhältnisse eindeutig. Es gilt das Prinzip: Wer zahlt, bestimmt. Die höhere Quoten einzahlenden G8-Staaten verfügen über ca. 45% der Stimmen in den entscheidenden Gremien, die 80 ärmsten Länder der Welt kommen gemeinsam auf etwa 10%. Trotzdem haben die nationalen Regierungen Spielräume in den Verhandlungen mit der WB. Diese wurden in der antiimperialistischen Perspektive oft unterschätzt.
Nach den Protesten zum 50-jährigen Jubiläum der Bank 1994 und interner Kritik an den sozialen und ökologischen Folgen der Kreditvergabe änderte sie ihre Politik erneut. Der neue Weltbankpräsident James Wolfensohn stellte die Armutsbekämpfung wieder an die erste Stelle und suchte den Dialog mit moderaten NGOs. Die SAP wurden ersetzt durch die Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP): Partizipativ im jeweiligen Land selbst erstellte Strategien zur Armutsbekämpfung, die als Leitlinie die von Washington aufoktroyierten Programme ablösen sollten. Die PRSP waren erst Vorbedingung für einen Schuldenerlass hochverschuldeter armer Länder, bald generelle Voraussetzung für konzessionäre Kredite der WB.
Die Reformansätze stießen allerdings an Grenzen. Der ursprünglich Hauptverantwortliche für den Weltbankbericht 2000/2001, Ravi Kanbur, musste zurücktreten, weil er für die Hardliner in der WB und dem US-Finanzministerium zu sehr vom neoliberalen Credo abwich. Auch Joseph Stiglitz, der ehemalige Chefökonom der Bank, machte sich durch Forderungen nach einem Post-Washington-Consensus unbeliebt. Nach heftigen Konflikten nahm er erst seinen Hut und in der Folge kaum ein Blatt mehr vor den Mund. In der Asienkrise habe sich der IWF – so seine Kritik – an ideologischen Prinzipien und Interessen der Investoren orientiert, nicht aber an einer vernünftigen Wirtschaftstheorie oder den Lebensbedingungen der betroffenen Menschen. Obwohl beide Reformer die grundsätzliche Ausrichtung der WB an offenen Märkten nie in Frage gestellt haben, ging ihre Kritik über das in der Institution verträgliche Maß hinaus.
Die neoliberalen Grundsätze des IWF – Inflationsbekämpfung, Liberalisierung, Privatisierung usw. – wurden auch durch die PRSP nie zur Disposition gestellt. Deshalb wollten die Regierungen die erhofften Kredite bzw. Schuldenerlasse auch nicht durch nonkonforme wirtschaftspolitische Ambitionen gefährden. So sehen die PRSP in der Regel sowohl armutsbekämpfende Sozialprogramme als auch einen neoliberalen makroökonomischen Rahmen vor, der aus Sicht vieler KritikerInnen die soziale Ungleichheit verschärft.
Und auch den Dialog mit der Zivilgesellschaft führt die WB

nur, solange er zur Imagepflege dient. Als die gemeinsam mit einem Netzwerk von NGOs geplante Evaluierung der SAP (Structural Adjustment Participatory Review Initiative) unter Beteiligung von ExpertInnen aus Wissenschaft, WB und der jeweiligen Regierung für die Bank zu einem PR-Desaster zu werden drohte, zog sie sich aus dem Projekt zurück und versuchte, involvierte Regierungen zum Finanzierungsstopp zu bewegen.

DER EINFLUSS SCHWINDET

Trotz des Wechsels von Wolfensohn zum Republikaner Paul Wolfowitz hat sich die Linie der WB kaum geändert. Allerdings scheinen die Bretton-Woods-Institutionen (BWI) nicht mehr die Bedeutung zu haben wie früher. Anzeichen einer Funktions- und Legitimationskrise werden deutlich. Britische NGOs beknien ihre Regierung, die Beiträge für IWF und WB aufgrund ihrer fortgesetzt schädlichen neoliberalen Politik zu streichen. Ähnliche Initiativen sind auch aus den USA bekannt. Mittlerweile haben die britische und die norwegische Regierung offiziell erklärt, ihre Entwicklungshilfe nicht mehr an die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der WB zu binden. Weit schwerer wiegt der Bedeutungsverlust der BWI aufgrund der veränderten Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft. Große Schwellenländer wie China, Brasilien und Indien sind immer weniger auf die BWI angewiesen. Brasilien und Argentinien haben im Dezember 2005 ihre letzten ausstehenden IWF-Kredite vorzeitig zurückgezahlt. Erhöhte Rohstoffpreise durch den chinesischen Nachfrageboom und die guten Beziehungen zum Erdölexporteur Venezuela waren die Gründe. Die WB fürchtet, dass China in Afrika Kredite zur Sicherung der eigenen Rohstoffinteressen vergibt und dadurch die seit 2005 wirksame Politik des begrenzten Schuldenerlass für hochverschuldete arme Länder (der wie üblich auf einem G8-Gipfel „beschlossen" und von IWF und WB umgesetzt wurde) unterminiert. Den damit verbundenen sinkenden Einfluss auf die afrikanischen Staaten betrachtet sie mit Sorge. Zwar konnten Schuldnerländer auch früher gelegentlich auf andere Kreditgeber ausweichen, dies ist jedoch durch die zunehmende Koordinierung innerhalb der westlichen Gebergemeinschaft deutlich schwieriger geworden.
Ein weiterer Faktor: Inzwischen haben die Zentralbanken der aufstrebenden asiatischen Schwellenländer Währungsreserven in einer solchen Höhe akkumuliert, dass sie im Fall einer Finanzkrise nicht noch einmal auf den IWF und seine neoliberalen Rezepte zurückgreifen müssen – sie haben ihre Lektion gelernt. Diese Zentralbanken, vor allem die Volksbank Chinas, sind es auch, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil zur Finanzierung des US-Leistungsbilanzdefizits beitragen. Deshalb kann China die immer ärgerlicher werdende Kritik des IWF an seiner unterbewerteten Währung ignorieren.
Hinzu kommt ein Autoritätsverlust der beiden Institutionen. Der IWF hat seit der Asienkrise arg mit seiner Glaubwürdigkeit zu kämpfen: Erst konnte er die Krise nicht absehen und musste sich auch noch nachsagen lassen, dass seine Empfehlungen diese erst ermöglicht, seine riesigen Notfallkredite nur die Gläubiger vor Verlusten gerettet und seine Konditionen die Situation der Betroffenen noch verschlimmert hätten. Auch sein Umgang mit den Krisen in Russland und Argentinien hat sein Ansehen nicht gebessert. Die WB sieht sich in den letzten Monaten vermehrt dem Vorwurf ausgesetzt, ihre Forschung und Empfehlungen seien selektiv, an politischen Vorgaben orientiert und unwissenschaftlich.
Was Linke immer schon kritisierten, wurde vor kurzem von einer Gruppe renommierter ProfessorInnen in einer breit angelegten Untersuchung auf eine solide Basis gestellt.[2] Andere KritikerInnen wiesen nach, dass die Weltbankforschung primär auf die Reproduktion des neoliberalen Paradigmas angelegt ist und ihre Armutsmessung systematisch das tatsächliche Ausmaß der Armut herunterspielt.[3]

TROTZ REFORMEN KEINE ENTWARNUNG

Aufgrund dieser Entwicklung lässt sich die These vertreten, dass der Einfluss von WB und IWF auf die Peripherie, vor allem die großen Schwellenländer, weiter zurückgeht. Aber noch ist er beträchtlich und oftmals schädlich für die Betroffenen. So wurde in Sambia die Privatisierung der Zambia National Commercial Bank gegen den Widerstand von Parlament und Regierung durchgesetzt, in Uganda die Privatisierung der Wasserversorgung, in Benin die des staatlichen Holzunternehmens usw. Die sozialen Auswirkungen dieser Privatisierungen öffentlicher Anbieter ähneln sich in den meisten Ländern: Arbeitsplatzabbau, von dem vor allem Frauen betroffen sind, und Preissteigerungen für ehemals öffentliche Güter und Dienstleistungen, mithin die Verschärfung bestehender Ungleichheiten. Die Einführung des marktwirtschaftlichen Prinzips der Kostendeckung im Gesundheitssektor Zimbabwes im Rahmen der SAP erhöhte die Arzt- und Krankenhausgebühren dramatisch – in Einzelfällen auf über das Zehnfache. In den Philippinen kam es nach ähnlichen Reformen zu einer Ausdehnung ansteckender Krankheiten wie Tuberkulose.
Der Druck von Seiten der Zivilgesellschaft hat bei IWF und WB Spuren hinterlassen und Neuerungen ausgelöst, die in den 1980er Jahren kaum vorstellbar waren. Ob die Reformierbarkeit der Marktmaschinen so weit reicht, ihre angeblich oberste Priorität der Armutsbekämpfung im Zweifelsfall über ihre neoliberalen Prinzipien zu stellen, ist eine andere Frage. Bisher kann sie mit Nein beantwortet werden.

ANMERKUNGEN

1 Detlef Hartmann: *Eine Mordmaschine kann man nicht reformieren.* In: Schwarzer Faden 1/1988; www.gipfelsoli.org/rcms_repos/Texte/detlef_hartmann.pdf

2 Angus Deaton et al.: *An Evaluation of World Bank Research*, 1998-2005. 2006

3 Robin Broad: *Research, knowledge, and the art of 'paradigm maintenance': the World Bank's Development Economics Vice-Presidency (DEC).* In: Review of International Political Economy, Vol. 13, Nr. 3, August 2006

DIE AUFSICHT ÜBER DAS GLOBALE KAPITAL

WIDER DEN ABGESANG DER GLOBALEN US-HEGEMONIE

VON LEO PANITCH UND SAM GINDIN

Als würde man die Maxime, nach der die Eule der Minerva ihren Flug in der Dämmerung beginnt, allzu wörtlich nehmen, wird der imperialistische Charakter der USA heute offenbar verspätet eingestanden, nur um sein nahe bevorstehendes Ende zu verkünden – das „Sich-Auflösen" der US-Hegemonie. Dabei wird die militärische Besetzung des Irak oft als verzweifelter Versuch angesehen, der Welt eine erlahmende US-Führungsrolle durch Waffengewalt wieder aufzuzwingen. Was diese Analysen für gewöhnlich ignorieren, ist die einzigartige Wirkungskraft und das räumliche Ausmaß des imperialistischen Staates USA und seine spezifische Rolle bei der Entstehung der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit.

Ab den 1940er Jahren übernahmen die USA die Verantwortung für das zu diesem Zeitpunkt zersplitterte internationale kapitalistische System. Die Umkehrung des Zersplitterungsprozesses hätte ohne die Vermittlung der USA und ihrer Fähigkeit, die Spannungen zwischen den nationalen und internationalen Interessen anderer kapitalistischer Staaten abzumildern, nicht verwirklicht werden können. Die USA wurden zum selbstbewussten Akteur bei der Entstehung eines wahrhaft globalen Kapitalismus. Seitdem kontrollieren sie den Impuls zur Universalisierung des Wertgesetzes durch die Neustrukturierung von Staaten und zwischenstaatlicher Beziehungen.

Oft wurde die Fähigkeit der USA unterschätzt, ihren imperialistischen Status zu reproduzieren. Dies lässt sich an der besonders unter Linken weit verbreiteten Neigung erkennen, voreilige Schlüsse über den Niedergang der US-Hegemonie zu ziehen.

NIEDERGANG DER US-HEGEMONIE?

Auch heute ist diese Einschätzung wieder zu vernehmen. Dabei war die Behauptung, der Niedergang der wirtschaftlichen Macht der USA unterminiere die US-Hegemonie, schon immer etwas überspannt. Wie steht es aktuell mit der ökonomischen Stärke der USA aus?

- Die reale Wachstumsrate der US-Ökonomie (BIP) von 1953-73 lag bei 3,8%, das anderer kapitalistischer Staaten lag beträchtlich höher; die US-Wachstumsrate von 1984-2004 betrug ca. 3,4% – sie war höher als die Wachstumsrate in allen Perioden vor dem goldenen Zeitalter (1830-70, 1870-1913 und 1913-50) und höher als die der übrigen G8-Staaten in dieser Zeit.
- Der Produktivitätszuwachs im verarbeitenden Gewerbe der USA lag von 1950-73 bei ca. 2,5%, weit unter dem anderer fortgeschrittener kapitalistischer Länder; von 1981-2004 stieg er auf 3,5% und überholte damit die übrigen G8-Ökonomien. In Bezug auf die Gewinnung von Beteiligungskapital ist bemerkenswert, dass die Rate des Produktivitätszuwachses der US-Industrie auch das Wachstum der Löhne und Gehälter überholt hat.
- 1981 gaben die USA für Forschung und Entwicklung fast so viel aus wie Japan, Deutschland, Großbritannien, Italien und Kanada zusammen, 2000 gaben sie *mehr* aus als die anderen G7-Staaten zusammen. Ihr Anteil an der weltweiten High-Tech-Produktion lag zwischen 1980-2001 relativ stabil bei 32%, während der Deutschlands sich halbierte (auf 5%) und der Japans um etwa ein Drittel sank (auf 13%).
- Das US-Exportvolumen ist seit den 1980er Jahren schneller gewachsen als das anderer G8-Staaten: von 1987-2004 lag der Zuwachs der USA bei 6,8%, das der anderen G8-Staaten zwischen 4,5 und 5,8%. Der Verkauf von US-Unternehmen im Ausland lag 2002 bei 3 Billionen US-Dollar, weit über dem Doppelten des Gesamtexports der USA. Der Anteil der Profite von US-Unternehmen nach Steuerabzug, in Relation zum BIP der USA, ist momentan auf dem höchsten Stand seit 1945.

Diese Tatsachen sollten denen, die von einem ökonomischen Niedergang der USA sprechen, zumindest ein paar Probleme bereiten. Bleibt noch das hohe US-Handelsdefizit, das fast das

ganze letzte Vierteljahrhundert hindurch bestand. Dieser lange Zeitraum deutet daraufhin, dass das Handelsdefizit eine andere Bedeutung für die USA hat als für andere Ökonomien. Im Fall der USA ist das Defizit eher ein Produkt des gewaltigen Volumens der US-Importe, von dem der Kapitalismus weltweit profitiert, als eines Verlusts von Wettbewerbsfähigkeit.
Auch ist das US-Leistungsbilanzdefizit weder mit einem Anstieg der Zinsraten noch mit einer Schwächung des US-Dollars verbunden. Bislang waren jedenfalls ausländische InvestorInnen und Zentralbanken stets bereit, die Finanzierung zu relativ niedrigen Zinsraten zur Verfügung zu stellen.

DIE ENTSCHEIDENDE ROLLE DER US-NOTENBANK

Private InvestorInnen kommen noch immer in die US-Ökonomie, weil sie weiterhin dynamisch ist, gute Renditen und ein hohes Maß an Sicherheit verspricht. Zentralbanken sind bereit, Wertpapiere der US-Finanzbehörden zu halten, weil sie aus Eigeninteresse den US-Dollar vor einem zu schnellen und zu starken Fall bewahren wollen. Das ist ein Zeichen für die Abhängigkeit ihrer Ökonomien von Exporten in die USA und die tiefe strukturelle Integration, die US-Auslandsinvestitionen herbeigeführt haben. Die Reaktion der Finanzmärkte auf die Sorglosigkeit der USA ist bisher relativ gedämpft.
Zu bedenken ist zudem die Rolle der US-Notenbank für die globale Akkumulation. Indem sie seit den frühen 1990er Jahren bei jedem finanziellen Beben und jeder Andeutung einer Rezession in den USA Liquidität ausgeschüttet hat, hat sie die US-Nachfrage aufrechterhalten und die globale Liquidität auf hohem Niveau gehalten. Auch wenn ihre Bedeutung seit der Jahrtausendwende gesunken ist, sichert sie sich weiterhin die Kooperation mit anderen Zentralbanken und Finanzministerien. Hier sehen wir ganz klar, wie die *Internationalisierung des Staates* innerhalb der Struktur des US-Imperiums funktioniert. Sie gestattet die implizite Koordination, die notwendig ist, damit die USA weiterhin als Importeur der letzten Rettung und „Makro-Stabilisator" wirken können; und sie führt dazu, dass man sich die finanziellen Lasten des Imperiums international teilt.
Es gibt also gute Gründe, einen Bedeutungsverlust der USA innerhalb der globalen Ökonomie zu bezweifeln. Hegemonie ist eine veränderliche Qualität von Herrschaft. Zufällig auftretende Verschiebungen des Gleichgewichts zwischen Konsens und Zwang beim Einsatz struktureller Macht sollte man nicht fälschlich für epochale halten.

IMPERIALISMUS IST MUSS

Die Struktur der imperialistischen Ordnung der USA bringt die Herrschaft mit und durch andere, selbst vom imperialen Zentrum relativ autonomer Staaten, mit sich. Momentan ist unklar, ob die Kräfte innerhalb der US-Eliten, die sich an den dadurch den USA gesetzten Grenzen störten, dauerhaft die Oberhand gewonnen haben. Das erscheint jedoch unwahrscheinlich. Der Versuch der Bush-Administration, die Wogen in ihrer zweiten Amtszeit zu glätten und ihre explizite Anerkennung der relativen Autonomie der anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten, die am engsten mit den USA verbunden sind, deutet auf eine Anerkennung der Realitäten imperialistischer Herrschaft hin.
Wenn es auch überzogen ist, die US-Hegemonie als „in der letzten Krise" zu beschreiben, soll das nicht heißen, die Macht der USA sei grenzenlos. Im Gegenteil: Die Notwendigkeit, die Staaten der Welt in angemessene Werkzeuge für die Verwaltung der globalen Ordnung umzugestalten, könnte sich als eine große Herausforderung erweisen. Doch diese Widersprüche müssen einerseits im Hinblick auf das Vermögen des imperialistischen Staates beurteilt werden, mit ihnen umzugehen, und andererseits in Beziehung zum Vermögen oppositioneller Kräfte, neue politische Anknüpfungspunkte zu entwickeln. Angesichts der anhaltenden Kooperation der kapitalistischen Staaten beim Krisenmanagement mag das System gelegentlich wanken, aber es wird weiter bestehen.
Nichtsdestotrotz bedeutet gerade die Komplexität der Aufgabe, die Aufsicht über den globalen Kapitalismus inne zu haben, die finanzielle Volatilität der neoliberalen Ordnung zu managen sowie das innere Gleichgewicht und den Wettbewerb der Staaten aufrechtzuerhalten, dass regelmäßige lokale Krisen nicht zu verhindern sein werden.

NEUE WIDERSPRÜCHE

Die Frage ist, ob alternative und politische Institutionen geschaffen werden können, die eine Verschiebung des Gleichgewichts der Kräfte bewirken würden. Das US-Imperiums entstand aus einer Krise der weltweiten kapitalistischen Entwicklung in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts: Gerade die Staaten, die das meiste zur Rechtsstaatlichkeit und dem Gesetz des Werts beigetragen hatten, machten damals deren Durchsetzung auf internationaler Ebene zunichte. Dass sie heute unter der Schirmherrschaft des US-Imperium und durch die Internationalisierung der Staaten ihre volle Ausdehnung erfahren, erzeugt einen neuen Widerspruch: Die Disziplin, die das Wertgesetz weltweit durchsetzt und die durch den Neoliberalismus noch einmal verstärkt wird, unterminiert die nationalen Möglichkeiten eines Staates, seine Funktionen zu legitimieren.
Im Fall vieler Drittweltländer geht der Widerspruch tiefer: Die internationale Integration blockiert die Entwicklung der nationalen Geschlossenheit, eine wesentliche Bedingung für die Entstehung von Rechtsstaatlichkeit und dem Gesetz des Werts im Land. Das unterminiert nicht nur die Legitimität der Regime des Südens, sondern auch der internationalen Finanzinstitutionen und letztlich des US-Imperiums selbst, dessen imperialistische Rolle zunehmend offen zutage tritt. Legitimationsprobleme werden auch in dem Ausmaß innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erzeugt, in dem es der neoliberalen Umstrukturierung nicht gelingt, bei Wahlen überzeugende Unterstützung zu mobilisieren. Allerdings wird die komplexe Aufgabe, solche Risse im imperialistischen Panzer zu strategischen Anknüpfungspunkten weiterzuentwickeln, nicht dadurch bewältigt, indem man verfrüht das Ende der US-Hegemonie verkündet.

Der von Britta Dutke aus dem Amerikanischen übersetzte Text erschien zuerst in New Left Review, Nr.35, Sept./Okt. 2005 und wurde von der Redaktion stark gekürzt.

EUROPEAN EMPIRE

DIE EUROPÄISCHE UNION UNTER DEUTSCHER RATSPRÄSIDENTSCHAFT

VON GERHARD KLAS

Vier der G8-Staaten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien – gehören zur Europäischen Union (EU). Viele der Themen, die auf dem G8-Treffen verhandelt werden – vor allem Energiesicherheit und internationale Konflikte – sind auch Themen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, unter der die EU nicht nur ihren liberalen Binnenmarkt auf weitere Sektoren wie Energie und Postwesen ausweiten, sondern auch ihr militärisches Profil weltweit schärfen will. Dafür – da sind sich EU-Kommission, die meisten Regierungen der Mitgliedsstaaten und die Mehrheit des Europäischen Parlaments einig – ist die in Frankreich und den Niederlanden abgelehnte EU-Verfassung eine wichtige Grundlage.

Von der „Toleranz als Seele Europas" und von der „europäischen Vielfalt" sprach die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Antrittsrede als EU-Ratspräsidentin am 17. Januar 2007 vor den Abgeordneten des EU-Parlaments in Straßburg. Sie will sich dafür einsetzen, „dass am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ein Fahrplan für den weiteren Prozess des Verfassungsvertrages verabschiedet werden kann". Bis zu den Europawahlen im Frühjahr 2009 müsse der Prozess „zu einem guten Ende geführt werden". Merkel machte dabei klar, dass es ohne eine Verfassung keine neue Erweiterungsrunde geben werde. Damit setzt sie vor allem Großbritannien unter Druck, das sich aus geostrategischen Gründen für einen Beitritt der Türkei stark macht, der Verfassung aber skeptisch gegenübersteht.

EU UND USA ALS BLOCK GEGEN DIE WIRTSCHAFTSMACHT ASIENS

Aber zunächst muss Merkel die französischen Präsidentschaftswahlen abwarten. Denn die beiden Präsidentschaftskandidaten der großen Parteien, Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy, die beide für die Verfassung gestimmt hatten, wollen das nach wie vor unpopuläre Thema möglichst aus dem Wahlkampf heraushalten. Aber danach werden die Karten neu gemischt. Denn in Frankreich ist das Ergebnis des Referendums rechtlich nicht bindend. Dort hat sich nur der amtierende Präsident Jacques Chirac persönlich dem Ergebnis unterworfen. Also muss sich die Bundesregierung bis zum Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen Anfang Juni gedulden, bevor sie alten Wein in neuen Schläuchen präsentieren kann. Rechtsverbindlich sind die Volksbefragungen zur EU-Verfassung nur in Dänemark und Irland, die ihre Abstimmung auf den St.-Nimmerleins-Tag verlegt haben.

Das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Auswärtige Amt koordinieren die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten setzen hohe Erwartungen in die deutsche Ratspräsidentschaft. Sie soll der EU einen Weg aus der Krise weisen. Das Programm ist ambitioniert: Neben einem Fahrplan für den Verfassungsvertrag ist unter anderem eine transatlantische Freihandelszone der EU mit den USA geplant. Damit sollen Zollbeschränkungen zwischen den beiden Blöcken aufgehoben werden, damit, so die Begründung, USA und EU besser gegen die aufstrebenden Wirtschaften Asiens konkurrieren können.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Partnerschaft ist auch der so genannte Kampf gegen die Produktpiraterie, der sich vor allem gegen China richtet und auf einer besonders engen Auslegung der „geistigen Eigentumsrechte" fußt. Außerdem ist die Sicherung der Energieversorgung ein zentrales Anliegen der deutschen Ratspräsidentschaft, der es deshalb auch um die „Verteidigung der europäischen Energie-Interessen" in der Welt geht.

Für den Binnenmarkt sind neben einer gemeinsamen Energiepolitik weitere ambitionierte Projekte geplant. Bis 2009 sollen die Postmärkte, da sind sich EU-Kommission und Bundesregierung einig, vollständig geöffnet, d.h. privatisiert werden. Einige Mitgliedsstaaten der EU, darunter Frankreich, sträuben sich noch. Doch Bundeswirtschaftsminister Michael Glos ist sich seines Erfolgs sicher: „Da werden wir unseren französischen Freunden erst mal die Vorzüge des Wettbewerbs nahe bringen", erklärte er in einem Interview mit dem Spiegel.

„MILITÄRISCHE STÄRKE AUF DIE WAAGSCHALE BRINGEN" (STEINMEIER)

Neben energiepolitischen Fragen und der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes soll die deutsche EU-Ratspräsidentschaft das außenpolitische Profil Europas schärfen. „Der Kampf um immer knapper werdende Rohstoffe und Ressourcen birgt erhebliches Konfliktpotenzial", erklärte Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier seinen sozialdemokratischen ParteifreundInnen aus ganz Europa, die im November 2006 zu einer Konferenz nach Berlin gereist waren, um die Aufgaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu besprechen. „Die globale Konkurrenz ... bedroht europä-

ische Sozialstandards", fuhr Steinmeier fort und betonte die wichtige Rolle der EU-Außenpolitik. „Ich bin fest davon überzeugt, Europa kann und wird nur dann eine Friedensmacht sein und bleiben, wenn wir auch die entsprechende politische, wirtschaftliche und in Grenzen auch militärische Stärke auf die Waagschale bringen."

Mit diesem Bedrohungsszenario rechtfertigt Steinmeier die militärische Rüstung Europas, die auch im EU-Verfassungsvertrag vorgesehen ist. Der Rückhalt für diese Großmachtgelüste, aus denen auch im deutschen Weißbuch zur Verteidigungspolitik, veröffentlicht im Oktober 2006, kein Hehl gemacht wird, findet breite Unterstützung, auch im EU-Parlament. In Brüssel hat eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten wenige Tage nach der sozialdemokratischen Europakonferenz in Berlin bei 117 Gegenstimmen für einen Antrag gestimmt, der auch den „weltweiten Wettbewerb um Wasser- und Energiequellen" als Bestandteil europäischer Sicherheitspolitik berücksichtigt wissen will. Etwas hemdsärmeliger als Steinmeier und das Europäische Parlament sagt es der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Joachim Würmeling: Die EU müsse „im globalen Kampf um Energiequellen härtere Bandagen anlegen". Die Sicherung der Energieversorgung sei auch deshalb ein zentrales Anliegen der deutschen Präsidentschaft, so Würmeling, damit „die Bürger nicht im nächsten Winter mangels Gas- oder Öllieferungen ohne Heizung dastehen".

Um langfristig im Wettlauf um die endlichen Ressourcen der fossilen Brennstoffe ernst genommen zu werden und mithalten zu können, braucht die EU nicht nur eine gemeinsame Außenpolitik, sondern auch die dazugehörigen militärischen Kapazitäten, auf die sie notfalls zurückgreifen kann.

EU-KAMPFTRUPPEN FÜR DIE ROHSTOFFSICHERUNG

Das deutete sich auch schon beim Einsatz im Kongo in der zweiten Jahreshäfte 2006 an. Dabei kam erstmals unter Leitung des deutschen Einsatzführungskommandos in Potsdam eine Vorläuferin der künftigen EU-Kampftruppen zum Einsatz. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung sprach offen davon, dass die rohstoffreiche Region Kongo auch der deutschen Wirtschaft nutze. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wurde noch deutlicher und schrieb im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz, dass „Kongo eines der ressourcenreichsten Länder der Welt" sei und vor allem über strategische Rohstoffe verfüge, „die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt". Kongos Präsident Kabila gilt als Garant für den Zugang europäischer Unternehmen zu diesen Rohstoffen. Nicht nur im Kongo wurden deshalb Mitte des vergangenen Jahres Stimmen laut, die den EU-Truppen eine einseitige Parteinahme vorwarfen.

Seit dem 1. Januar, zeitgleich mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, sind die insgesamt 13 EU-Kampftruppen mit jeweils 1.500 SoldatInnen einsatzbereit. Ihre möglichen Einsätze werden unter anderem im European Defence Paper, der Vorlage für ein Weißbuch zur EU-Militärpolitik, definiert. „Künftige Regionalkriege", heißt es dort, „könnten europäische Interessen tangieren, ... indem europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden, beispielsweise durch die Unterbrechung der Ölversorgung, ... einer massiven Erhöhung der Energiekosten, der Störung der Handels- und Warenströme."

AUFRÜSTUNG ALS VERFASSUNGSGEBOT UND STAATSZIEL

Der bislang noch geltende Vertrag von Nizza verbietet einen eigenständigen EU-Militärhaushalt. Mit der angestrebten EU-Verfassung könnten die immensen Kosten einer europäisch koordinierten Militärpolitik leichter geschultert werden. In diese Richtung zielt auch der berüchtigte Artikel 41: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." Dieser Artikel schreibt also die militärische Aufrüstung der Europäischen Union vor. Aber auch ohne dass die Verfassung in Kraft getreten wäre, konnten Militärs und Rüstungsindustrie in jüngster Zeit Erfolge verbuchen: Erstmals ist im Forschungsbudget der EU auch ein Haushaltstitel von einer Milliarde Euro für Sicherheits- und Rüstungsforschung vorgesehen. Und die Europäische Rüstungsagentur, die später aus kosmetischen Gründen in Verteidigungsagentur umbenannt wurde, versucht seit knapp zwei Jahren europäischen Unternehmen wie dem deutsch-französischen Konzern EADS, dem britischen Rüstungsmulti BAE-Systems und Thales aus Frankreich auf dem internationalen Waffenmarkt Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Der Wettlauf um die höchsten Verteidigungsausgaben der einzelnen Mitgliedsstaaten innerhalb der Europäischen Union hat auch ohne Verfassung längst angefangen. Flankiert wird er durch entsprechende Rhetorik. So bedauerte Angela Merkel in einem Interview mit der Zeit (7.9.06), dass Deutschland mit seinen Militärausgaben weit hinter anderen EU-Mitgliedsstaaten liege. Deshalb könne man nicht sagen, dass die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren „sakrosankt sind". Merkel betonte, dass Deutschland nur 1,4 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) bisher in die Streitkräfte investiere – im Gegensatz zu Frankreich oder Großbritannien, die 2,5 bzw. 2,3 Prozent ihres BSP aufwenden, damit ihre „Streitkräfte zukunftstüchtig" sind. Die Kanzlerin will dafür sorgen, dass „Deutschland nicht abseits steht".

DER GROSSE SPRUNG AUF DEN FAHRENDEN ZUG

CHINA ALS GLOBALER AKTEUR

VON HENNING BÖKE

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg der Volksrepublik China wird im Westen in allen politischen Lagern mit einer gewissen Ratlosigkeit verfolgt: Während die Wirtschaftseliten die Chancen der Kooperation und die Gefahren der Konkurrenz erörtern, tut sich die Linke schwer mit dem Verständnis einer Entwicklung, die sie an das Scheitern eigener Hoffnungen und Träume erinnert. Erinnert sei an das Jahr 1971: Selten gab es auf einer UN-Vollversammlung so lebhaften Applaus wie bei der Aufnahme der Volksrepublik China. Vielen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt galt die chinesische Revolution als Vorbild, und auch in den Metropolen des Westens genoss das von Mao Zedong geführte Land nicht nur in der radikalen Linken Sympathien, sondern bis weit in den damaligen linksliberalen Mainstream der entwicklungspolitischen Diskussion hinein.

In Anknüpfung an die Imperialismusanalysen von Lenin und Mao vertraten namhafte neomarxistische TheoretikerInnen wie Samir Amin, Charles Bettelheim, Paul M. Sweezy und andere die Auffassung, dass in der zum Rohstofflieferanten degradierten Dritten Welt „Entwicklung" überhaupt nur unter der Bedingung einer konsequenten „Abkopplung" vom imperialistisch beherrschten Weltmarkt zugunsten einer „autozentrierten Entwicklung" möglich sei. Im maoistischen Jargon hieß das „Sich auf die eigene Kraft stützen". China galt als Erfolgsmodell eines alternativen sozialistischen Entwicklungswegs.

MACHTHABER AUF DEM KAPITALISTISCHEN WEG

Entsprechend groß war die Irritation, als nach Maos Tod 1976 im Handumdrehen diejenigen ans Ruder gelangten, die in der vom „Großen Steuermann" Mao zehn Jahre zuvor initiierten Kulturrevolution als „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" gebrandmarkt worden waren. Nach und nach wurde bekannt, dass die Realität in der Mao-Ära weitaus größere Schattenseiten aufwies, als man zuvor angenommen hatte. Mit Blick auf die in manchen Regionen tatsächlich immer noch prekäre Ernährungslage setzte der neue starke Mann Deng Xiaoping auf Pragmatismus: Sozialismus dürfe nicht die egalitäre Verteilung der Armut sein, sondern man müsse zunächst einige Leute reich werden lassen, damit dann alle reich werden. Die neue Politik der „Reform und Öffnung" setzte auf Zusammenarbeit mit dem Westen und Lernen vom Kapitalismus.
Dieser Kurswechsel ist im Kontext von Entwicklungen zu verstehen, mit denen die Linke nicht gerechnet hatte: Gegen Ende der 1970er Jahre war einigen kapitalistischen Ländern Ostasiens, den so genannten Tiger-Staaten, ein unerwarteter wirtschaftlicher Aufschwung gelungen. Neue Technologieentwicklungen und Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung machten das bislang Unmögliche möglich: Einzelne Entwicklungsländer konnten mit exportorientierten Ökonomien, die neben Dosenspargel zunehmend High-Tech-Produkte anzubieten hatten, eine erfolgreiche Integration in den Weltmarkt vollziehen. Zur gleichen Zeit begann im Westen der Siegeszug des Neoliberalismus. Durch diese Entwicklung wurde um 1980 der Grundstein der kapitalistischen Globalisierung gelegt.
Die Volksrepublik China ist auf diesen Zug aufgesprungen. Frühkapitalistische „Sonderwirtschaftszonen" wurden zum Versuchsballon für die Zusammenarbeit mit westlichen InvestorInnen und die Entstehung eines neuen Unternehmertums. Die Umstellung des Akkumulationsmodells ging einher mit einer Entkollektivierung der Landwirtschaft durch das neue „Haushalts-Verantwortlichkeitssystem", das die bäuerlichen Familien als Wirtschaftssubjekte zur Bestellung des staatseigenen Ackerlands reaktivierte und zugleich die Grundlagen für eine Freisetzung neuer industrieller Arbeitskraft schuf.
Chinas Weg auf den Weltmarkt kulminierte um die Jahrtausendwende mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation. Die Resultate der marktorientierten Reformpolitik übertrafen die kühnsten Erwartungen. Dennoch ist bei allen Prognosen über die künftige Bedeutung Chinas für die Weltwirtschaft

Vorsicht angebracht. Eine Hochrechnung der bisherigen Entwicklung legt zwar nahe, dass China in absehbarer Zeit zur zweiten Wirtschaftsmacht nach den USA und vor der Europäischen Union aufsteigen könnte. Jedoch sind solche Extrapolationen in Anbetracht zahlreicher Unwägbarkeiten kaum mehr als Kaffeesatzleserei: Niemand weiß zur Stunde, wie China beispielsweise sein demographisches Problem lösen wird (die zwingend notwendige Drosselung des Bevölkerungswachstums führt zu einem Umkippen der Alterspyramide).

PROJEKTIONSFLÄCHE VOLKSREPUBLIK CHINA

Exakte Vorhersagen über Chinas quantitatives Gewicht im kapitalistischen Weltsystem sind deshalb kaum möglich. Unabhängig davon bedarf seine politische Rolle als globaler Akteur der Klärung. Lässt man die verbliebenen Subkulturen der Realsozialismus-Nostalgiegemeinschaft beiseite, die heute China als neues sozialistisches Vaterland feiern, so dominiert in der westlichen Linken ein tiefes Misstrauen: China wird als turbokapitalistisches Billiglohnland wahrgenommen, das mit harter Hand von einer völlig verkommenen Politbürokratie regiert wird. Und zugleich dient China Alt-TrotzkistInnen und Neo-OperaistInnen als Projektionsfläche für den Traum von einem dort vermeintlich heranwachsenden wahrhaft internationalistisch-revolutionären Proletariat, das die neokapitalistische Bürokratie stürzen müsse. Die linken Regierungen Lateinamerikas dagegen betrachten China als wichtigen Bündnispartner, und der größte Teil der ungebrochen starken und populären kommunistischen Bewegung Indiens sieht in Chinas Reformpolitik nach wie vor ein Vorbild.
Die zwischen China und dem Westen (insbesondere den USA) schwelenden Konflikte sind kaum zu übersehen. Es fragt sich, wie sie zu bewerten sind. In den 1960er Jahren propagierte China eine durch „Volkskriege" voranzutreibende Revolution der Dritten Welt gegen die imperialistischen Metropolen. Davon kann längst nicht mehr die Rede sein: Chinas internationale Politik kann kaum als „antiimperialistisch" bezeichnet werden. In vielen Konflikten spielt China eine deeskalierende und vermittelnde Rolle. Die Spannungen zwischen China und den westlichen Blöcken sind andererseits aber auch nicht einfach als klassischer zwischenimperialistischer Konflikt zu bestimmen. China bekennt sich zu Marktwirtschaft und Freihandel und wirft den westlichen Machtblöcken vor, durch Protektionismus gegen ihre eigenen Prinzipien zu verstoßen. Das Ziel besteht nicht mehr in „Abkopplung" der Entwicklungsländer vom Weltmarkt, sondern darin, der Dritten Welt im Rahmen des Weltmarkts faire Chancen einzuräumen.

ZWISCHEN KOOPERATION UND NEUEN ABHÄNGIGKEITEN

Natürlich ist Chinas Engagement nicht uneigennützig, sondern es geht vor allem um die Deckung des wachsenden Energiebedarfs, sprich: um Öl. Wenn Chinas Kooperation mit Entwicklungsländern, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, von den ehemaligen westlichen Kolonialmächten als „Neokolonialismus" gescholten wird, liegt die Heuchelei auf der Hand; allerdings bietet das Verhalten chinesischer Unternehmen oft genug Anlass zu solchen Assoziationen. Dennoch betonen afrikanische Regierungen, dass China ihnen gerechtere und vorteilhaftere Handelsbedingungen bietet als die USA und die EU, denn – China schottet seinen Markt viel weniger gegen Industrieprodukte aus der Dritten Welt ab. So ist Chinas Rolle in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ambivalent. Sie umfasst Chancen einer eigenständigen Kooperation ebenso wie die Gefahr neuer Abhängigkeitsverhältnisse.
Welche Tendenz die Oberhand gewinnen wird, hängt nicht zuletzt von Chinas innenpolitischer Entwicklung ab, die im Westen kaum wahrgenommen wird. In den zwei Jahrzehnten unter der Führung von Deng Xiaoping und Jiang Zemin setzte Chinas Regierung auf Wirtschaftswachstum um jeden Preis. Die sozialen und ökologischen Folgen waren katastrophal. Unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und dem als „Populist" geltenden Ministerpräsidenten Wen Jiabao führten wachsende soziale Unruhen in den letzten Jahren zu einer deutlichen Kurskorrektur: Es geht um einen neuen sozialen Ausgleich und die Herausbildung eines ökologisch nachhaltigen Wachstumsmodells.
Insbesondere wurde deutlich, dass die Probleme der Landbevölkerung nicht durch weitere Arbeitsmigration in die Städte gelöst werden können, sondern der Staat den ländlichen Gebieten eine eigene Entwicklungsperspektive bieten muss. Dabei spielen kooperative und genossenschaftliche Wirtschaftsformen eine wichtige Rolle. Das vielleicht typischste Charakteristikum des „Sozialismus chinesischer Prägung" besteht in einem für Entwicklungsländer einzigartigen Industrialisierungsgrad ländlicher Räume. Hier liegt trotz aller Brüche eine wesentliche Kontinuität von der Mao-Ära bis in die Gegenwart mit Modellcharakter für die Dritte Welt.

WEITERHIN MODELLCHARAKTER FÜR DIE DRITTE WELT

Aus weit in die Geschichte zurückreichenden Gründen ist Chinas politische Elite von einer tief sitzenden Furcht von „Unruhe" und „Chaos" besessen. Ihr Handeln bleibt paternalistisch. Hu Jintaos Programm einer „harmonischen Gesellschaft" entspringt dem Geist des Konfuzianismus. Eine auf der kommunalen Ebene ansetzende kontrollierte Demokratisierung soll der Bevölkerung Möglichkeiten konstruktiver Partizipation ermöglichen. Im Bereich der Gesetzgebung sind signifikante Fortschritte in Richtung auf Rechtsstaatlichkeit erzielt worden; dem steht jedoch in der Praxis nach wie vor die Willkürherrschaft korrupter lokaler Machteliten gegenüber. Deutlich geworden ist inzwischen auch die tiefe Gespaltenheit der allmächtigen KP: Den technokratischen und neoliberalen Kräften tritt ein linker Flügel mit wachsendem Selbstbewusstsein entgegen, den die zentristische Führung ernst nehmen muss.
Abzuwarten bleibt, ob die unaufhaltsame Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen Handlungsräume für autonome soziale Bewegungen schaffen wird. Chinas künftige Rolle als globaler Akteur wird nicht zuletzt davon abhängen, welche lokalen Akteure in China auf den Plan treten werden.

DIE WELT ZU GAST IN AFRIKA

DER NEUE WETTLAUF UM AFRIKAS RESSOURCEN

VON HENNING MELBER

Neu ist es für den afrikanischen Kontinent keinesfalls, dass dessen menschlichen und anderen natürlichen Reichtümer geplündert werden. Bereits Karl Marx stellte in seiner Kritik der Politischen Ökonomie höchst unsensibel aber kategorisch fest, dass mit der „Jagd auf Schwarzhäute" die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsweise herauf dämmerte. Anders ausgedrückt: Wer Globalisierung für ein neuzeitliches Phänomen hält, muss aus afrikanischer Perspektive mindestens bis zu den Zeiten des Sklavenhandels zurückgehen, um verstehen zu können, wie Europa Afrika unterentwickelte. Seither haben sich zwar die Formen des ungleichen Tausches geändert, die Nutznießer der nach wie vor extern orientierten Werttransfers blieben hingegen weitgehend dieselben.

Die souveränen Staaten Afrikas sind gekennzeichnet von den strukturellen Erblasten und Defiziten einer außenorientierten Entwicklung, an der nur wenige einheimische – zumeist parasitäre – Nutznießer partizipieren. In diesem Lichte besehen klingt ein Teil der jüngsten, beschwörenden Analysen zur aggressiven Afrikapolitik der VR China – die Teil eines neuen Wettlaufs um die Sicherung der Ressourcen ist – eher scheinheilig als ernsthaft um das Wohl Afrikas besorgt. Schließlich ist es so neu nicht, was sich im Zuge dieser Expansionsstrategie abspielt.

AFRIKA NACH DEM ENDE DER BIPOLAREN WELTORDNUNG

Der Kollaps des Sowjetstaats und damit einer über 40-jährigen Ära der Blockkonfrontation war zwar keinesfalls das „Ende der Geschichte", wohl aber der Beginn einer Neuordnung der globalen Hegemonialstrukturen, mit weitreichenden Folgen auch für afrikanische Regierungen. Ihnen kam das Manövrierfeld des Kalten Krieges abhanden, welches strategische Positionsvorteile bedeutete, wenn auch nur zum Vorteil der Selbstbereicherung der jeweiligen Elite an der Macht. Zahlreiche Beispiele, von Angola bis Zaire, dokumentieren, dass die bipolare Weltordnung keinesfalls einer Entwicklung „von unten" förderlich war, sondern afrikanische Regierungseliten als Satelliten im Ost-West-Konflikt verortete.

Die Festigung der US-Dominanz während der 1990er Jahre resultierte in den letzten Dekolonisierungsprozessen im südlichen Afrika durch eine „Appeasement"-Strategie. Gleichzeitig erlangte der wirtschaftspolitische Diskurs der internationalen Finanzinstitutionen die alleinige Definitionsmacht und schickte sich die Welthandelsorganisation WTO an, die globalen Austauschbeziehungen von Gütern verbindlich und umfassend auszuhandeln. Das Sagen haben dabei zumeist die mächtigen OECD-Staaten und insbesondere der immer deutlicher die einseitigen Spielregeln einer global governance festlegende Club der G8-Mitglieder.

Parallel dazu vollzogen sich auch erhebliche innerafrikanische Wandlungsprozesse. Die demokratisch gewählten Regierungen in Südafrika und Nigeria erwuchsen zu regionalen Hegemonialstaaten mit internationaler Akzeptanz. Zum Jahrtausendwechsel schickten sich Thabo Mbeki und Olusegun Obasanjo im Zusammenspiel mit Senegal, Algerien und Ägypten in direktem Dialog mit den westlichen Industriestaaten an, eine neue Form der Interaktion mitzugestalten. Dabei akzeptierten sie die Rolle als Juniorpartner, eine von der WTO verankerte sozialökonomischen Prämisse. Das Ergebnis war das New Partnership for Africa's Development (NEPAD), das nach einiger Inkubationszeit (und einem politischen Aushandlungsprozess) zum offiziellen wirtschaftspolitischen Instrumentarium der Afrikanischen Union (AU) befördert bzw. degradiert wurde. Die AU wiederum stellt eine Transformation der Organisation für afrikanische Einheit dar. Im Zuge ihrer Umwandlung nahm sie – quasi als Gegenleistung für die Domestizierung der NEPAD – Abschied vom heiligen Prinzip des Nichteinmischungsgebots in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten.

INNERAFRIKANISCHE NEUORDNUNGSVERSUCHE: NEPAD UND AU

Eine Politik kollektiver Verantwortlichkeit wurde in die AU-Verfassung aufgenommen, die keinesfalls folgenlos blieb. So fanden seither mehrere ausdrücklich durch die Organe der afrikanischen Staatengemeinschaft gebilligte oder initiierte

innerkontinentale Interventionen statt, die zur Konfliktminderung beizutragen versuchten. Der von der NEPAD konzipierte und mit vielen Erwartungen auch von außen begrüßte African Peer Review Mechanism (APRM) hielt dagegen kaum, was er ursprünglich in Aussicht stellte. Immerhin lässt sich ein möglicher Zusammenhang zwischen den artikulierten Postulaten guter Regierungsführung und der wachsenden Zahl friedlicher und verfassungskonformer Machtwechsel in der Regierungsführung afrikanischer Länder vermuten – ungeachtet zahlreicher anderer Fälle, die vor allzu großer Euphorie hinsichtlich solcher Errungenschaften schützen sollten.
Mit vielen Vorschusslorbeeren bedacht, hatten sich die NEPAD-ArchitektInnen substanzielle Unterstützung seitens der G8 auf deren Gipfeltreffen in Genua gesichert. Dies mündete in den G8-Afrika-Aktionsplan von Kananaskis und Sonderbehandlung der afrikanischen VertreterInnen bei den darauf folgenden Gipfeln (obgleich sie im Laufe der Jahre immer stärker wieder aus dem offiziellen Protokoll verdrängt wurden).
Systematische neue „Markterschließungsoffensiven" auf dem afrikanischen Kontinent lassen sich spätestens mit dem noch unter der Clinton-Administration verabschiedeten African Growth and Opportunity Act (AGOA) ab dem Jahre 2000 erkennen. Damit wurde durch die USA die handelspolitische Bedeutung Afrikas (die noch vor der Osteuropas liegt) unterstrichen. AGOA machte aber auch deutlich, dass es mit Ausnahme einiger kleiner Nischen (z.B. temporärer Förderung einer angeblich lokalen, aber eigentlich ausländisch finanzierten und genutzten Textilindustrie), hauptsächlich um den Export von hochwertigen Maschinen sowie Technologie, und andererseits die Sicherung des Imports von Öl und anderen strategischen Rohstoffen, ging.

DIE SICHERUNG VON MARKTZUGÄNGEN

Dagegen schickte sich die EU mit den Versuchen einer Neuordnung der Beziehungen zu den AKP-Staaten in der Nachfolge des Cotonou-Vertrages an, in Form von Economic Partnership Agreements (EPAs) eine WTO-Kompatibilität auszuhandeln, die ihrerseits eigene Interessen sichern hilft und die AKP-Staaten neuen handelspolitischen Zwängen unter weitreichendem Verlust von Tarifpräferenzen unterwirft. Die andauernden Verhandlungen lassen erkennen, dass die Vorstellungen in Brüssel zum Teil auf wenig Gegenliebe stoßen.
Beide Initiativen spiegeln weniger das Bedürfnis an der Ausgestaltung gerechterer Handelsbeziehungen wieder, als die Sicherung von Marktzugängen nicht zuletzt im jeweiligen Eigeninteresse. Insbesondere das Gerangel um spezielle Freihandelsabkommen mit Südafrika, dem sicher interessantesten Partner im subsaharischen Afrika (die Sicherung der Ölversorgung einmal außer Acht gelassen), kann als zusätzliches Indiz dafür gelten, dass es auch zwischen den beiden westlichen Industrieblöcken erhebliche Interessenkonflikte gibt.
Mit der jüngst deutlich erkennbaren Expansionsstrategie Chinas macht ein weiterer Konkurrent um die Sicherung insbesondere von fossilen Energieträgern sowie Absatzmärkten für Billigprodukte seine Aufwartung. Hinzu positionieren sich mit Indien, Russland und Brasilien weitere Mitkonkurrenten um den begrenzten Zugang zu Märkten und natürlichen Ressourcen, nicht nur, aber auch auf dem afrikanischen Kontinent. Welche Folgen dies aus afrikanischer Perspektive hat, und welche Chancen sich bieten, bleibt vorerst noch abzuwarten. Die Kassandrarufe aus dem Westen jedenfalls haben wohl weniger die Bedrohung afrikanischer Interessen als die der eigenen im Blickfeld.

STRANGULIERT DURCH LIBERALISIERUNGEN

Die weltweiten Versuche zur Liberalisierung unter der WTO werfen immer wieder die Frage auf, ob Märkte und ProduzentInnen, vor allem in den so genannten Entwicklungsländern des Südens, der Herausforderung durch die freie Konkurrenz mit den Industrieländern gewachsen sind oder des fortgesetzten Schutzes bedürfen. Diese Frage ist bei genauer Prüfung falsch gestellt. Tatsächlich sind es bislang die Märkte der industriell entwickelten OECD-Staaten, die mittels einer protektionistischen Politik in Form von Subventionen ihre eigene Warenproduktion einseitig begünstigen und damit jegliche Form fairer Markt- und Handelsbeziehungen zur Illusion werden lassen.
BefürworterInnen einer Liberalisierung von Handelsbeziehungen tragen zu der Fehlwahrnehmung bei, dass diese gleichbedeutend mit einer Deregulierung von Waren-Austauschbeziehungen sei. Tatsächlich ist der Trend eher umgekehrt: Die vermeintlich liberale weltweite Handelsstruktur war noch nie so festgelegt und verklausuliert. In den letzten 15 Jahren haben sich die abgeschlossenen bi- und multilateralen Handelsverträge auf insgesamt etwa 230 vervierfacht. Ungefähr weitere 60 werden derzeit ausgehandelt. Diese eingerechnet, gibt es derzeit also annähernd doppelt so viele Handelsvereinbarungen wie Staaten, die am Welthandel partizipieren. Von den dabei zugleich eingeführten diversen Kontrollmechanismen, die sich leicht auch als Druckmittel missbrauchen lassen, sei dabei einmal ganz abgesehen.
Die historisch-strukturell benachteiligten Gesellschaften sollten aber wenigstens eine Chance bekommen, sich aus eigener Kraft sozialökonomisch berappeln zu können. Dazu bedarf es der Schaffung von Rahmenbedingungen, innerhalb derer Protektionismus als legitime Überlebensstrategie zur Stärkung heimischer ProduzentInnen und Märkte verstanden wird. So könnten Voraussetzungen geschaffen werden, dass sowohl die Menschen in den Industriestaaten als auch in den Ländern Afrikas von wirtschaftlichen Austauschbeziehungen profitieren. Dass sich dabei das Spektrum potenzieller Partner mit China, Indien, Brasilien und Russland, sowie einer Reihe weiterer „Schwellenländer" erheblich erweitert, kann Afrikas Interessen nicht schaden. Der neue Handlungsspielraum dürfte allerdings nicht nur einmal mehr zum weiteren Ausbau von transnationalen Eliten missbraucht werden.

HOBBES IM SUPERMARKT

KRIEG, DEMOKRATIE UND KONFLIKT IM EMPIRE

VON TONI NEGRI, JUDITH REVEL, MICHELE SARDI U.A.

In den Kriegen der Gegenwart begründet sich ein verändertes Verhältnis von Krieg und Demokratie. Neue Terrains und Formen des Konflikts entstehen ebenso wie neue Widerstände und Fluchtlinien. Nichts wird mehr sein, wie es war. Die zentralen Probleme des Wandels lassen sich entlang dreier diskursiver Achsen zusammenfassen. Die erste bezieht sich auf die „Natur" des Krieges und sein Verhältnis zur Gesellschaft, auf den darin angelegten Formwandel der Souveränität und die daraus erwachsende Physiognomie der Herrschaft. Auf der zweiten geht es um die politische Ökonomie, die der Kriegsführung zugrunde liegt und auf die sich heute die Kriege niedriger Intensität stützen. Diese Kriege sind ihrer Tendenz nach permanent und werden ohne die Figur des *iustus hostis*, des legitimen Feindes, geführt, einer Figur, durch die zumindest die Kriege der Neuzeit ein wenig klarer wurden. Die dritte Achse betrifft die Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen die Multitude den imperialen Krieg niedriger Intensität emanzipatorisch „umwandeln" könnte. Wir werden hier den Schwerpunkt auf die erste Achse legen. Um die Probleme in klarerem Licht zu betrachten, sollen einige klassische politische Positionen zur Kunst des Krieges erörtert werden.

Für das Verhältnis von Krieg und Demokratie ist Niccolò Machiavelli Bezugspunkt. Sein Thema war die Situation permanenter Instabilität, die der leichtfertige Einsatz von Söldnermilizen und das überzogene Taktieren der Kriegsparteien mit sich brachten. Seine Aktualität rührt daher, dass er dabei besonders die Praxis wechselnder Bündnisse im Dienste Dritter problematisiert und den mit fremden Waffen errungenen Sieg als Voraussetzung der Tyrannei analysiert.

Deshalb liegt es nahe, angesichts des gegenwärtigen Funktionsverlusts der allgemeinen Wehrpflicht und der veränderten Zusammensetzung der Armeen auf die Fragestellungen Machiavellis zurückzukommen: Was bedeutet die neue Professionalisierung und Privatisierung von Armeen und Kriegen? Steckt dahinter lediglich eine technische List, die endgültige Rationalisierung der Ökonomie des Kriegsereignisses, seine Normalisierung, oder drückt sich darin auch die Krise der Demokratie und der Repräsentation aus?

MACHIAVELLI, DER KRIEG, DIE DEMOKRATIE

Machiavelli plädiert mit Nachdruck für ein stehendes Heer auf der Basis eines allgemeinen Wehrdienstes. Damit spricht er sich gegen Söldnertruppen oder auch gegen eine aus Freiwilligen gebildete Armee aus. Einzig eine enge Beziehung zwischen Waffen und Volk kann in eine erfolgreiche Kriegsführung münden und einen stabilen Frieden begründen. Seine Theorie erschüttert die absolute Macht in ihren Grundlagen. Eine „republikanische" Lektüre Machiavellis legt diese untergründige Strömung frei: „Die Demokratie konstituiert hier den Regierungstitel, seine Absolutheit, und es ist die demokratische Ausübung der Herrschaft, die ihre Legitimität begründet. Und diese demokratische Herrschaft kann nur von einer bewaffneten Macht ausgehen." (Antonio Negri, Il potere costituente)

Die Kritik der Instabilität einer Macht, die sich „auf die Waffen anderer" stützt, eröffnet einen Diskurs, der die Begründung der Macht regelrecht umstülpt. Verfügt die Macht nämlich über keine eigenen Waffen, so herrscht sie über rein gar nichts. Stützt sie sich auf eigene Waffen, verstreuen sich diese notwendigerweise über den gesamten Gesellschaftskörper und zwingen die Machtgrundlage, einen demokratischen Charakter anzunehmen.

Machiavellis Diskurs scheint heute an einem Ende angelangt: Das stehende Heer auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht löst sich auf. Die postmodernen Armeen, die im Kosovo oder im Irak im Namen Dritter Krieg führen, basieren auf der Freiwilligkeit der Soldateska, der Professionalisierung der Spezialkräfte, der Externalisierung und Übertragung von Sicherungs- und Überwachungsfunktionen an private Söldnermilizen und der tendenziellen Integration humanitärer Aufgaben in die Kriegsführung. Dabei sind die neuen Söldnerheere nicht einfach den Bedürfnissen einer Rationalisierung oder einem Funktionswandel des Krieges unter den Bedingungen der Globalisierung geschuldet. Vielmehr sind sie ebenso in Bezug auf Konflikt und Widerstand in der langen Geschichte der allgemeinen Wehrpflicht zu analysieren.

CELINE, DIE ALLGEMEINE WEHRPFLICHT, DIE DESERTION

Louis-Ferdinand Céline erzählt in Reise ans Ende der Nacht in höchster Intensität von der Kunst des Desertierens. Der Roman lässt sich als eine lebendige Geschichte der Beziehung zwischen Krieg und Klassenkampf lesen. Wenn wir vom stehenden (Volks-)Heer bei Machiavelli ausgehen, können wir mit Céline den Übergang begreifen, der Volk und Heer einander entgegensetzt: Der Zauber des demokratischen Versprechens über Staat und Zivilgesellschaft im Krieg ist gebrochen. Dieses Versprechen stützte sich auf den Massencharakter des Heeres und durchdrang die Menge mit patriotischer Rhetorik. Nun enthüllt sich sein Klassencharakter in der Unterwerfung unter den gesellschaftlichen Block des Kapitals. Dieser Moment begründet die großen und kleinen Desertionen, den Widerstand gegen die Einberufung als proletarisches Programm, die Entdeckung, dass das Sterben im Interesse der Bourgeoisie liegt, die Erkenntnis, dass es eine Sache ist, für die Revolution zu sterben, eine andere, es für die Verteidigung und Konsolidierung des Durchschnittsprofits zu tun.

So gelesen führt Celine auf eine proletarische Entdeckungsreise in die hässliche Materialität des Krieges und zu der Tatsache, dass die Intensivierung der Ausbeutung nicht im Interesse der Massen sein kann und der Widerstand gegen den Krieg dem proletarischen Instinkt entspringt. Die „Tradition der Unterdrückten" zeigt ihnen, dass der Krieg ihren Interessen unmittelbar zuwider läuft, und markiert in ihren Verhaltensweisen die Tatsache, dass in das Terrain der „Klassenkollaboration", auf der die allgemeine Wehrpflicht im Massenheer beruht, die Verweigerung bereits unauslöschlich eingeschrieben ist, als ein point of no return.

Bei Machiavelli und Céline lässt sich so die Beziehung zwischen den beiden Konzepten – Krieg und Demokratie – nachvollziehen. Von Machiavelli ist zu erfahren: Es gibt keine Demokratie, wenn sie keine Waffen besitzt; und Céline antwortet: Wenn ihr Waffen habt, aber die Revolution nicht zugleich die absolute Radikalität der Demokratie als Versprechen und Projekt sozialer Gerechtigkeit behauptet, warum wollt ihr dann kämpfen? Hier nun, am Punkt des Desertierens, der „Partisanenlösung" im Verhältnis von Krieg und Demokratie, trifft die proletarische Erfahrung auf eine Blockade, und entflieht in die Nacht, wo sich soziale Beziehungen ebenso wie das Band menschlicher Solidarität auflösen, eine Flucht ohne Ziel, die den Exodus der Befreiung nicht kennen lernt.

HARRINGTON, DAS PRIVATE EIGENTUM, DER GEMEINSAME REICHTUM

Diese Blockade betrifft, in unterschiedlich starker Form, den Pazifismus wie die großen und kleinen Desertionen auf dem Schlachtfeld. Die Blockade geht auf ein Unverständnis für die gesellschaftlichen Grundlagen des Krieges zurück, oder besser: das Begreifen beschränkt sich auf das Terrain der Verweigerung und findet keine Übergänge zu den immanenten Widersprüchen des gesellschaftlichen Ganzen. Wir müssen deshalb ein drittes Moment bedenken, das über Krieg und Demokratie hinausführt. Es ist die Frage des Eigentums und der Produktionsverhältnisse. Inmitten der englischen Revolution spürt James Harrington die Widersprüche zwischen der liberalen Verfassung und dem untergründigen Brodeln der Spannungen, die zu einer radikalen sozialen Revolution drängen. Er entdeckt die ethisch-politische Perspektive Machiavellis auf dem Gebiet der Ökonomie wieder. Wie Machiavelli weiß er, dass sich die Bürgerschaft auf Waffen gründet. In The Commonwealth of Oceana stellt er die Frage nach den Bedingungen, die verhindern, dass das Verhältnis von Volk in Waffen und Demokratie korrumpiert wird. Ausgehend von der Überlegung, dass es keine Demokratie ohne eigene Waffen geben könne, findet er die Grundlage der Beziehung von Waffen und Demokratie im Eigentum und bestimmt dieses als ein öffentliches Gut, als gemeinsamen Reichtum, als commonwealth.

Damit wird die Dialektik von Krieg und Demokratie als Terrain sozialer Konflikte und als Programm einer Vergesellschaftung bestimmt. Sie markiert zugleich den Punkt, den der ideologische Schleier der konstituierten Macht am stärksten zudeckt, neutralisiert und in Vergessenheit geraten lässt. Die Bourgeoisie, deren Revolution im Zeichen der Freiheit stand, muss den Umstand, dass sie eine Ordnung errichtete, der es grundlegend an Freiheit mangelt, in Schweigen hüllen.

Heute werden die Vergesellschaftung der Produktivkräfte und das Anwachsen der sozialen Kooperation zur lebendigen Grundlage der Produktion des Reichtums werden. In diesem Augenblick reformuliert das Kapital das Eigentum in der Dimension des Wissens, verabsolutiert und relativiert seinen privaten Charakter und realisiert die Harringtonsche Triade von Waffen, Demokratie und Eigentum, indem es den Krieg als Polizeiaktion domestiziert, die Armee privatisiert und das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft zerbricht.

Die Metamorphosen des Krieges und die so genannte Revolution militärischer Angelegenheiten markieren heute den Übergang, in dem das Verhältnis von Krieg und Demokratie an ein Ende gelangt. Das hat weniger mit der Dichotomie von Rechtsstaat und Ausnahmezustand zu tun, als mit der Notwendigkeit der Regierungen, die Kräfte zu neutralisieren, die eine radikale Veränderung anstreben. Dabei sind die Kämpfe gegen den Krieg ebenso sehr eine konservative Verteidigung einer kontinentalen ancient constitution wie sie einen Zyklus globaler Umwälzung eröffnen, in dem sich die Verbindung von Waffen und Demokratie auf dem Terrain der Transformation des Privateigentums in gemeinsamen Reichtum neu bestimmt

Dabei verweisen die Veränderungen in der Kunst des Krieges noch auf eine weitere Linie der Reflexion. Für Benjamin Constant sind „Krieg und Handel nur zwei verschiedene Mittel, um das gleiche Ziel zu erreichen: nämlich zu besitzen, was man sich wünscht". Constant betonte die Überlegenheit des Handels über den Krieg, er sah eine gleichmäßige „Tendenz zum Frieden hin" und prophezeite „eine Zeit, da der Handel den Krieg abgelöst haben wird". Allerdings ging seine Prophezeiung ganz anders in Erfüllung, als er sich das vorgestellt hatte. Statt einen glatten Raum zu schaffen, in dem Güter in sanfter Ruhe zirkulieren, begründet „der Handel", durchdrungen von der Logik des Krieges, ein Feld, auf dem kriegerische Aktionen ihre eigenen Zwecke finden können. Insofern besteht heute die Notwendigkeit, die technologische Wende ins Militär ein-

zuschreiben, das heißt die Entwicklung von Präzisionswaffen und ihren strategischen Einsatz in kleinen mobilen Einheiten zu integrieren, künstliche und menschliche Intelligenz zu kombinieren und den Krieg niedriger Intensität immer mehr der Operativität einer Polizeiaktion anzunähern.

CONSTANT, DER HANDEL, DIE POLIZEI

Das Tempo des Handelns, die Fähigkeit, die eigene Vorgehensweise an die spezifischen Bedingungen der konkreten Situation anzupassen, und die Rationalität der Polizeiaktion hängen deshalb von der Fähigkeit zur Informationsverarbeitung ab, von mobilen und intelligenten Körpern, deren Sensibilität sich an ungewisse und wechselhafte Umstände anpassen lässt. All diese Umstände sind für strategische Planungen vom grünen Tisch undurchdringlich. Die Militärmaschine wird folglich vom „Handel" lernen, von den Supermarktketten etwa oder von Brokern. Denn dort ist das Wissen entwickelt, um die Risiken zu minimieren, verbunden mit der Fähigkeit, auf wechselnde Situationen wirkungsvoll zu reagieren und eine Erfolgsstrategie auf die Überlegenheit des eigenen Informationsnetzes zu gründen.

Der Handel hat also keineswegs den Krieg abgelöst. Vielmehr ist er zum einen das Vorbild für die Reorganisation des Militärs, die immer stärker einer ökonomischen Rationalität und immer weniger politischen Kriterien folgt: so ist das Hauptargument für das Ende der Wehrpflicht und für die militärische Privatisierung die Kosteneinsparung. Zum anderen bedarf der Handel der neuen Form einer Kriegsführung niedriger Intensität, wenn die sich ausbreitenden Netze des wirtschaftlichen Austauschs auf Blockaden stoßen und mit Widerständen konfrontiert sind.

Der postmoderne Leviathan zieht zum Supermarkt, um in den Wirren der technologischen Innovation das Schwert in den Dienst der globalen Akkumulationslogik zu stellen. Die Ordnung der neuen Zeit ist angebrochen. Die Kriegsfurien sind gezähmt und patrouillieren durch die Gänge des Wal-Mart, um jene zu bestrafen, die sich nicht an die Regeln halten. Waffen, Demokratie und Eigentum heißen heute Netwar, Regime Change und TRIPS. Sie markieren den strategischen Horizont, mit dem wir konfrontiert sind: Netwar als vollständige Übertragung der Informationsökonomie auf die Sphäre des Krieges; Regime Change als das politische Dispositiv des imperialen „Friedens"; TRIPS als die Garantie imperialer Herrschaft über die Warenflüsse.

Trotzdem kann die militärische Rationalität nie ganz verhindern, dass das „Übel" die Herrschenden in die Waden beißt: Der rettende Schlag, der in einer Situation der Unregierbarkeit Ordnung schafft, existiert nicht. Es kann nur darum gehen, die Unordnung zu kanalisieren und in eine Kette von vorhersehbaren Aktionen/Reaktionen zu bringen. Der militärische Schrecken verweist somit auf eine reale Schwierigkeit der Herrschaft: die Unmöglichkeit nämlich, eine andere rationale Begründung für einen Konflikt anzugeben als ihre eigene. Der Naturzustand, vor dem heute die imperiale Souveränität ihre Untertanen mit Kriegen niedriger Intensität beschützt, ist die Unsicherheit des Weltmarkts. Was die Politik der Multitude und das Verhältnis von Krieg und sozialer Bewegung angeht, so gilt hier: Den guten Ratschlägen sind die schlechten Beispiele immer noch vorzuziehen.

Der von Thomas Atzert aus dem Italienischen übersetzte Text ist eine kollektive Produktion der italienischen Zeitschrift POSSE und wurde von der Redaktion stark gekürzt.

AGGRESSIVE VERTEIDIGUNG DER WAGENBURGEN UND FESTUNGEN

SICHERHEITSPOLITIK IM GLOBALEN „KRIEG GEGEN DEN TERROR“

INTERVIEW MIT WOLFGANG KALECK

Der 11. September 2001 werde die Welt verändern. So hieß es allenthalben nach den Anschlägen in New York und Washington. Und in der Tat, die Politik des permanenten Ausnahmezustands im Zuge des „Krieges gegen den Terror“ stellt den Geltungsanspruch verfassungsrechtlicher Garantien und internationaler Verpflichtungen offensiv in Frage. Über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich sprach Martin Beck mit Wolfgang Kaleck, Strafverteidiger aus Berlin und Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV).

Was zeichnet Sicherheitspolitik im globalen „Krieg gegen den Terror“ aus?

Der 11. September 2001 markiert für die Sicherheitspolitik eine entscheidende Wende: Nach dem Ende des Kalten Krieges bemühten sich einzelne Staaten und Staatenblöcke propagandistisch, den hohen Rüstungsaufwand und den Fortbestand von Militär und Geheimdiensten weltweit zu rechtfertigen. Doch die proklamierten Kriege „gegen die Drogen“ und „gegen die Organisierte Kriminalität“ boten nur für begrenzte Zeit und nur für begrenzte Zwecke entsprechende Legitimation. Zwar ist beispielsweise die europäische Zusammenarbeit von Polizei und Justizbehörden ohne genügende demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle in den 1990er Jahren aus diesem Kontext heraus entstanden. Seit dem 11. September 2001 ist es das aber wesentlich einfacher geworden: Der nunmehr ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ ist zeitlich und territorial unbeschränkt, in ihm lösen sich die Grenzen zwischen innerer Sicherheit, also klassischer Innen- und Rechtspolitik, und äußerer Sicherheit, klassischer Außen- und Militärpolitik, zunehmend auf.

Wobei wir es mit einer internationalen Entwicklung zu tun haben ...

Ja. Die Größe und Neuartigkeit der Gefahr, so wird argumentiert, rechtfertige den Einsatz jeglicher Mittel und klassische international menschenrechtliche, verfassungsmäßige und bürgerrechtliche Beschränkungen würden nicht mehr greifen, denn – so der argumentative Rückgriff auf vorkonstitutionelle Zeiten – im Krieg habe das Recht zu schweigen. Diese Konstruktion wird von den USA wie von den westeuropäischen Staaten angewandt. Alle anderen Großmächte wie China und Russland und die mittleren Mächte schweigen, weil sie ihre ungebremste Repressionspolitik nach innen nunmehr im Gewand der Terrorismusbekämpfung durchführen können, ohne größere Rücksichten auf Völkerrecht und Menschenrechte nehmen zu müssen.

Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte – du hast es gerade selbst angedeutet – sind nichts Neues. Was macht die neue Qualität aus?

Natürlich waren sowohl die Folter als auch weniger schmerzhafte Eingriffe in vielen Staaten etabliert. Doch die Quantität der seit dem 11. September 2001 umgesetzten Maßnahmen sowie die politische und publizistische Begleitmusik sind in eine neue Qualität umgeschlagen. Wenn nicht mehr nur einzelne Staaten und Staatenbünde auf wirkliche oder vermeintliche

Bedrohungen repressiv reagieren, sondern alle gleichzeitig loslegen und ihre Arsenale öffnen, fehlt sowohl innenpolitisch als auch auf Staatenebene jegliches Gegengewicht.
Die Anwendung staatlicher Gewalt erscheint per se gerechtfertigt, während Protest und Militanz nicht-staatlicher Akteure mehr und mehr als terroristisch und damit unlegitimiert gebrandmarkt werden, ohne dass es auf Legitimität, auf menschenrechtliche und demokratische Inhalte ankäme. Weltweit führt dies zu einer Festschreibung des ökonomischen und machtpolitischen Status quo. Die weltweite Freund-Feind-Politik verringert die Chancen für soziale und gesellschaftliche Veränderungen. Wer sich in Wagenburgen und Festungen einrichtet, ist nicht (mehr) für zukunftsoffene, partizipative, egalitäre und demokratische Konzepte zu haben.

Gleichzeitig präsentiert sich die USA als grenzenlose Macht, die im globalen Antiterrorkrieg über jedes Recht erhaben ist ...
Um so wichtiger ist es, sich international für die Einhaltung beispielsweise des Gewaltverbotes der UN-Charta, des absoluten Folterverbotes und der anderen menschenrechtlichen Verbürgungen einzusetzen, die mühsam seit dem Zweiten Weltkrieg normiert, wenn auch sicherlich noch nicht durchgesetzt wurden.
Ohne dass es irgendwo schon vollendete demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse gegeben hätte, sollte nicht verkannt werden, dass der alte Zustand – vor dem 11. September 2001 – durchaus eine bessere Basis für den Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt darstellte. Die Linke sollte sich daher in alter Tradition der Arbeiterbewegung um die Verteidigung des Rechts und rechtlicher Kompromisse – und zugleich natürlich um deren progressive Fortschreibung – bemühen, ohne den Blick für ökonomische und andere Gewaltverhältnisse zu verlieren und ohne sich auf dem Erreichten auszuruhen. Recht und Gerechtigkeit sind keine Zustände, sondern prozesshafte Entwicklungen, die immer wieder erkämpft werden müssen.

Sicherlich ist das ein umkämpftes Feld. Aber haben wir es nicht mit einer Situation zu tun, in der es weniger um Normen, ihre Einhaltung und die Disziplinierung bei Verstößen geht, sondern um den weiter gefassten Bereich der Gefahrenvorsorge und um eine Kriminalisierung im Vorfeld von Rechtsgutverletzungen?
Die diversen Gesetzespakete des damaligen Innenministers Otto Schily nach den Anschlägen von New York und Washington lassen eindrucksvoll diese Abkehr von den rechtstaatlichen Kategorien des Tatverdachts im Strafprozessrecht und der Gefahr im Polizeirecht als Anknüpfungspunkt für repressive und präventive staatliche Eingriffe erkennen.
Das Ausländer- und Asylrecht hat sich mit seinen zahlreichen auf Terrorismusabwehr bezogenen Ausnahmetatbeständen mehr und mehr zu einem Teilgebiet des Polizeirechts entwickelt. Bei zahlreichen Demonstrationen etwa gegen die Castor-Transporte im Wendland oder die Münchener Sicherheitskonferenz werden Freiheitsentziehungen zur Gefahrenabwehr nach Polizeirecht durchgeführt und Globalisierungskitiker sind mit polizeirechtlichen Instrumenten wie Ausreiseverbote und Passbeschränkungen konfrontiert, die ihre Teilnahme an Demonstrationen im Ausland verhindern sollen. In keinem dieser Beispiele spielte ein Strafverfahren eine Rolle.
Staatliche Repression kommt immer weniger im Gewand des Strafrechts daher. Aus diesem Grund scheint mir auch die Diskussion um das so genannte Feindstrafrecht verfehlt, ein Konzept des Bonner Strafrechtslehrers Jakobs, wonach im Strafrecht der Bürger mit den Mitteln des allgemeinen Strafrechts, die Feinde des Rechtsstaates jedoch mit Ausnahmeregeln behandelt werden sollen. Das Feindstrafrecht hat in Deutschland zwar nicht erst seit dem Nationalsozialismus eine lange Tradition: Es wurde in den 1950er Jahren gegen Kommunisten und ab den 1960er Jahren gegen viele Protestbewegungen eingesetzt. Aber trotz vieler kritikwürdiger Urteile hat sich das System des Strafrechts eher zivilisiert, die wirklich besorgniserregenden Entwicklungen finden gerade außerhalb des Strafrechtes statt. Stellvertretend für diese Entwicklung steht das Konzept Guantánamo, das die Bush-Administration gerade so konzipiert hat, dass den dortigen Gefangenen die sicherlich unzureichenden, aber eben auch schützenden Formen des (Straf-)Rechts entzogen werden.

Steht das Gefangenenlager Guantánamo, in dem Menschen in absoluter Rechtlosigkeit gehalten werden, nicht paradigmatisch für einen nach dem 11. September 2001 erklärten permanenten Ausnahmezustand, in dem – wenn es von nutzen ist – die Ebene des Rechts verlassen wird? Macht es unter diesen Bedingungen überhaupt Sinn, mit den Mitteln des Rechts dagegen anzukämpfen?
Diese Frage würde ich einmal den Guantánamo-Gefangenen oder den im Rahmen der Rendition-Programme entführten und gefolterten El Masri und Maher Arar stellen. In jedem dieser Einzelfälle sind zunächst alle straf- und zivilrechtlichen, politischen und diplomatischen Mittel auszuschöpfen. Dabei ist es wichtig, die verschiedenen Mittel zur Durchsetzung menschen- und bürgerrechtlicher Ansprüche in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen. Mit Mitteln des Rechts wurde erreicht, dass US- und andere Gerichte und UN-Institutionen die Methode Guantánamo für rechtswidrig erklärt haben. Aber die Mittel des Rechts reichen nicht aus, um das System Guantánamo zu stoppen, der daraufhin gerichtete politische Kampf muss sicherlich verstärkt werden, um geltendes Recht und Gerichtsurteile durchzusetzen.

Innenminister Wolfgang Schäuble verweist gerne auf den Umstand, dass die NATO nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Beistandstandsfall beschlossen habe, sich also im Krieg befinde. Deutlicher kann wohl nicht gezeigt werden, dass die Maßnahmen im „Krieg gegen den Terror" gleichermaßen verwaltungstechnischer, polizeilicher und juristischer wie militärischer Art sind?
Schäuble ist einer der vielen Wellenreiter unter den Sicherheitspolitikern, der die Chance für alte Projekte gekommen sah und versucht, jede Gelegenheit – zuletzt die Fußball-WM 2006 – zu nutzen, um die Grenzen zwischen Innen und Außen zu verwischen. Eine der Motivationen für solche Konzepte ist sicherlich, dass Außen- und Kriegspolitik seit jeher von Sicher-

heitspolitikern und Militärs als eher rechtsfreie Domänen angesehen werden, dass also im Krieg die Stunde der Exekutive schlägt und die Regierungen weder Parlamente noch Gerichte fürchten müssen.
Umso wichtiger sind die theoretischen und praktischen Versuche einer globalen Konstitutionalisierung, Mechanismen von Mitbestimmung und gerichtlicher und außergerichtlicher Kontrolle anzusehen. Die letzten Jahrzehnte waren auch die Zeit der großen Menschenrechtsverträge wie dem Pakt über zivile und politische Rechte, der UN-Anti-Folterkonvention und den Kontrollmechanismen auf nationaler und internationaler Ebene. Und keine Bewegung ohne Gegenbewegung: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in den letzten Jahren bahnbrechende Urteile im Falle der bewaffneten Konflikte in Kurdistan und Tschetschenien gefällt, die den dort Betroffenen neben dem Schutz der Normen des humanitären Völkerrecht auch die gemeinhin für den Normalfall garantierten Menschenrechte einräumen. Ein Beispiel dafür, dass es sich lohnen kann, für seine Rechte vor Gericht zu kämpfen.

DIE GROSSE MAUER DES KAPITALS

ÜBER DIE ABSCHOTTUNG DES NEOLIBERALISMUS DURCH NEUE EISERNE VORHÄNGE

VON MIKE DAVIS

Als die glückstrunkenen Massen 1989 die Berliner Mauer zu Fall brachten, erhofften sich viele eine Ära grenzenloser Freiheit, versprach doch die Globalisierung ein Zeitalter beispielloser Mobilität. In Wirklichkeit jedoch hat der Triumph des neoliberalen Kapitalismus die größte Welle von Mauerbauten in der Geschichte ausgelöst. Ein Dutzend Länder ist derzeit damit beschäftigt, seine jeweilige Version der Berliner Mauer oder des Eisernen Vorhangs zu errichten.

Saudi-Arabien beispielsweise hat entlang der Grenze zu Jemen eine „Trennmauer" errichtet, die angeblich „Terroristen", illegale Einwanderer und Khat-Schmuggler fernhalten soll. Indien zog eine Erdmauer durch Kaschmir. Botswana baut einen elektrischen Zaun entlang seiner Grenze zu Simbabwe. Und es wäre ein Leichtes, diese Liste zu verlängern. Eine Mauer von wahrhaft tragischer Ironie ist diejenige Ariel Scharons, da sie im Namen eines Volkes errichtet wird, das mehr als jedes andere in der Geschichte unter undurchlässigen Grenzen gelitten hat.

Doch derartige innere Grenzen verblassen neben der großen kapitalistischen Mauer, die heute die arme Bevölkerungsmehrheit des Planeten brutal von ein paar Dutzend reichen Ländern trennt. Diese Mauer zieht sich über den halben Planeten und riegelt mindestens 12.000 Kilometer Festlandsgrenze ab. Für die verzweifelten illegalen GrenzgängerInnen ist sie wesentlich lebensgefährlicher als einst der Eiserne Vorhang. Die große kapitalistische Mauer besteht aus drei kontinentalen Regimen der Grenzsicherung: der US-amerikanischen *frontera*, der Festung Europa und dem, was man die Howard-Linie nennen könnte, die das weiße Australien von Asien trennt.

OPERATION GATEKEEPER

Wer von Tijuana nach San Diego einreist, sieht ein riesiges Plakat, das einen „Stopp der Grenzinvasion!" fordert. Dieser Slogan findet in den USA immer mehr Zustimmung. So hat das Repräsentantenhaus beschlossen, die Grenze zu Mexiko auf einer Länge von 1.125 Kilometern durch einen Zaun zu befestigen. Bislang waren nur etwa drei Prozent durch Überwachungsanlagen gesichert. Seit der Operation „Hold the Line" im Grenzabschnitt von El Paso 1992 und der Operation „Gatekeeper" in San Diego haben die Grenzpatrouillen der illegalen Einwanderung den Krieg erklärt. Das bislang dramatischste Symbol dieser Politik befindet sich zwischen San Diego und Tijuana: eine dreifache, 4,5 Meter hohe Stahlmauer, zum Schutz vor Untertunnelungsversuchen tief in den Erdboden eingelassen und bewacht von einem Riesenaufgebot an GrenzpolizistInnen.

Im Unterschied zur restriktiven Grenzpolitik der EU hat die Grenze zwischen den USA und Mexiko stets wie ein guter Damm funktioniert, der den Strom überschüssiger ArbeiterInnen nach Norden reguliert, aber nicht unterbindet. So führte die US-Einwanderungsbehörde während der Rezession der frühen 1990er Jahre umfangreiche Razzien gegen Firmen mit Latino-Belegschaft durch. In den Boomjahren der späten 1990er Jahre hingegen wurden diese Kontrollen eingeschränkt, um der steigenden Nachfrage nach Niedrigstlohn-Arbeitskräften gerecht zu werden.

So gesehen handelt es sich bei den mittelalterlich anmutenden Befestigungsanlagen, die sich in San Diego und ähnlich auch in Arizona und Texas finden, um politische Kulissen. Die Operation Gatekeeper zum Beispiel wurde durch die Clinton-Regierung ins Leben gerufen, um den kalifornischen Republikanern die Grenzthematik aus der Hand zu schlagen. Die Verdreifachung der Mauer unter George W. Bush hingegen ist den Konservativen zu verdanken, die ihre noch größere Rigorosität in der Grenzfrage unter Beweis stellen wollten. Wohlgemerkt: Für dieses politische Theater haben Einwanderer ihr Leben lassen müssen. Schätzungen zufolge sind in den letzten zehn Jahren 3.000 bis 5.000 Menschen ums Leben gekommen – in Güterwagen erstickt, in Kanälen ertrunken, an Hitzschlag gestorben oder in den Lagunabergen östlich von San Diego erfroren. Andere starben bei Verfolgungsjagden mit der Grenzpolizei bzw. – wie MenschenrechtsaktivistInnen berichten

– sie wurden von Bürgerwehren in Arizona ermordet.
Dieses offiziell nicht verzeichnete Gemetzel ist der Preis für das Gleichgewicht zwischen dem wählerwirksamen Bild strenger Grenzkontrollen und einem heimlichen Markt für billige Arbeitskräfte. In Washingtoner Denkfabriken favorisiert man derzeit eine Kombination aus verstärkten Grenzschutzmaßnahmen und einem legalen Gastarbeiterstatus für mexikanische Einwanderer. Der Plan der Republikaner, papierlosen Einwanderern einen befristeten Gastarbeiterstatus anzubieten, könnte fast als Geste des Mitgefühls gedeutet werden. Doch tatsächlich dient dieses Angebot als Köder, um Papierlose aus der Anonymität zu locken und sie noch systematischer überwachen zu können.
Die äußerste Ironie besteht jedoch darin, dass – fast unbemerkt – tatsächlich so etwas wie eine „Grenzinvasion" im Gang ist. Denn während sich all die Kindermädchen, Köche und Dienstmädchen gen Norden aufgemacht haben, um den luxuriösen Lebensstil wütender Republikaner aufrechtzuerhalten, sind Horden von Gringos in Richtung Süden gestürmt, um ihren Ruhestand unter der mexikanischen Sonne zu genießen. Schätzungen des US-Außenministeriums zufolge hat die Zahl der in Mexiko lebenden AmerikanerInnen im Lauf der letzten zehn Jahren sprunghaft von 200.000 auf eine Million zugenommen.
Unterdessen wird in der Region San Diego/Tijuana im Border Research and Technology Center an der Optimierung der High-Tech-Erkennungsysteme der Grenzpolizei gearbeitet. Auch das Pentagon hat in Fort Bliss die so genannte Joint Task Force 6 aufgestellt, eine ursprünglich gegen Drogenschmuggel eingesetzte Einheit. Ihren erweiterten Aufgabenbereich genießt die Truppe, weil „es keinen besseren Ort in Amerika gibt, um die Art von Ausbildung zu erhalten, die auf einen Einsatz in Afghanistan oder Irak vorbereitet". Schritt für Schritt und ohne Kontrolle seitens des Kongresses ist der Kampf gegen die Einwanderung mit dem Antidrogen- und Antiterrorkrieg verschmolzen und hat die US-mexikanische Grenze in einen permanenten Kriegszustand niedriger Intensität versetzt. Ein vergleichbarer Prozess zeichnet sich in der EU ab, wo die Verbindung der Komplexe Einwanderung und Terrorismus für tödliche Grenzen gesorgt hat.

FESTUNG EUROPA

Im Juli 2001 druckte eine spanische Zeitung ein Foto ab, auf dem sich Badegäste am Strand von Tarifa sonnen – unbekümmert von dem nur wenige Meter entfernten Leichnam eines ertrunkenen marokkanischen Einwanderers. Der Fotograf betitelte sein Bild „Die Gleichgültigkeit des Westens". Jedes Jahr werden in Europa zwischen 600 und 1.000 Leichen an Land gespült. Und auch bei der Festung Europa geht es zuallererst darum, die Ängste der WählerInnen vor einer Überschwemmung durch die Dritte Welt zu zerstreuen.
Die Festung Europa setzt sich grob aus drei Elementen zusammen: einem panoptischen Gehirn, einem gemeinsamen System der Grenzkontrolle und einer sich derzeit bildenden Pufferzone von Klientelstaaten. Das Schengener Informationssystem (SIS) stellt das Gehirn. In ihm sind die Daten von acht Millionen „unerwünschten" Personen gespeichert, denen der Zutritt zur EU verwehrt ist. Als gravierendste Schwachstellen der Festung gelten Spanien und Italien. Unter Einsatz von EU-Geldern hat die spanische Regierung mittlerweile ihre nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla mit doppelten Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen befestigt. So wurde ein Teil des Flüchtlingsstroms auf die noch gefährlichere Überfahrt zu den Kanarischen Inseln abgedrängt.
Die Antwort der EU auf das Sterben im Mittelmeer besteht nun darin, die Grenzschutzmaßnahmen des weißen Europa im Inneren der Dritten Welt beginnen zu lassen. So schlug Tony Blair vor, „Schutzzonen" in Konfliktregionen Afrikas und Asiens einzurichten, in denen sich potenzielle Flüchtlinge in Quarantäne halten ließen. „Freundliche Nachbarschaft" lautet der Euphemismus für den Vorschlag, einen Cordon sanitaire rund um die EU zu bilden. In dem von Großbritannien, Deutschland und Italien befürworteten Idealmodell würden Einwanderer bereits lange im Vorfeld ihrer verzweifelten Reisen in die EU abgefangen. Die Folgen für die Menschenrechte in den Pufferstaaten wären gravierend, und manche KritikerInnen haben die Aufenthaltslager bereits mit Guantánamo verglichen. Aber es gibt noch ein anderes Vorbild, nämlich Australien, wo Premierminister John Howard den Flüchtlingen offen den Krieg erklärt hat.

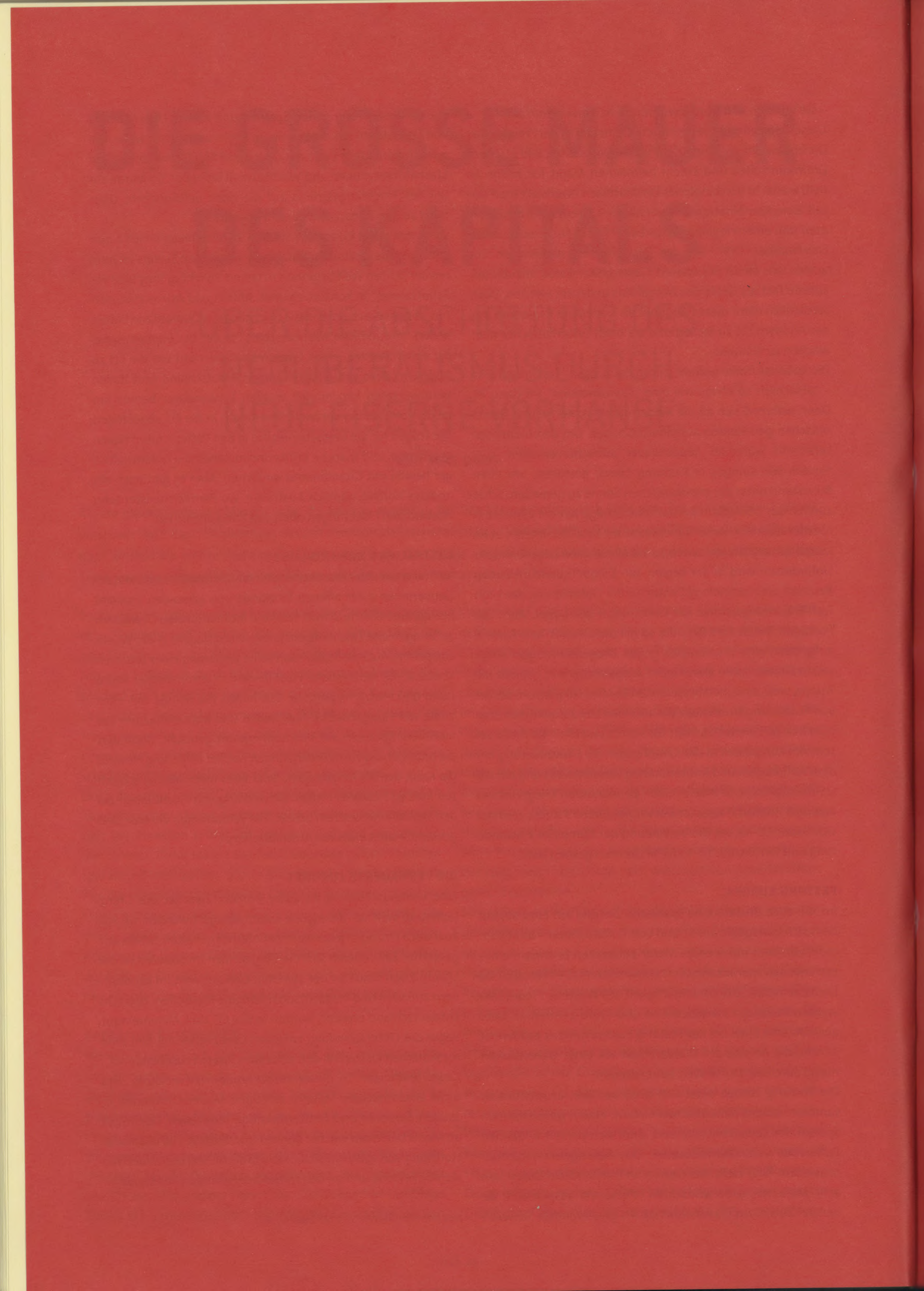
AUSTRALIENS HOWARD-LINIE

Australiens rechter Premierminister John Howard ist zum Idol der GegnerInnen einer offenen Einwanderung geworden. Howard ließ die australische Marine Schiffe in internationalen Gewässern aufbringen und Flüchtlinge in Internierungslagern in der Wüste einsperren. Auch befleißigt sich seine Regierung einer finsteren Rhetorik, die muslimische Flüchtlinge mit terroristischer Bedrohung gleichsetzt. In jüngster Zeit haben Flüchtlinge mit einer Welle von Hungerstreiks, Aufständen und Massenfluchten aus Internierungslagern auf sich aufmerksam gemacht. Besonders die Internierung von Minderjährigen hat der Regierung Howard die Kritik der UN eingetragen. Trotz ihres international schlechten Rufs ist Howards brutale Behandlung von Flüchtlingen bei den WählerInnen extrem beliebt. Die Verdammten der Erde sind gewarnt: Haltet euch von Australien fern.

DIE VERMAUERTE ZUKUNFT

Eine vermauerte Welt ist voller Ironien. Zwar ist die Grenzsicherung weit vor die eigene Küste verlagert worden, sie hat aber auch Einzug in jedermanns Hinterhof gehalten. Schon seit geraumer Zeit müssen sich die BürgerInnen im Südwesten der USA mit den Staus an der „zweiten Grenze" weit im Landesinnern abfinden und verdachtsunabhängige Kontrollen, zuerst in Ostdeutschland erprobt, werden in der EU zum Allgemeingut. Sogar die Unterscheidung zwischen Grenzsicherung und innerer Sicherheit löst sich in den einzelnen Staaten zusehends auf.
Gegentendenzen zu dieser verheerenden Entwicklung sind nicht auszumachen. Mauern erzeugen Mauern. Imperien erzeugen Barbaren und Antiterrorkriege Terroristen. Der Tribut an Menschenleben wächst derweil unerbittlich. Die utopische Hoffnung von 1989 hat sich in das tägliche Sterben in der Wüste von Arizona und an den Mittelmeerstränden verwandelt.

Aus dem Englischen von Michael Adrian



II. KAMPFFELDER ENERGIE, ÖL UND GEISTIGES EIGENTUM

Es gibt Dauerbrenner auf der Agenda der G8-Gipfeltreffen. Das Thema Energie gehört dazu. Die Ölkrise der 1970er Jahre bildete den Hintergrund des G8-Gründungsprozesses. Auch dieses Jahr wird die Energiepolitik eine zentrale Rolle spielen. Dafür sorgt allein der kürzlich veröffentlichte UN-Weltklimabericht. Er machte die Dringlichkeit einer globalen Klimapolitik deutlich. Der G8-Gipfel wird sich der Konjunktur dieses Themas nicht verschließen können. Die acht Staats- und Regierungschefs werden es sich nicht nehmen lassen, sich als Retter der Erde und der Menschheit zu präsentieren. Es ist zumindest mit der Verabschiedung einer Absichtserklärung für einen Klimaaktionsplan zu rechnen. Doch solche Erklärungen sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind. Die USA werden sich nicht vorschreiben lassen, wie viel Energie sie zu verbrauchen haben. Und die europäische Automobil- und Energielobby wird alles daran setzen, eine Klimapolitik zu verhindern, die diesen Namen verdient. Ein Ende der bisherigen Energiepolitik ist somit nicht in Sicht.

Zudem rechnen alle relevanten Studien in den nächsten Jahrzehnten mit einem dramatischen Anstieg des Verbrauchs an fossilen Energieträgern. Diese Entwicklung wird den Verteilungskampf um Öl, Gas und Kohle weiter verschärfen. Fragen der Energiesicherheit werden deshalb auch in Zukunft das alles überragende energiepolitische Thema bleiben. Auf den nächsten Seiten werden aus unterschiedlichen Perspektiven die Faktoren beleuchtet, die bei der Energiesicherheit eine Rolle spielen.

In den letzten Jahren hat ein weiteres Konfliktfeld an Bedeutung gewonnen – die Auseinandersetzungen um das so genannte Geistige Eigentum. Die Schlagwörter hier sind Produktpiraterie, Biopiraterie und Aneignung von kollektivem Wissen durch die transnationalen Konzerne. Was Geistiges Eigentum ist und welche Entwicklungen sich auf diesem Konfliktfeld abzeichnen, ist am Ende dieses Themenblockes zu erfahren.

DIE CHOKEPOINTS DER ANSCHWEL-LENDEN BEDRO-HUNGSGESÄNGE

ZUR ENERGIEPOLITIK CHINAS UND DEUTSCHLANDS

VON JOSEF MOE HIERLMEIER UND ROLF ENGELKE

Die Fundamente der Weltordnung verändern sich derzeit mit dem Aufstieg Chinas und Indiens rasant. Im Zentrum künftiger Konflikte wird noch mehr als bisher die Versorgung mit fossilen Energieträgern stehen. Droht ein neues Zeitalter eines „barbarischen Ölimperialismus“ (Altvater), verbunden mit einem ebenso barbarischen terroristischen Fundamentalismus? Das emanzipatorische „Lager von Porto Alegre“ steht vor großen Herausforderungen.

Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle waren und sind die Schmiermittel des fossilen Kapitalismus. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat das Öl die Kohle als wichtigsten Energieträger abgelöst. Gas liegt mit der Kohle fast gleichauf. Alle drei Energieträger decken mehr als 85% des globalen Energiemixes ab. Energieversorgung ist deshalb ein globales Megathema. Die Versorgung mit diesen Rohstoffen stellt für die jeweiligen Regierungen bzw. transnationalen Bündnisse eine strategische Aufgabe dar. Neben transnationalem Terrorismus, der Verbreitung von (atomaren) Massenvernichtungswaffen, „organisierter Kriminalität“, dem Scheitern von Staaten und – dadurch bedingt – dem Anwachsen von regionalen Konflikten sowie unkontrollierter Migrationsbewegungen gilt die Gefährdung der Energieversorgung als ein zentraler globaler Konfliktfeld.

DIE ZENTRALEN KONFLIKTFELDER

Der Irakkrieg und der Gasstreit zwischen Russland und einigen Nachbarländern haben zu einer neuen geopolitischen Diskussion über Energiesicherheit beigetragen. Es herrscht ein Bedrohungskonsens, der sich aus mehreren Quellen speist:

- Die Schere zwischen dem prognostizierten dramatischen Anstieg des Energieverbrauchs und den begrenzten, bald rückläufigen Ressourcen lässt sich nicht mehr schließen.
- Mit China und Indien sind neue globale Akteure aufgetreten. Dadurch verändert sich das globale Energieregime grundlegend.
- Die Hauptförder- und Verbraucherländer fallen politisch und geographisch auseinander. Von den zehn Ländern mit den größten Erdölreserven gelten neun als instabil.
- Die Ölexportrouten verlaufen durch geographische Nadelöhre, so genannten chokepoints, wie die Straßen von Hormuz und Malakka sowie durch den Suez-Kanal. Unfälle oder terroristische Anschläge könnten diese Versorgungswege schnell blockieren – mit spürbaren Folgen für die Weltwirtschaft. Für die Gasversorgung gilt Ähnliches.

ENERGIEANSTIEG UND GRENZEN DES ANGEBOTS

Trotz aller Umweltschutzrhetorik angesichts der UN-Klimaprognosen wird der Verbrauch von Öl und Gas rasant zunehmen. Die Europäische Kommission erwartet bis 2020 einen Anstieg um 60%. Allein beim Öl rechnet das US-Energieministerium für die USA mit einer Steigerung von 77 Mio. Barrel pro Tag (mbd) in 2001 auf 121 mbd in 2025. Dies trotz der Erhöhung der Energieeffizienz.

Der Aufstieg Chinas und Indiens zu globalen Wirtschaftsmächten führt zu einer spürbaren Erhöhung der Energienachfrage. So steigerte China allein in den Jahren 2000 bis 2004 seinen Bedarf um 40%.

Ob das Angebot mit dem wachsenden Energiebedarf Schritt halten kann, ist mehr als unsicher. Allein der Mittlere Osten müsste dazu seine Produktion verdoppeln. Zahlreiche Studien gehen davon aus, dass „Peak-Oil", also der Zeitpunkt, an dem Nachfrage schneller wächst als das Angebot, bereits erreicht ist oder in Kürze erreicht wird. Über das Angebot lässt sich vielfach nur spekulieren. Die Angaben der Förderländer sind mit großer Vorsicht zu genießen. Oft sind sie überhöht. Die OPEC-Länder sind damit beschäftigt, sich gegenseitig Märchen zu erzählen, so Karin Kutter. „Denn die Größe der Reserven eines Landes spielt eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen um die Förderquoten." (Kutter, S. 644)
Abnehmerländer setzen ihre Hoffnungen vor allem in Saudi-Arabien. So rechnet das US-Energieministerium bis 2025 mit einer Steigerung der Ölfördermenge von 120% auf 22,5 mbd. Diese Hoffnungen scheinen jedoch übertrieben. Laut New York Times haben wichtige AnalystInnen erhebliche Zweifel, dass die Fördermenge über den heutigen Stand von ca. 10 mbd gesteigert werden kann. Laut einer Studie des Experten Matthew R. Simmons, dessen Bank eine der wichtigsten Partner der globalen Ölindustrie ist, hat „die saudische Förderung ihren Spitzenwert bereits erreicht oder steht knapp bevor (...) und wird in sehr absehbarer Zukunft wahrscheinlich zurückgehen." (Le Monde diplomatique, 3/06)

CHINAS KAMPF UM LEBEN UND TOD

Für die chinesische Führung ist die Energieversorgung eine Frage „auf Leben und Tod". Der Energiebedarf des Späteinsteigers steigt sprunghaft an. Wichtigster Energieträger ist die Kohle, die mehr als 70% der Energie abdeckt. Will China aber seinen Bedarf decken, wird der Kohleverbrauch noch steigen. Noch bedeutender ist der Anstieg des Öl- und Gasverbrauchs. Da China nur über 2,5% der weltweiten Rohöl- und gut 1% der Gasvorkommen verfügt, nimmt die Importabhängigkeit stark zu. Allein von 2001 bis 2004 stieg der Importanteil von Öl von 27% auf über 40%. (Gu/Kupfer, S. 29) Damit ist China der zweitgrößte Ölimporteur der Welt. Und der Bedarf wächst dort siebenmal schneller als der in den USA – auch wegen der zunehmenden Autodichte, die sich in den nächsten zwei Jahrzehnten verfünffachen wird.
Um diesen Bedarf zu sichern entfaltet die Regierung und die Chinese National Petroleum Corporation (CNPC) seit Mitte der 1990er Jahre eine umfassende Öldiplomatie. Enorme Summen sind in Erdölkonzessionen geflossen. 1997 erwarb CNPC für 4,3 Mrd. US-Dollar einen 60%-igen Anteil an einer aserbaidschanischen Ölgesellschaft. Die CNPC ist ferner an der Erschließung von Ölfeldern u.a. in Russland, Pakistan, Kasachstan, Indonesien, Ägypten, Ecuador, Iran und Sudan beteiligt. Die Kooperation mit Iran bildet einen Schwerpunkt in Chinas Energieversorgung. Ende 2004 wurden ein 25-jähriger Liefervertrag für zehn Millionen Tonnen Flüssigerdgas pro Jahr im Wert von 100 Mrd. US-Dollar abgeschlossen sowie der Erwerb der Hälfte des bedeutenden Yad-Avaran-Ölfeldes besiegelt. Umgekehrt ist der Iran einer der Hauptabnehmer chinesischer Waffen.
Auch Afrika und Lateinamerika gewinnen zunehmend an Bedeutung für China. Über 30% des benötigten Öls kommt bereits aus Afrika, vor allem aus dem Sudan, wo chinesische Firmen 40% des Ölgeschäftes kontrollieren. (Neues Deutschland, 1.2.07) Dafür schützt China die sudanesische Regierung im Darfur-Konflikt. In Lateinamerika hat China im Jahre 2003 etwa 14% seiner Auslandsinvestitionen getätigt, u.a. in Venezuela, Mexiko und Kolumbien. China gilt als „Störenfried" (Müller) auf dem Weltölmarkt, „weil es gegen gängige Spielregeln bei Bieterverfahren oder im Umgang mit menschenrechtsverletzenden Regimen „verstößt" und „sich darum bemüht, Konkurrenten aus den enger werdenden Angebotsmärkten zu verdrängen".

SICHERUNG DER TRANSPORTROUTEN

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Sicherung der Transportrouten. So beteiligt sich Peking am Ausbau des Tiefseehafens Gwadar in Pakistan und umgeht somit den „chokepoint" Hormuz. Geplant ist eine Pipeline, die China mit Pakistan und Saudi-Arabien verbindet. Auch mit der Militärregierung in Myanmar unterhält die chinesische Regierung enge Beziehungen. Um die von den USA kontrollierte Straße von Malakka zu vermeiden, zielen Überlegungen auf eine Pipeline durch Myanmar nach China. Auf der anderen Seite dienen diese Stützpunkte dazu, die Seewege auch militärisch zu kontrollieren. Internationale ExpertInnen stellen in Chinas Energiepolitik militärisch-strategische Handlungsmuster fest, die „insbesondere in der Golfregion, zu Konflikten mit anderen Großmächten führen könnten." (Gu/Kupfer, S. 40)
Eine Annäherung sucht China auch an Russland. Dies betrifft die Zusammenarbeit in Energiefragen wie auch in der Sicherheitspolitik. Beide eint das Interesse, den Einfluss der USA in Zentralasien einzuhegen. Durch die Stationierung von US-Truppen in den früher zur Sowjetunion gehörenden zentralasiatischen Staaten fühlt sich Russland zunehmend eingekreist. Dies hat Wladimir Putin schon lange vor seiner Münchner Rede deutlich gemacht. China spekuliert andererseits auf die Förderstätten in Zentralasien. Folge dieses gemeinsamen Interesses war die Gründung des Shanghai Kooperationsabkommens (SCO), dem mittlerweile auch Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan angehören.
Als Erfolg der SCO-Politik gilt der Abzug der US-Truppen aus Usbekistan auf Druck Chinas und Russlands. Höhepunkt der SCO war ein groß angelegtes gemeinsames Militärmanöver im Jahre 2005, das sich offiziell gegen den drohenden Terrorismus richtete. Der Einsatz schwerster und modernster konventioneller Waffensysteme, auf russischer Seite sogar der Einsatz von Nuklearbombern, machte aber deutlich, dass es auf Taiwan und die USA zielte. Eine „NATO des Ostens" – wie manche vermuten – entsteht dadurch allerdings noch nicht. Zu groß sind die Differenzen in vielen Politikfeldern und die historischen Vorbehalte. Allerdings könnte die Kooperation sich durchaus zu einem SCO-Energieclub entwickeln, den Putin auf dem SCO-Gipfel 2006 vorgeschlagen hat.

DEUTSCHLAND UND DIE EU

Die Versorgung mit Öl und Gas wird zunehmend auch in Deutschland und der EU als Achillesferse der Außen- und

Sicherheitspolitik wahrgenommen. Seit dem Gasstreit im Januar 2006 zwischen Russland und der Ukraine erleben wir gerade in Deutschland eine zunehmende Politisierung der Energiefragen. Die EU ist der größte Importeur von Gas und zweitgrößter Importeur von Öl. Die Importabhängigkeit wird noch zunehmen. Laut dem „Grünbuch über Energieeffizienz“ beträgt im Jahre 2030 die Importabhängigkeit bei Gas 80% und bei Öl 90%. Trotzdem kann von einer gemeinsamen EU-Energiepolitik nicht die Rede sein. Energiepolitik ist der Bereich, der am wenigsten vergemeinschaftet ist. Sie ist deshalb so schwierig, weil es völlig divergierende nationale Interessen gibt.

Nur ein Beispiel: Polen setzt ganz auf Steinkohle und somit auf eine weitestgehende Unabhängigkeit von Russland und dessen Gasmonopol. Die zunehmende Verflechtung von Deutschland und Russland verfolgt es mit großer Sorge. Dies wurde beim Streit um die Ostseepipeline deutlich, bei der Polen als Transitland ausgebootet wurde. Auch deshalb hat Polen die Verabschiedung eines Partnerschaftsabkommens auf dem EU-Russland-Gipfel im November 2006 mit einem Veto blockiert, was zu großer Verärgerung führte.

DER STREIT ZWEIER LINIEN

Dass die deutsche Energieversorgung bedroht ist, gehört mittlerweile zum Kanon. Deshalb stehe die Energiepolitik heute vor den „größten Herausforderungen“, so der Chef des Kanzleramtes Thomas de Maiziere auf dem Symposium des BND „Energie – Quelle von Konflikt und Kooperation“ im Oktober 2006. Energiepolitik dürfe nicht mehr – wie bisher – als Teilgebiet der Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Vielmehr sei sie Aufgabe einer integrierten Außen- und Sicherheitspolitik. Wie diese aussehen kann, darüber streiten sich die Geister. Die rot-grüne Regierung verfolgte eine enge Partnerschaft mit Russland auf der Basis von bilateralen Verträgen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist ein Gewährsmann dieser Linie.

Dagegen werden massive Einsprüche erhoben. Für Frank Umbach, zuständig für internationale Energiesicherheit bei der einflussreichen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), hat ein neues Great Game um Zugriffsrechte auf Erdöl- und Erdgasfelder und um Pipelines längst begonnen. Dabei stelle die Politik Russlands eine Bedrohung dar, weil es sein Gasmonopol als Instrument der Erpressung einsetze. Auch Deutschland sei wegen der Abhängigkeit der Gaslieferungen von Russland bedroht. Durch die neue Ostseepipeline werde diese von derzeit 40% auf ca. 70% ansteigen. Für Putin seien die Rohstoffe der Schlüssel zum Wiedererstarken des Reiches. Dies werde durch die „Renationalisierung sowie Wiederverstaatlichungstendenzen“ im russischen Energiesektor deutlich. Mit dem von Russland angestrebten Gaskartell („Gas-OPEC“) werden sich in Zukunft nicht nur die Preise diktieren lassen. Deutschland und die EU könnten es sich nicht mehr leisten, diese Entwicklung zu ignorieren. Es drohe vielmehr ein neuer Kalter Krieg in Energiefragen. Umbach fordert deshalb ebenfalls eine integrierte EU-Energiepolitik, die sich stärker an außen- und sicherheitspolitischen Bedürfnissen orientiert.

DIE MILITÄRISCHE KOMPONENTE

Eine solche integrierte Energiepolitik hat zunehmend eine militärpolitische Komponente. Darauf verweist Rudolf Adam, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, in einem Vortrag über „Geostrategische Risiken der Energieversorgung“: „Wenn Ordnung zusammenbricht, wenn Terroristen oder Aufständische drohen, Verladeanlagen in die Luft zu sprengen, Tanker zu versenken, Meerengen zu blockieren, Manager zu entführen oder zu ermorden – was tun wir dann?“ Der Ölsicherheit müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. „Wer Öleinnahmen hat, kann Söldner bezahlen, Waffen und Stimmen kaufen.“ Öl und andere strategische Rohstoffe seien die Achillesferse der deutschen Politik, um dann Klartext über den Militäreinsatz im Kongo zu reden: „Im Kongo geht es nicht nur um die Macht in Kinshasa – die ist sogar ziemlich uninteressant. Interessant sind die nahezu unbegrenzten Erdölvorkommen, hinter Tutsis und Hutus stecken Coltan und andere seltene und wertvolle Rohstoffe.“ [1] Mit dem kürzlich veröffentlichten „Weißbuch“ sieht Verteidigungsminister Jung den Übergang von einer werte- zu einer interessegeleiteten Militärpolitik vollzogen, die sich stärker den Rohstoffregionen zuwendet.

Ein in 2006 veröffentlichtes Strategiepapier aus dem Hause Bertelsmann („Die Kosten des Nichthandelns“) geht von einer „fundamental gewandelten Bedrohungslage“ für Europa aus. Wolle man „Sicherheit und den Wohlstand Europas“ verteidigen, reichen die „bewährten Sicherheitsinstrumente und -strategien“ nicht mehr aus. Notwendig sei stattdessen eine umfassende Militarisierung: „Europa braucht insgesamt eine größere Zahl von in Krisengebieten weltweit einsatzfähigen Kräften, vor allem wenn mehrere Missionen gleichzeitig durchgeführt werden sollen und man der Faustregel von zehn Soldaten je 1.000 EinwohnerInnen der Krisenregion folgt. Von den ca. 1,7 Mio. Soldaten in Europa sind gegenwärtig nur 10%“einsetzbar.“

Die Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist auch einer der Schwerpunkte der deutschen EU-Präsidentschaft. So heißt es im außen- und sicherheitspolitischen Teil des Arbeitsprogramms für die EU-Präsidentschaft: „Besonderes Augenmerk gilt den schnell verlegbaren europäischen Gefechtsverbänden, die vom 1. Januar 2007 an für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen.“

ANMERKUNG:

1 www.baks.bundeswehr.de/portal/

LITERATUR:

Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik.* Berlin 2006

Xuewu Gu /Kristin Kupfer (Hg.): *Die Energiepolitik Ostasiens. Bedarf, Ressourcen und Konflikte in globaler Perspektive.* Frankfurt 2006

Karin Kutter: *Ölreserven und Ölinteressen.* In: PROKLA 137

Frank Umbach: *Europas nächster Kalter Krieg.* In: Internationale Politik 2/2006

Friedemann Müller: *Energie-Außenpolitik.* SWP-Studie 11/2006

GEBURTSWEHEN DES MITTLEREN OSTENS

DIE US-STRATEGIE ZUR TRANSFORMATION DER REGION

VON JÜRGEN WAGNER

Die Neuordnung des Nahen und Mittlerer Ostens ist eines der erklärten Ziele der Außenpolitik unter US-Präsident Georg W. Bush. Obwohl die Besetzung des Iraks sich zu einem Debakel entwickelt hat, sind weitere Militärschläge nicht auszuschließen. Der militärische Aufmarsch und die Eskalationsdynamik deuten auf bevorstehende Luftschläge gegen die Atomanlagen im Iran hin. Darüber hinaus werden Pläne zu einer weitgehenden Zerstückelung der Region entwickelt.

US-Außenministerin Condoleezza Rice gefragt nach ihrer Haltung zur israelischen Offensive im Libanon Mitte 2006, fasste Washingtons Strategie für den Mittleren Osten folgendermaßen zusammen: „Was wir hier sehen, ist in gewissem Sinne das Entstehen – die Geburtswehen – eines neuen Mittleren Ostens, und was immer wir tun, wir müssen sicher sein, dass wir auf einen neuen Mittleren Osten drängen, nicht zu dem alten zurückzukehren." (Globalresearch, 28.7.06) Schon im Vorfeld des israelischen Angriffs war aus Washingtoner Kreisen offen zu hören gewesen, ein Ausschalten der Hisbollah sei die Vorbedingung für ein Vorgehen gegen den Iran.

Trotz zahlreicher Anzeichen für einen US-Angriff auf den Iran stößt dieser nächste Schritt zur Unterwerfung der Region aufgrund der desaströsen Situation im Irak auch in den eigenen Reihen auf zunehmenden Widerstand. KritikerInnen der Regierungspolitik schlagen stattdessen vor, auf indirektere Kontrollstrategien zu setzen. Zwar ist gegenwärtig unklar, welche dieser beiden Positionen sich kurzfristig durchsetzen wird. Langfristig dürfte aber zur direkten militärischen Unterwerfung kaum eine ernsthafte Alternative bestehen, sofern weiterhin an dem Ziel festgehalten wird, die dortigen Ölvorkommen zu kontrollieren. Hiervon ist auszugehen, insbesondere weil die Bedeutung der Region in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Wachsender Ölverbrauch bei rückgängigen nationalen und globalen Vorräten erhöht die Importabhängigkeit und führt zu einer wesentlich höheren Krisenanfälligkeit.

Aus diesen Gründen rückt die militärische Kontrolle von Energievorkommen immer weiter ins Zentrum der US-Strategieplanung, schon allein auch deswegen, weil hiermit einem potenziellen Gegner buchstäblich der Saft abgedreht werden kann – man denke an die wachsenden Auseinandersetzungen zwischen China und den USA. Die Kontrolle des Mittleren Ostens stellt diesbezüglich den Hauptpreis dar, denn dort lagern etwa zwei Drittel der verbliebenen Vorkommen. Darüber hinaus gilt es auch jegliche Versuche der dortigen Länder, ihre wachsende Macht für eine eigenständige Politik zu nutzten, im Keim zu ersticken.

DER WIEDERAUFSTIEG DER OPEC

Die primär aus Staaten der Golfregion zusammengesetzte Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) versucht über zwei Mechanismen ihre Position gegenüber den Konsumenten zu stärken. Neben der Drohung mit einem Embargo, also dem völligen Lieferstopp, ist dies vor allem die vom Kartell ausgegebene Förderquote. Sie schreibt jedem Mitglied verbindlich vor, wie viel Öl es dem Weltmarkt zuführen darf. Entschließt sich das Kartell zu einer Reduzierung, hat dies, da der globale Ölmarkt den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gehorcht, eine Verknappung und damit einen Preisanstieg zur Folge – zumindest in der Theorie. Allerdings scheiterte dieser Versuch in den 1970er und frühen 1980er Jahren, da der Westen hierauf – und auf die beiden Embargos in den 1970er Jahren – mit der raschen Entwicklung von Nicht-OPEC-Quellen reagierte. Dies führte dazu, dass die OPEC zunehmend Marktanteile einbüßte und 1986 die Mengenbegrenzung aufgeben musste. Der Ölpreis blieb in der Folge mit durchschnittlich 17 US-Doller pro Barrel extrem niedrig.

BEFORE

Istanbul
Black Sea
GEORGIA
Caspian Sea
UZBEKISTAN
KYRGYZSTAN
Ankara
TURKEY
ARMENIA
AZER-BAIJAN
Baku
Mt. Ararat
TURKMENISTAN
TAJIKISTAN
CHINA
Dyarbakir
Tabriz
CYPRUS
SYRIA
Kirkuk
Tehran
Kabul
LEBANON
Beirut
Herat
Islamabad
Mediterranean Sea
ISRAEL
Damascus
IRAQ
Baghdad
AFGHANISTAN
IRAN
Amman
NEPAL
JORDAN
Basra
PAKISTAN
EGYPT
KUWAIT
Bandar E-Abbas
Karachi
Persian Gulf
Medina
Gwadar
INDIA
Riyadh
QATAR
SAUDI ARABIA
U.A.E.
Mecca
OMAN
SUDAN
Red Sea
Indian Ocean
ERITREA
YEMEN
Miles
0
500
N
ETHIOPIA

AFTER

Istanbul
Black Sea
GEORGIA
Caspian Sea
UZBEKISTAN
KYRGYZSTAN
Ankara
TURKEY
ARMENIA
AZER-BAIJAN
Baku
Mt. Ararat
TURKMENISTAN
TAJIKISTAN
CHINA
Dyarbakir
FREE KURDISTAN
Tabriz
GREATER LEBANON
SYRIA
Kirkuk
Tehran
Kabul
ISRAEL (pre-1967 borders)
Beirut
Herat
Islamabad
Damascus
SUNNI IRAQ
Baghdad (city-state)
AFGHANISTAN
IRAN (PERSIA)
WEST BANK (status undetermined)
Amman
ARAB SHIA STATE
Basra
NEPAL
GREATER JORDAN
PAKISTAN
EGYPT
KUWAIT
Bandar E-Abbas
FREE BALUCHISTAN
Karachi
Persian Gulf
Medina
Gwadar
INDIA
Riyadh
QATAR
ISLAMIC SACRED STATE
U.A.E.
SAUDI HOMELANDS INDEPENDENT TERRITORIES
Mecca
OMAN
Indian Ocean
SUDAN
Red Sea
YEMEN
ERITREA
ETHIOPIA

Countries gaining territory
Countries losing territory
Countries unchanged

CHRIS BROZ, AFJ

SOURCE: RALPH PETERS

Nun scheint sich aber das Blatt zu wenden. Friedemann Müller von der SPD-nahen Stiftung Wissenschaft und Politik weist auf die Folgen für den Ölpreis hin: „Im März 1999 wurde sich die OPEC bewusst, dass die Nicht-OPEC-Produzenten über keine Produktionsreserven verfügten, eine Mengenbegrenzung der OPEC daher nicht durch die Übernahme von Marktanteilen durch andere aufgefangen würde. Das Instrument der Mengenbegrenzung griff wieder. Der Preis stieg im Jahr 2000 auf über 30 US-Dollar ... Die in den 1980er und 1990er Jahren verlorene Herrschaft über die Ölpreissteuerung hat die OPEC 1999 im Prinzip zurückgewonnen."

Da allein die OPEC-Staaten den steigenden Öldurst stillen können, besteht die Gefahr, dass das Kartell künftig den Ölpreis nahezu beliebig diktieren kann, was fundamental mit dem Interesse der Industriestaaten an billigem Öl kollidiert, wie die unter der Ägide von US-Vizepräsident Dick Cheney verfasste Nationale Energiepolitik verdeutlicht: „Steigende Ölpreise wirken wie eine Steuer durch ausländische Ölexporteure. Sich ändernde Energiepreise verursachen ökonomische Kosten (...) Diese Kosten können letztlich das ökonomische Wachstum beeinträchtigen." Noch gefährlicher wird es, wenn sich die OPEC-Staaten darauf einigen sollten, über ein Embargo ihr Öl als Waffe gegen die US-Politik einzusetzen. Da heute kaum Alternativen bereitstehen, wären die ökonomischen Folgen fatal. Regierungsmitglieder aus dem Irak, Iran, Libyen und Saudi-Arabien haben einen solchen Schritt bereits angedroht und befürwortet.

DIE BALKANISIERUNG DES MITTLEREN OSTENS

Im Wesentlichen gibt es in den USA zwei Strategien zur „Disziplinierung" der OPEC-Staaten, eine neokonservative und eine neoliberale, die sich aber nur auf den ersten Blick unterscheiden. Die derzeit dominierende neokonservative Variante setzt auf „kreative Zerstörung", wie es der Vordenker Michael Ledeen formulierte und damit auf die direkte militärische Kontrolle und Zerstückelung der Region. Sie wurde mit dem Irakkrieg in die Praxis umgesetzt und ist auch maßgebliche für die Überlegungen, jegliches Land in der Region, das sich US-Interessen widersetzt, zu überfallen. Neben Syrien steht hier vor allem der Iran buchstäblich auf der Abschussliste.

Diese Strategie setzt darauf, die Region in kleine Einheiten zu zerlegen, von denen keine den US-Interessen im Wege stehen kann. So fordern namhafte US-PolitikerInnen, wie Leslie Gelb vom Council on Foreign Relations oder der demokratische Senator Joseph Biden schon lange die Aufspaltung des Irak anhand ethnischer Linien, also in einen kurdischen, einen sunnitischen und einen schiitisch Teil. Am weitgehendsten sind die Pläne des den Neokonservativen nahe stehenden pensionierten US-Militärs Ralph Peters. (Armed Forces Journal, Juni 2006) Er tritt für die groß angelegte Balkanisierung der Gesamtregion und deren vollständige ethnische Parzellierung ein.

Ginge es nach seinen Vorstellungen, würden US-Klienten beträchtliche territoriale Zugewinne verzeichnen, während renitente Länder wie der Iran und Saudi Arabien große Teile ihrer Gebiete abgeben müssten. (siehe Karte) Gerade dem saudischen Königshaus, das in jüngster Zeit verschiedentlich „aus dem Ruder" gelaufen war, wurde schon seit längerem offen gedroht.

INTELLIGENTERER KOLONIALISMUS?

Zwei Protagonisten der „anderen" Variante, die US-Demokraten Ronald Asmus und Jonathan Pollack, benannten schon vor mehreren Jahren in der Washington Post (22.7.03) die beiden aus ihrer Sicht unterschiedlichen US-Kontrollstrategien. Dabei geht es offensichtlich nicht darum, ob die gesamte Region restrukturiert wird, sondern lediglich auf welche Weise dies geschehen soll: „Es hat sich in Washington ein Konsens herausgebildet, dass der Mittlere Osten die vorrangige strategische Herausforderung unserer Zeit darstellt (...) Die Frage ist nun, wie man den Mittleren Osten am besten umgestalten kann (...) In der Tat findet die Auseinandersetzung statt zwischen der neokonservativen Strategie einer Zwangsdemokratisierung und dem, was man als neoliberale Alternative bezeichnen könnte."

Die Kriegspolitik der Neokonservativen scheitere am Widerstand vor Ort und übersteige die Kapazitäten der USA, weshalb man versuchen solle, die Staaten der Region über die Integration in die Weltwirtschaft subtiler in die „richtige" Richtung zu drängen und dabei auch die westlichen Verbündeten ins Boot zu holen. Was darunter genau zu verstehen ist, formulierten Asmus und Pollack in einem Grundsatzartikel im Policy Review. (September/Oktober 2002) In ihm forderten sie die NATO-Staaten dazu auf, sich einem neuen „Transatlantischen Projekt" zu widmen, nämlich der „Transformation des Mittleren Ostens", die fortan die zentrale Aufgabe des Bündnisses werden solle. Das Projekt solle „auf eine neue Form der Demokratie hinauslaufen, auf ein neues Wirtschaftssystem, das den Menschen in der Region zu Arbeit und Würde verhilft". Dies sei die einzige Möglichkeit, „die dem Terrorismus zugrunde liegenden Ursachen" zu bekämpfen, und beinhalte aber „zweifellos auch eine militärische Komponente", da die gesamte Region unter „einer Krise der Regierbarkeit leidet, die mit der Unfähigkeit seiner Staaten einhergeht, die Herausforderungen der Moderne und der Globalisierung zu bewältigen".

Auch in Europa finden diese Vorschläge zahlreiche BefürworterInnen. Dies spiegelt sich in einem Manifest namhafter transatlantischer SicherheitspolitikerInnen unter dem Titel „Das nächste transatlantische Projekt: Demokratieförderung von Nordafrika bis Afghanistan" wider. (Internationale Politik, 4/2004) Bemerkenswert an diesem Manifest ist insbesondere der Vorschlag, das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden" auf den Großraum des Mittleren Ostens auszudehnen und die Allianz so direkt in die Region zu involvieren.

Groß sind die Unterschiede zwischen der neoliberalen und neokonservativen Variante offensichtlich nicht. Letztere wird zwar derzeit aufgrund des heftigen Widerstands in der Region kritisiert, ob innerhalb der herrschenden Logik hierzu aber überhaupt eine Alternative besteht ist zweifelhaft. Was werden wohl die Neoliberalen machen, falls die Staaten des Mittleren Ostens trotzdem fortfahren sollten, sich gegen die Interessen der USA zu stellen? Wie sagte der geopolitische Altmeister Henry Kissinger schon vor Jahrzehnten: „Das Öl ist zu wichtig, um es den Arabern zu überlassen!"

IRAK VERSTEHEN

VON ELITEN, DIE NICHT REGIEREN KÖNNEN, UND VON EINER HERRSCHENDEN KLASSE, DIE NICHT HERRSCHEN KANN

VON SABAH ALNASSERI

Keine sehr provokative, wohl aber eine realistische These: Es gibt keinen Bürgerkrieg im Irak. Die BesatzerInnen suggerieren: Die Spirale der Gewalt ist hausgemacht, die Verantwortung für den Krieg tragen seine Opfer. Richtig ist: Es gibt einen Konflikt zwischen intern zerstrittenen regierenden Eliten und ihren außerparlamentarischen Widersachern. Die These vom Bürgerkrieg wird jedoch von den regierenden Eliten propagiert, um die Besatzung und die Anwesenheit von immer mehr ausländischen Truppen im Land zu legitimieren. Denn auf der Anwesenheit dieser Kräfte basiert die Machtstellung der Eliten. Es gibt also sehr wohl einen Krieg im Irak, und zwar seit März 2003. Dieser Krieg hatte mehrere Etappen und erfuhr diverse Verschiebungen in der Zusammensetzung der Kräfteverhältnisse sowohl innerhalb wie außerhalb des Staatsapparates. Einige interessante Momente dieser turbulenten Zeit seien nun dargestellt.

Ebenso wie nach dem zweiten Golfkrieg im Jahre 1991 waren im Irak seit Beginn des Krieges 2003 mehr als 100 Gruppen, Parteien und Organisationen unterschiedlicher Couleur aufgetaucht. Alte, längst für tot erklärte Kräfte wurden reaktiviert. Kräfte, die unterschiedliche politische Projekte artikulierten, miteinander konkurrierten, Allianzen und Zweckbündnisse eingingen und politisches und ökonomisches Kapital aus der umkämpften Situation schlagen wollten. Damals wie heute verwandelte sich die anfängliche Euphorie über den Neubeginn schnell in herbe Enttäuschung.

BOOM AND THE BUBBLE

Die Anwesenheit von Besatzungstruppen, von internationalen Akteuren und die Vielfalt der politischen Kräfte im Irak haben zur politischen, territorialen und sozio-ökonomischen Fragmentierung des Landes geführt. Die politischen Kräfte im Irak haben wenig Regierungserfahrung und meist ein sehr enges, instrumentelles Staatsverständnis und bleiben deshalb zersplittert. Die wirksamsten dieser Kräfte verfügen über diverse Machtnetzwerke (tribale, konfessionelle, kommunale, familiäre etc.), über Milizen und paramilitärische Einheiten. Alle diese Akteure waren früher privilegierte NutznießerInnen des Saddam-Regimes, profitierten vom Arrangement mit dem Regime und/oder repräsentieren reiche und mächtige Familien (Clans). Jede dieser Gruppen beansprucht heute die alleinige Vertretung der jeweiligen Teile der irakischen Bevölkerung bzw. erhebt Anspruch auf einen Teil des Staatsapparates. Der Staat verkümmert zu einer Beute partikularer Interessen.

Die wichtigsten politischen Akteure im Irak sind heute Abkömmlinge von mächtigen Familien aus alten herrschenden sozialen Klassen des Landes, die seit der osmanischen Ära bis zum Fall der Monarchie 1958 regierten (z.B. al-Hakim, Barzani, Chaderchi, Chalabi, Jabr, Khöi, Pachachi, Sadr, Shirazi, Rubaai, al-Saadun u. a.). Dabei handelt es sich hauptsächlich um Familienclans, die dem feudalen, vorrepublikanischen Regime damals ihren sozialen, ökonomischen und/oder politischen Aufstieg verdankten und heute ihr Comeback feiern. In aktuellen politischen Bündnissen zählen deshalb Claninteressen häufig mehr, als – wie auch immer konstruierte – religiöse oder ethnische Identitäten. Diese Klassenpolitik nimmt jedoch die Form nationaler, ethnischer, kultureller und/oder konfessioneller Identitätspolitik an.

POLITOGRAMM DES IRAK

Ein anderer, nationalistisch orientierter Typ politischer Führungsgruppen entstammt der Mittelschicht, die ihren sozialen und politischen Aufstieg dem Saddam-Regime verdankte. Vor allem die ehemaligen BaathistInnen haben gute Kontakte zum aufgelösten Sicherheitspersonal, zu den Resten der Baath-Partei in Syrien und im Irak und zu anderen säkularen Kräften wie KommunistInnen, PanarabistInnen, Liberalen etc.

Eine dritte Kategorie bilden die Embargo- und KriegsgewinnlerInnen, die von dem Zusammenbruch der Ökonomie während der Embargojahre profitiert und sich enormes Kapital in diversen Formen angeeignet haben. Und schließlich gibt es noch die regionalen Tribalmächte, die ebenfalls bereits unter dem gestürzten Regime aufgestiegen waren.

Auch wenn diese Gruppierungen alle untereinander zerstritten sind, ist die politische Landkarte doch nicht so verwirrend, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Die tatsächliche Verwirrung stiftet die Besatzung.

Die entfesselten schiitischen Parteien plus Identitätspolitik könnten, so die neokonservativen Erwartungen der Bush-Administration, eine weitreichende geopolitische und kulturelle

Wirkung über den Irak hinaus entfalten – und somit eine mächtige Konkurrenz zur prominenten iranischen Doktrin des Wilayat al-Fagih (Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten) als auch zu sunnitisch-wahabitischen Orientierung auf Saudi-Arabien aufbauen. Najaf und Kerbela könnten, so die Erwartungen von schiitischem Klerus und schiitischen Institutionen, nicht nur als Pilgerfahrtstädte für Millionen SchiitInnen weltweit fungieren, was einen enormen ökonomischen Aufschwung für die schiitischen Institutionen und deren Klientel in Handel, Dienstleistung, Industrie und Handwerk bedeuten würde, sondern auch eine prominente politisch-kulturelle Stellung des irakischen Klerus forcieren. Die gezielte Aufwertung der irakisch-schiitischen Kultur durch eine Interessenidentität zwischen den Besatzungsmächten und den regierenden schiitischen Parteien ist geopolitisch außerdem auch ein Affront gegen nationalistische, sozialistische und panarabische Kräfte, da diese stets mit Sunnitentum assoziiert werden.
Vor dem Hintergrund der gegenwärtig offen umkämpften Situation und bedingt durch die wachsende Konkurrenz schiitisch-politischer Gruppen haben sich die religiösen Institutionen und deren Würdenträger andererseits inzwischen deutlich politisch positioniert. Sie fungieren als Mehrheitsbeschaffer für regierende schiitische Parteien. Diese wiederum erhoffen sich von der nominellen schiitischen Mehrheit eine politische Mehrheit, die sie sich mit Hilfe religiöser Institutionen zu sichern können glauben.

HISTORISCHER WAHLSIEGER?

Die irakischen WählerInnen hatten bei den zwei vergangenen Wahlen im Januar und im Dezember 2005 tatsächlich keine Wahl: Die Wahl-Veranstaltung, so wie sie formal und organisatorisch durchgebombt wurde, war ein weiterer Schritt im Rahmen der Institutionalisierung der Macht von mit der Besatzung verbündeten Kräften in Kurdistan und der ehemaligen irakischen Exilopposition im Rest des Landes. Der Wahlmodus wirkte fraktionierend auf die Kräfteverhältnisse im Parlament und schwächte die Zentralregierung. Insofern diente er als Kontrolltechnik. Die Ethnifizierung und Konfessionalisierung des Wahlsystems blockierte Regierungs-, Entscheidungsfindungs- und Kompromissbildungsprozesse sowie Entscheidungen von strategischer Bedeutung (die Besatzungsfrage, noch nicht gelöste Fragen der Verfassung, des Föderalismus, der Privatisierung, der Geschlechterverhältnisse etc.).
Auf diese Weise wurde es für die irakische Regierung so gut wie unmöglich, den Abbau von Militärbasen und Truppenabzug zu fordern. Im Gegenteil, „aus Furcht vor einem Bürgerkrieg" baten die regierenden Eliten die Besatzungstruppen, „noch eine Weile" im Land zu bleiben.
Auch die am 15. Oktober 2005 qua „Referendum" angenommene, so genannte Verfassung ist ein Meisterstück der demokratischen Missachtung: Denn dieser Verfassungsentwurf ist in dreierlei Weise nicht nur bedenklich, sondern illegitim:
1. Die von der so genannten provisorischen Verfassung vom März 2004 vorgeschriebene, formale Frist vom 15. August 2005 wurde nicht eingehalten.
2. Der zur öffentlichen Debatte vorgelegte Entwurf ist nicht der, der einige Tage vor diesem Termin verabschiedet wurde. Im Entwurf wurden einige Veränderungen vorgenommen, die im ursprünglichen Text nicht enthalten waren.
3. Über diese Veränderungen am Text wurde im Parlament nicht abgestimmt, sondern partikularistisch und klientelistisch dekretiert. Insofern ist die ganze Veranstaltung rechtlich-formal absurd. Politisch ist das natürlich höchst problematisch, denn immerhin geht es hier um grundsätzliche Fragen der Regime- und Staatsbildung, die die Zukunft des Landes und damit die gesamte Region betreffen.
Außerdem ist der Text in einem patriarchalisch-theologischen Diskurs verfasst, in dem „das andere Geschlecht" historisch wie politisch abwesend ist. Die Konstruktion *islamische Demokratie* ist der Hauptwiderspruch, der den gesamten Text durchzieht und der für Konfliktstoff auf allen Ebenen und in unterschiedlichen Dimensionen sorgt und sorgen wird.
Die irakische Verfassung ist nur provisorisch, denn nach den Wahlen am 15. Dezember 2005 wurde ein Ausschuss gebildet, der Verfassungsänderungen erarbeiten und vorschlagen soll. Über den neuen Entwurf soll dann ein neues Referendum abgehalten werden. Der Übergang in Permanenz ist der politischen Situation also immanent.

DES KAISERS ALTE KLEIDER!

Regierungsfähigkeit konnten bislang weder der ehemalige Ministerpräsident Allawi, noch seiner Nachfolger al-Jaafari und schon gar nicht der jetzige al-Maliki unter Beweis stellen. Je mehr die Regierung ihre Handlungs- und Ratlosigkeit demonstriert, desto heftiger wird der Widerstand und desto weniger werden ihre Machtstützpunkte in der von ihr geschaffenen politischen Gemeinschaft sein.
Die Gegentendenz ist das zunehmende Rekurrieren auf ziellose Gewalt. Genau dies kennzeichnet die gegenwärtige Phase: 600.000 Tote, doppelt so viel Verletzte und Versehrte, viermal so viel Flüchtlinge und Migrierte. Das ist das Resultat von vier Jahren Befreiungsimperialismus und von einer der Bevölkerung in den Leib gebombten Demokratie.
Die gegenwärtige Dreieckskonstellation in der Regierung – Vereinigte Irakische Allianz, PUK (Patriotische Union Kurdistans) und DPK (Demokratische Partei Kurdistans) – bildet ein schreckliches Gleichgewicht von unzähligen Partikularinteressen, auch mit und durch die Besatzung. So bleibt es dabei: Das Sicherheitsthema, präziser, die Ver-Unsicherung der Bevölkerung ist die Trumpfkarte in den nächsten, turbulenten Zeiten der Übergangsphase bis zur nächsten Wahl oder aber einem internen Putsch!

DREHT PUTIN DEM WESTEN DAS LICHT AB?

RUSSLANDS ENERGIEPOLITIK UND TRANSNATIONALE KOOPERATIONEN

VON GISELA NEUNHÖFFER

Europäische EnergiepolitikerInnen haben seit einiger Zeit ein neues Thema – die Abhängigkeit von russischen Gas- und Öllieferungen, die durch die Energiestreitigkeiten zwischen Russland und den Transitländern Weißrussland und Ukraine, die zuletzt im Januar 2007 zu kurzfristigen Blockaden der Pipelineverbindungen nach Westeuropa führten, verdeutlicht wird. Droht eine neue Gefahr aus dem Osten? Wie viel ist dran an diesen Bedrohungsszenarien? Welche Prioritäten setzt die russische Energiepolitik? Verläuft der Interessensgegensatz wirklich so, wie er dargestellt wird?

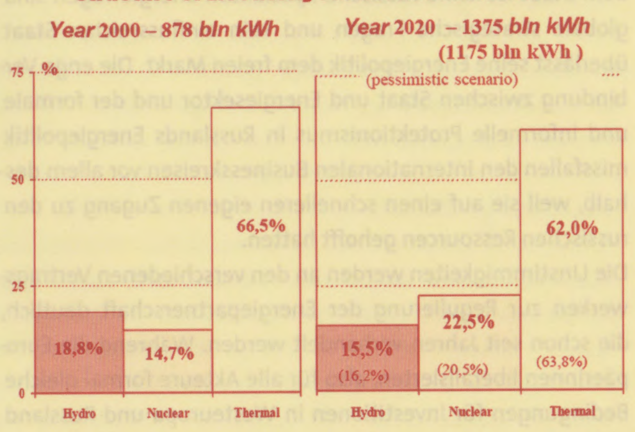
Schon zu Zeiten der Sowjetunion (SU) war der Export von Öl und Gas wichtigste Devisenquelle. Nach dem Zusammenbruch der SU ging die Produktion um über 40% zurück. Bis heute wurde das ursprüngliche Niveau nicht mehr erreicht, obwohl die Produktion wegen der hohen Weltmarktpreise in den letzten Jahren wieder sehr stark ausgeweitet wurde. Der Export von Energierohstoffen und zunehmend auch Elektrizität gilt als zuverlässige Einnahme- und Einflussquelle. Allerdings wird Russland in Zukunft selbst erheblich mehr Energie verbrauchen.
Um sowohl die eigene Versorgung als auch die Exporteinnahmen verwirklichen zu können, muss die russische Energiewirtschaft die Infrastruktur, Förderanlagen und Pipelines modernisieren und vor allem neue Förderstätten erschließen. Die notwendigen Investitionen betragen nach Schätzungen jährlich über zehn Milliarden US-Dollar allein für den Ölsektor, bis zu 200 Mrd. US-Dollar zwischen 2001-2020 im Gassektor.

RUSSLANDS ENERGIESTRATEGIE

Russlands Energiepolitik orientiert sich an der Energiestrategie der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020. Viel darin bleibt Rhetorik. Unklar ist z.B., wie die angestrebte Energieeffizienz auf der Verbrauchsseite erreicht werden soll. Klar ist nur, dass die VerbraucherInnen erheblich höhere Preise zahlen sollen. Und auch die Angebotsseite soll sich eher konventionell entwickeln: Die Steigerung der Energieproduktion soll durch Atomkraft und fossile Rohstoffe bewältigt werden. Erneuerbare Energien werden mit Ausnahme der Wasserkraft vernachlässigt. (siehe Grafik)

PROGNOSE DES ENERGIEMIXES IN RUSSLAND IM JAHR 2020

Auch in Zukunft hat der Export von fossilen Energierohstoffen eine strategische Bedeutung. Hauptnachfrager bleibt die EU, aber auch die Exporte in asiatische Länder wie China, Japan, Korea usw. sollen um 30% (Erdöl) bzw. 15% (Gas) wachsen. Dabei ist die Diversifizierung der Lieferwege ein wichtiges Element der russischen Strategie, um je nach ökonomischer Rentabilität und politischer Lage Exportkapazitäten verschieben zu können.
Mehrere Pipelineprojekte sind schon vollendet (z.B. Blue Stream für Gas durch das Schwarze Meer in die Türkei), andere in Planung und in Bau, um die Liefermöglichkeiten nach West und Ost zu verbessern, u.a. die Nordeuropäische Gaspipeline und das Baltic Pipeline System zum russischen Erdölverlade-



terminal Primorsk nach Westen sowie die Angarsk-Nakhodka-Erdöl-Pipeline nach Osten, deren geplante Route um den Baikalsee 2006 zu heftigen Protesten von Umweltorganisationen und lokaler Bevölkerung führte.

GASPROM ALS STRATEGISCHER AKTEUR

Die staatliche Kontrolle über die Energieressourcen ist einer der wenigen globalen Machtfaktoren Russlands. Deshalb hat der russische Staat unter Präsident Wladimir Putin die in den 1990er Jahren vollzogene Privatisierung der Erdölunternehmen z.T. zurückgenommen. So wird das Transportgeschäft über die staatliche Pipelinegesellschaft Transneft kontrolliert. Hauptakteur bei der Kontrolle des Energiegeschäftes ist jedoch der Gasprom-Konzern, der im Gegensatz zu den Ölunternehmen stets staatskontrolliert und de facto Monopolist geblieben war.
Gasprom bestreitet 86% der russischen Gasförderung, trägt ca. 7% zum russischen BIP und ca. 8-10% der föderalen Steuereinnahmen bei. Mittlerweile dehnt Gasprom seine Tätigkeit auch in den Ölsektor aus – der Konzern erwarb das Ölunternehmen Sibneft sowie Teile des Yukos-Imperiums und wird in das Sakhalinprojekt einsteigen. Obwohl die Gasprom-ManagerInnen sicherlich ihre korporativen Eigeninteressen haben, arbeiten sie letztlich unter dem Kommando des Kreml, wie z.B. in den Energiepreiskrisen mit den Nachbarn deutlich wurde. Die Energiepreise dienten dort als Druckmittel gegenüber den Nachbarstaaten.
Langfristig geht es allerdings weniger um die unmittelbaren Nachbarländer als um die Kontrolle über den Gas- und Öltransport und die Sicherung der Transportwege zu den wirklich zahlungskräftigen KundInnen in Westeuropa und anderswo. Über Gasprom will sich die russische Regierung letztlich ihren Anteil an den Profiten aus dem Energiegeschäft vom Bohrloch bis zur Steckdose sichern.

ANTIRUSSISCHE STEREOTYPE

Mit dem zunehmenden Einfluss des staatlich kontrollierten Energiesektors in Russland bekommen antirussische Stereotype im Westen wieder Konjunktur. Doch besteht wirklich eine Bedrohung für die europäische Energiesicherheit? Werden die Lichter in Europa ausgehen, wenn Putin auf ein Knöpfchen drückt?
Die enge Verbindung zwischen den Energieunternehmen und dem Staat ist keine russische Spezialität. Energiefragen sind globale strategische Fragen und kein einflussreicher Staat überlässt seine Energiepolitik dem freien Markt. Die enge Verbindung zwischen Staat und Energiesektor und der formale und informelle Protektionismus in Russlands Energiepolitik missfallen den internationalen Businesskreisen vor allem deshalb, weil sie auf einen schnelleren eigenen Zugang zu den russischen Ressourcen gehofft hatten.
Die Unstimmigkeiten werden an den verschiedenen Vertragswerken zur Regulierung der Energiepartnerschaft deutlich, die schon seit Jahren verhandelt werden. Während die EuropäerInnen liberalisierten, also für alle Akteure formal gleiche Bedingungen für Investitionen in Westeuropa und Russland vorschlagen, weisen die russischen Akteure die Öffnung ihrer Märkte bisher zurück, wohl wissend, dass sie auf einem liberalisierten globalen Energiemarkt ohne staatliche Schranken angesichts geringerer Ressourcen und schlechterer Netzwerke den Kürzeren ziehen würden.

WESTLICHE ENERGIEKONZERNE IN RUSSLAND

Investitionen im Rohstoffsektor machen bisher nur ca. 20% der ausländischen Direktinvestitionen in Russland aus. Die transnationalen Energiekonzerne suchen weiter nach Wegen, sich den stabilen Zugang zu den russischen Energievorräten zu sichern. Doch auch ausländische Konzerne bekommen den verstärkten Kontrolldrang der Regierung zu spüren.
So bekamen im Winter 2006/2007 die Förderprojekte Sakhalin 1 und 2 plötzlich Probleme mit der Umweltaufsicht. Tatsächlich werden Umweltauflagen von den beteiligten Konzerne, u.a. Shell, Mitsui und Mitsubishi sowie ExxonMobil, massiv missachtet – mit katastrophalen ökologischen Folgen. Interessanterweise wurden diese Vorwürfe aber nicht von unabhängigen ÖkologInnen, sondern von der staatlichen Umweltaufsicht erhoben. Der Einfluss ausländischer Player soll offensichtlich zurückgedrängt werden. Damit versucht die russische Regierung auch, die für sie ungünstigen Production-Sharing-Verträge aus den 1990er Jahren zu revidieren. Diese und andere Erfahrungen machen die InvestorInnen vorsichtig.
Die Vordenker russisch-europäischer Energiestrategien versuchen, die bestehenden Blockaden zu überwinden. Sie arbeiten an der Vernetzung der herrschenden Businesseliten in transnationalen Kooperationen und Unternehmenskonglomeraten. Zu den VerfechterInnen dieser Politik gehört Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Solche Kooperationen könnten für europäische Konzerne die Erschließung eines gigantischen Hinterlands zur Ressourcensicherung ermöglichen. Außerdem will man dadurch die Investitionsrisiken, sprich Renationalisierung oder Benachteiligung durch die russische Politik, eindämmen.
Aber auch für die russischen Eliten bietet dieses Modell Vorteile – es könnte das dringend benötigte Kapital und Knowhow für die Modernisierung der Infrastruktur und den Ausbau der Förderkapazitäten liefern, ohne die Kontrolle über den Energiesektor ganz zu verlieren. Gleichzeitig kann im Gegenzug zur Öffnung der russischen Quellen der Zugang zu den europäischen Transport- und Endverbrauchermärkten erhandelt werden.
Gemeinsam kann die gesamte Kette von der Förderung in den russischen Öl- und Gasfeldern, über den Transport vorbei an den widerspenstigen Transitländern, über die Verarbeitung und Stromproduktion bis zum lukrativen Endverkauf an die VerbraucherInnen in Westeuropa kontrolliert werden, und soziale und ökologische Forderungen der Bevölkerung aller beteiligten Länder können effektiv ausgehebelt werden. Auch strategisches Kalkül spielt eine Rolle – der Aufbau von Energieallianzen gegen die aufstrebenden asiatischen Länder wie China, aber auch gegen die USA könnte durchaus im Interesse der staatlichen Akteure sowohl in Westeuropa als auch in Russland sein.

BESTEHENDE DIFFERENZEN

Ob diese weitreichenden transnationalen Projekte Wirklichkeit werden, ist noch unklar. Bei den Diskussionen um die europäisch-russische Energiepartnerschaft im letzten Jahr gab es Verwerfungen. Jede Seite will sich ein möglichst großes Stück vom Kuchen aneignen. Während Russland z.B. versucht, die strategischen Pipelines zu kontrollieren und andere Projekte, u.a. in Zentralasien und im Kaukasus, zu blockieren, wollen die Importländer ihre Bezugsquellen diversifizieren. Deshalb fördern sie milliardenschweren Pipelineprojekte zur Erschließung der kaspischen und anderer Öl- und Gasquellen. Das bekannteste Projekt ist die Baku-Ceyhan-Pipeline. Das hat Ländern wie Aserbaidschan und Kasachstan ermöglicht, das russische Transportmonopol zu brechen – um den Preis der Öffnung des eigenen Rohstoffmarktes für die transnationalen Konzerne.

Was auch immer das Ergebnis sein wird: Verlierer ist vor allem die Bevölkerung in den Export- wie Importländern. Ihnen bleibt die Kontrolle über den Ressourcenreichtum und die Profite verwehrt. Außerdem müssen sie mit den ökologischen Folgen des wahnwitzigen Energieregimes fertig werden. Deshalb muss den transnationalen Allianzen der Energiekonzerne transnationale Allianzen von unten entgegengesetzt werden.

KEIN BLUT FÜR PETRO-DOLLAR?

DAS WELTGELD UND DAS SCHMIERMITTEL DES GLOBALEN KAPITALS

VON MARKUS EUSKIRCHEN UND INGO STÜTZLE

Auch Verschwörungstheorien haben manchmal einen realen Kern. Die Initiative Nachrichtenaufklärung nominiert seit zehn Jahren vernachlässigte Nachrichten. Im Jahr 2005 befand sich unter den Top-Ten die Meldung, dass der Iran eine internationale Ölbörse plant. Der Rohstoff, der die Welt bewegt, sollte dort nicht mehr in US-Dollar, sondern in Euro gehandelt werden. Die Begründung für die Wahl dieser Nachricht liegt auf der Hand: Die Denomination einer der wichtigsten Rohstoffe des globalen Kapitalismus in Euro hätte Auswirkungen auf die ganze Weltwirtschaft und auf das Verhältnis zwischen USA und EU – den zwei größten Wirtschafts- und Machtblöcken der Welt.

Mehr noch: Einige stellen sich sogar die Frage, ob ein weiterer Krieg bevorsteht, in dem die USA versuchen wird, die Ölwährung US-Dollar mit militärischer Gewalt zu sichern? Schließlich hatte auch der Irak vor dem US-Angriff den Ölhandel auf Euro umgestellt und allein durch den Kursverfall des US-Dollar gegenüber dem Euro 15% mehr Gewinn eingeheimst. Auch Venezuela hat sich bereits offen für die Idee einer Umstellung gezeigt. Was ist dran an der etwas differenzierteren Variante des Arguments „Krieg für Öl": Krieg für die Leitwährung US-Dollar?

Die Weltmacht der USA beruht auf der Stellung des US-Dollar als globale Leitwährung. Das US-Zahlungsmittel wird in allen Staaten akzeptiert, alle wollen es haben. Damit können sich die USA leisten, was sich kein anderes Land der Welt erlauben kann: Die Weltmacht gibt permanent mehr Geld aus als sie einnimmt. Dies belegen das US-Staatsdefizit (2005 über 300 Mrd. US-Dollar) sowie das Minus von fast 800 Mrd. US-Dollar, das die USA jährlich im internationalen Handel erzielen. Diese Defizite finanzieren die USA durch Verschuldung. Das funktioniert, weil die globale Nachfrage nach dem US-Dollar die USA schier unbegrenzt kreditwürdig macht, und eröffnet den USA große Freiheit bei ihrer Ausgabenpolitik – die US-Regierung ist immer zahlungsfähig, auch wenn sie gar nicht so viel Geld hat, wie sie ausgeben will.

WELTGELD US-DOLLAR

Grund für die Dominanz des US-Geldes ist nach Meinung von KritikerInnen, dass auf dem Weltölmarkt in US-Dollar abgerechnet wird. Wer Öl kaufen will, muss sich seit den 1970er Jahren – seitdem sich die OPEC dazu entschlossen hat, ausschließlich US-Dollar für Öl zu akzeptieren – die US-Währung besorgen. Das sichert dem US-Geld, so die KritikerInnen, eine permanente Nachfrage – unabhängig von der Konjunktur der US-Wirtschaft, und funktioniert nur, weil der US-Dollar seit Ende des Zweiten Weltkriegs Leitwährung auf dem Weltmarkt ist.

Für den globalen Kapitalismus ist ein international anerkanntes Geld, ein Weltgeld, notwendig. Gleichzeitig ist der ökonomische Raum in Nationalstaaten und Währungsräume aufgeteilt. Daher muss eine *nationale* Währung die Funktion der *internationalen* Leitwährung übernehmen. Diese Währung fungiert als internationales Wertmaß, mit dem es überhaupt möglich ist, grenzüberschreitend Waren auszupreisen, zu zahlen, zu kaufen und Kredite zu vergeben. Gleichzeitig ist sie ein international gültiges Wertaufbewahrungsmittel.

Aber nicht jede Währung eignet sich als Leitwährung. Ein Staat bzw. dessen Zentralbank muss den Willen und die Möglichkeit haben, die Stabilität der Leitwährung zu verteidigen – politisch und ökonomisch. Dafür ist wirtschaftliche Potenz in der Weltwirtschaft nur eine notwendige, nicht jedoch eine hinreichende Bedingung. Der betreffende Staat muss zudem politisch und militärisch dominieren können und wollen. Insofern kann man für heute sagen, dass die Macht der USA nicht nur auf dem US-Dollar beruht, sondern auch die Stellung des US-Geldes auf der Macht der USA.

Noch immer wird der internationale Handel vorwiegend in US-Dollar abgewickelt. 40% des Welthandels mit Gütern und Dienstleistungen sowie der grenzüberschreitenden Forderungen lauten auf US-Dollar. Trotz sinkendem Anteil und einem aufholenden Euro ist die US-Währung mit über 65% immer noch die Reservewährung Nummer Eins. Zudem laufen fast 70% des Devisenhandels in US-Dollar. Nur bei der Denomination von Wert papieren hat der Euro den US-Dollar inzwischen überholt.

KEINE ANDERE WÄHRUNG GENIESST MEHR VERTRAUEN

Die Funktion des US-Dollar als Leitwährung hat Folgen – nicht nur für die USA. Viele Staaten der Dritten Welt müssen per Export oder Verschuldung US-Dollar einnehmen, da ihre lokale Währung international nicht akzeptiert wird. Auch Staatsanleihen müssen viele Länder vor allem in der US-Währung ausgeben, weil das Geldkapital nicht bereit ist, in unsicheren Währungen Kredit zu gewähren. Damit wird die Staatsschuld vieler Staaten abhängig vom Wechselkurs des US-Dollars. Die USA hingegen können sich nicht nur in der eigenen Währung verschulden, sondern können auch aufgrund der Nachfrage nach US-Dollar weiterhin auf ihre Währung als Leitwährung setzen. Dies ist anderen Weltwährungen wie dem britischem Pfund oder dem japanischem Yen so nicht möglich, und auch dem Euro wird weltweit nicht im selben Maße vertraut wie dem US-Dollar.

Weil der US-Dollar bisher unangefochten an der Spitze der Währungshierarchie steht, wird mit ihm international Öl gehandelt und halten ihn alle Zentralbanken vornehmlich als Währungsreserve. Vor dem Hintergrund des US-Handelsdefizits und der hohen Staatsverschuldung wird deutlich, welches geradezu unlösbare Problem auf die USA zukommen würde, müssten sie Öl in fremder Währung importieren. Auch deswegen müssen die USA ein Interesse daran haben, dass der US-Dollar Leitwährung bleibt.

Daher scheint das Öl als global gehandelter Rohstoff so relevant. Sind alle großen und wachsenden Industriestaaten – vor allem China – von Rohöl abhängig, müssen sie US-Dollar halten. Der weltweite Ölhandel wird so zu einer tragende Stütze der US-Dollar-Nachfrage und -Zirkulation – er ist die Ölwährung.

Wie wichtig ist die durch den Ölhandel generierte US-Dollar-Nachfrage für die Stellung des US-Zahlungsmittels? Das ist kaum zu beantworten, da der Weltölmarkt nicht transparent ist. Das meiste Öl wird „over the counter" gehandelt, also per Telefonat zwischen AnlegerInnen, Unternehmen, Förderern usw. Zudem ist der größte Teil des Ölhandels gar kein echter Ölhandel, sondern Geschäft zwischen FinanzanlegerInnen, die auf Veränderungen des Ölpreises spekulieren. Dies ist das so genannte Papier-Öl. Bei diesen Geschäften wechselt kein einziges Barrel den/die BesitzerIn, sondern die Beteiligten wetten nur per Terminkontrakten auf Preisunterschiede – und blähen so das Ölhandelsvolumen auf, ohne dass Öl physisch ge- oder verkauft wird.

STABILITÄT DURCH DEN ODER WEGEN DES US-DOLLAR?

Aussagen über das tatsächlich gehandelte Öl lassen sich nur annähernd machen. Nach den Zahlen der Welthandelsorganisation WTO wurde 2005 für 1.400 Mrd. US-Dollar Öl gehandelt, das waren ca. 14% des gesamten Welthandels. Das klingt beeindruckend, dabei ist jedoch zu beachten, dass der Ölpreis in jenem Jahr stark gestiegen war und allein dadurch sich das Handelsvolumen aufblähte. [1] Durch den Anstieg des Ölpreises in den vergangenen Jahren wuchs der Ölhandel stets wesentlich schneller als der gesamte Welthandel. Sinkt der Ölpreis einmal wieder, so sinkt damit auch der Anteil des Ölmarktes am gesamten Weltmarkt.

Seriös lässt sich somit nichts über den exakten Anteil des Ölhandels am Weltmarkt aussagen und damit auch nicht, inwieweit dieser zu Stützung des US-Dollars beiträgt. Doch ist dies auch gar nicht der entscheidende Punkt. Wie groß auch immer der Ölmarkt sein mag, auf jeden Fall stärkt er die Nachfrage nach der US-Währung. Viel wesentlicher ist jedoch, warum der Ölmarkt überhaupt in US-Dollar abrechnet: Weil er die Leitwährung ist, ein international gültiges Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel, emittiert und garantiert von der ökonomischen und militärischen Weltmacht Nummer Eins. Das Öl soll also nicht in US-Dollar denominiert werden, damit die US-Währung weiterhin stabil bleibt, sondern umgekehrt: Weil der US-Dollar Leitwährung ist und es möglich ist, mit ihm alles überall zu kaufen, werden vornehmlich US-Dollar gehalten und dienen als internationales Zahlungsmittel, unter anderem auf dem Ölmarkt.

ÜBERNAHMEKANDIDAT NICHT IN SICHT

Das liegt vor allem daran, dass es keine ernstzunehmende Konkurrenz für den US-Dollar gibt, auch (noch) nicht den Euro. Der 1999/2002 eingeführte Euro hat zwar die Relevanz der D-Mark überholt, erreicht aber dennoch nicht die des US-Dollars. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Dafür spricht nicht nur das geringe Wirtschaftswachstum und der gegenüber den USA geringere politische, ökonomische und soziale Zusammenhalt der Europäischen Union (EU). Dass die EU alles andere als ein schlagkräftiger militärischer Akteur ist, hat sie zuletzt im Irakkrieg gezeigt. [2] War es ihr doch erst gar nicht möglich, als militärische Einheit aufzutreten.

Auch ist die Europäische Zentralbank noch nicht der „Lender of last Resort" – der letzte Kreditgeber. Noch immer liegt die Kompetenz der Kreditvergabe bei den einzelnen Zentralbanken. Des Weiteren sind die Bedingungen für den grenzüberschreitende Bankverkehr innerhalb der EU zwar vorangekommen, aber in keiner Weise so, dass die institutionellen Voraussetzungen für internationales Geldkapital attraktiv wären. Die Deutsche Bank verliert jedoch die Hoffnung auf den Euro nicht: „Der Aufbau einer internationalen Rolle im Währungswettbewerb vollzieht sich langsam." Dies zeige die „Ablösung des Pfund Sterling als Reservewährung Nummer eins durch den Dollar". Für diese „Ablösung" allerdings waren ein bis zwei Weltkriege nötig.

ANMERKUNGEN:

1 2005 betrug der Durchschnittspreis pro Barrel (bbl/159 Liter) Öl der Marke Brent 54 US-Doller. Zum Vergleich: 2003 lag er bei 29, 2004 bei 38 und zwischen 1987 und 2007 im Durchschnitt bei 25 US-Doller. Da der Ölpreis 2006 auf 65 US-Doller/bbl gestiegen ist, ist für dieses Jahr ein weiterer Anstieg des Anteils des Ölhandels am Welthandel zu erwarten.

2 Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass der Rüstungsetat der USA etwa zwei Drittel der weltweiten militärischen Ausgaben ausmacht.

MATERIAL GIRL IN AN IMMATERIAL WORLD

WARUM ANGELA MERKEL MIT IHREN KOLLEGEN AN DER OSTSEE ÜBER GEISTIGES EIGENTUM SPRECHEN WILL

VON SABINE NUSS

Wenn demnächst MarathonläuferInnen auf Hamburger Sportplätzen ihre Runden drehen, kann es sein, dass sie nicht nur in, sondern auch auf Nike-Turnschuhen laufen. Auf gefälschten. Die zu Bodenmaterial geschredderten Markenimitate waren Teil der Produktfälschungen, die der Zoll Ende 2006 im Hamburger Hafen entdeckt hat. Plagiate in 117 Containern mit einem Gegenwert von mehr als 383 Mio. Euro wurden „sichergestellt". Was nicht zu Bodenplatten verarbeitet werden konnte, wurde verbrannt. Mit dieser und ähnlichen medienwirksamen Aktionen sollen nicht nur die Plagiate aus dem Verkehr gezogen werden, es soll auch ein Zeichen gesetzt werden gegen Herstellung und Vertrieb von gefälschten Produkten, die Marken, Patente, Gebrauchsmuster, Designrechte oder Urheberrechte verletzten.

Der Handel mit solchen Produkten konzentriert sich vornehmlich auf so genannte Entwicklungs- oder Schwellenländer und bereitet den Industriestaaten schon längere Zeit Bauchschmerzen – seit der Verbreitung des Internet zunehmend mehr. Laut Angaben des Bundesjustizministeriums entfallen fünf bis neun Prozent des Welthandels auf gefälschte Produkte. Seit 1998 hat sich die Zahl der Plagiate, die an den Grenzen der EU abgefangen werden, verzehnfacht. Weltweit wird der Umsatz auf rund 350 Mrd. Euro geschätzt. Dabei wird das Internet nicht nur für den unautorisierten Transfer urheberrechtlich geschützter geistiger Schöpfung genutzt, sondern zunehmend auch als Vertriebskanal für stoffliche Produkte. Rund ein Drittel der Waren, die der Zoll heute beschlagnahmt, wurden im Internet bestellt.

KONFLIKTFELD IM GLOBALEN KAPITALISMUS

Wahrscheinlich sind es vorrangig diese Phänomene, die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kopf hat, wenn sie in ihrer gegenwärtigen Doppelfunktion als EU-Ratspräsidentin und Vorsitzende der G8 ankündigt, in Heiligendamm den Dialog suchen zu wollen über „die zentrale Bedeutung von Innovationen in wissensbasierten Gesellschaften und Verstärkung des Schutzes von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie". Im Januar fand sie auch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos klare Worte und betonte, dass Innovationen als „Schlüssel für Wachstum und Wohlstand" unterstützt werden müssten und dass der „effektive weltweite Schutz des Geistigen Eigentums spürbar vorangebracht werden soll". Geistiges Eigentum steht schon seit Jahren auf der Agenda der Gipfeltreffen und ist in der jüngsten Vergangenheit zu einem der meist umkämpften Schauplätze des gegenwärtigen globalen Kapitalismus geworden. Kein Wunder: Schätzungen zufolge soll der Anteil der durch Geistiges Eigentum geschützten Güter am internationalen Handel von früher 10 bis 20 Prozent auf 60 bis 80 Prozent in den kommenden Jahren steigen. Nach Angaben der International Intellectual Property Alliance (IIPA) ist die Rechte-Industrie der USA in den letzten 20 Jahren mehr als doppelt so schnell gewachsen wie der Rest der Wirtschaft.

GEISTIGES EIGENTUM: EIN WEITES FELD

Geistiges Eigentum ist ein Oberbegriff und bezieht sich auf ein sehr breites und unübersichtliches Anwendungsgebiet. Jedes Wissen, was verwertet werden soll, ist von den Auseinandersetzungen um Geistiges Eigentum betroffen: geistig-kreative Tätigkeiten im künstlerischen Bereich (Musik, Literatur, Grafikdesign, Kunst), Bereiche der Wissenschaften (Biologie, Medizin, usw.), aber auch Bereiche der Industrie (technische Erfindungen, Produktdesign), der Werbung (Marken- und Wortschöpfungen),

und „traditionelles Wissen“, was bislang außerhalb jeglicher Verwertungssphäre existierte. So verschieden die stofflichen Felder sind, so verschieden sind auch die Rechtsinstitute, die darauf Anwendung finden (Patentrecht, Markenrecht, Urheberrecht, Sortenschutzrecht, usw.).
Auch die Auswirkungen der Durchsetzung Geistigen Eigentums sind auf den verschiedenen Gebieten entsprechend unterschiedlich. Die Bäuerin kann aufgrund eines Eigentumstitels eines Saatgutkonzerns auf eine bestimmte Sorte ihrer traditionellen Züchtungspraxis nicht mehr zurückgreifen und muss daher jedes Jahr neu dafür bezahlen, dass sie das patentrechtlich geschützte Saatgut benutzen „darf“. Anders betroffen ist die europäische Netznutzerin, die aufgrund des Urheberrechts bei digitalen Gütern den Kopierschutz einer Musik-CD nicht brechen darf und die CD daher nicht so oft kopieren kann, wie sie möchte.
Gemein ist diesen Phänomenen ihre gar nicht so neue Ursache: Kapital ist stets auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, und mit den neuen Technologien sind nicht nur neue Ausdrucksmöglichkeiten geistig-kreativer Schöpfungen entstanden („digitale Güter“ wie z.B. Musik-, Film- oder Software-Dateien), die ohne Qualitätsverlust kopiert und via Internet verbreitet werden können. Es kann auch neues Wissen erschlossen und vielfach verwertbar gemacht werden. Bekannt hierfür ist vor allem die Forschung im Bereich der Bio- und Gentechnologie.

PRIVATEIGENTUM IM INFORMATIONELLEN KAPITALISMUS

Wenn nun Merkel proklamiert, dass Investitionen mittels Geistiges Eigentum gesichert werden müssten, da dies Wirtschaftswachstum nach sich ziehe, dann hat dies seine Ursache in genau diesen Entwicklungen. Außerdem sind diese Entwicklungen auch materiale Basis für die nicht totzukriegende, Herrschaftsverhältnisse verschleiernde Rede von der „Wissensgesellschaft“. Merkel hat mit ihrem Credo aber insofern recht, dass Privateigentum erst die Voraussetzung dafür ist, dass vorgeschossenes Kapital verwertet werden kann. Warentausch setzt das spezifisch bürgerliche Privateigentum voraus, denn dies ist exklusiv und absolut in seinem Ausschluss. Wenn sich andere Menschen die Produkte, die verkauft werden sollen, aneignen – und zwar ohne Kauf – und diese dann kopieren oder nachmachen, um sie umsonst zu verbreiten oder billiger zu verkaufen, dann ist der Verkauf und damit die Realisierung von Wert gefährdet oder zumindest erschwert. Wenn Warentausch dem Zweck dient, vorgeschossenes Kapital zu verwerten, dann ist Privateigentum unabdingbare Voraussetzung.
Nun weiß jedes Kind, dass die Sicherung von privaten Eigentumsrechten nur hinreichende Bedingung für Kapitalakkumulation ist – die Verwertung ist damit noch nicht gesichert. Aber die Voraussetzungen wollen Merkel und Konsorten schaffen – und zwar weltweit. Dabei ist das Ziel, das durch gleiche Rahmenbedingungen für alle erreicht werden soll, keine harmonische oder gerechte Weltwirtschaftsordnung. Vielmehr kann erst auf dieser Basis der mit höchst ungleichen Machtmitteln ausgestattete globale Konkurrenzkampf richtig losgehen.
Warum aber ist Geistiges Eigentum nicht nur im Prozess der Etablierung, sondern auch danach so umkämpft? Dies liegt an der stofflichen Beschaffenheit der Inhalte, auf die sich das Recht jeweils bezieht. Produkte aus geistiger Schöpfung haben eine Eigenschaft, die sie von materiellen Dingen unterscheidet: Sie verbrauchen sich nicht durch ihren Gebrauch. Sie sind nicht endlich und können ohne Qualitätsverlust beliebig oft kopiert und benutzt werden. Damit nun Wissen den Marktteilnehmenden durch eine vollständige Eigentumsübertragung nicht entzogen bleibt, das Wissen aber dennoch der Verwertung dienen kann, gibt es lizenzrechtlich kodifizierte Zugangsschranken (Schaffung künstlicher Knappheit), die andererseits aber wiederum eingeschränkt werden müssen – etwa durch zeitliche Begrenzung von Nutzungsrechten. Geistiges Eigentum ist die adäquate „marktwirtschaftliche“ Lösung für die Kommerzialisierung von Informationen, Wissen, Ideen usw.

ÖKONOMIE DER KÜNSTLICHEN VERKNAPPUNG

Nun zeigt sich am Patentstreit, dass die Rechte an Geistigem Eigentum traditionell ein gesellschaftlich immer schon sehr umkämpftes Feld waren und bleiben werden. Das heißt auch, dass zwar neue Technologien den Grad verändern können, der bestimmt, wie Wissen zwecks Verwertung eingeschlossen wird oder auch nicht – letztlich entscheiden darüber aber gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Sacheigentum hingegen ist in der bürgerlichen Gesellschaft nahezu unangefochten. Das schlägt sich auch in der Kritik am Geistigen Eigentum nieder, wenn z.B. von „künstlicher Verknappung“ gesprochen wird. Der Begriff „künstlich“ meint, dass geistig-kreative Schöpfung, da sie sich im Gebrauch nicht verbraucht, nicht knapp ist. Das heißt aber nicht, dass der Umkehrschluss, nämlich dass materielle Güter knapp sind, richtig ist.
Die Annahme einer Knappheit der Güter ist eines der wesentlichen Dogmen der bürgerlichen Ökonomie und zugleich Vorannahme ihrer Eigentumstheorie. Ressourcen sind demzufolge, gemessen an den unendlichen Bedürfnissen der Individuen, immer schon knapp. Knappheit wird nicht als Resultat einer spezifischen Vergesellschaftungsweise aufgefasst, sondern als quasi-natürlicher Ausgangspunkt, der dann Privateigentum überhaupt erst legitimiert. Der spezifisch kapitalistische Aneignungsprozess hat aber zur Voraussetzung, dass Produkte, sofern sie Warenform annehmen sollen, „knapp“ sein müssen, dass sie also nur der zahlungsfähigen Nachfrage zugänglich sein dürfen. Das bedeutet, dass die kritisierte künstliche Verknappung nicht nur bei geistig-kreativer Schöpfung, sondern grundsätzlich bei allen Gütern erfolgen muss, wenn sie für den Warentausch produziert werden. Die bürgerliche Eigentumsordnung ist daher generell Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses, das auf Ausschluss der Mehrheit der Menschen vom gemeinsam produzierten Reichtum basiert. Das ist keine Besonderheit von Geistigem Eigentum.
Die Proteste gegen den G8-Gipfel, insofern sie Proteste gegen Geistiges Eigentum sind, können die Chance nutzen, diese Eigentumsordnung anhand des Geistigen Eigentums zu kritisieren, zeigt sich doch der Zweck von Privateigentum dort so deutlich wie kaum anderswo. Schließlich laufen nicht nur Menschen ohne Schuhe rum, während diese woanders vernichtet werden. Es hungern auch Menschen, während woanders Nahrungsmittel vernichtet werden. Und die sind ganz materiell.

BIOPIRATEN KAPERN HEILIGENDAMM

DIE G8-STAATEN UND DIE PRIVATISIERUNG GENETISCHER RESSOURCEN

VON DER BUKO-KAMPAGNE GEGEN BIOPIRATERIE

Biopiraterie bedeutet „geistige Eigentumsrechte“ an Nahrungsmittel- oder Heilpflanzen, kurz gesagt: um Patente auf Leben. Wirkstoffe der Heilpflanzen werden patentiert, Gemüse- und Getreidesorten unter Sortenschutz gestellt. Die Patente haben meist Konzerne aus G8-Ländern inne. Sie sichern sich so die exklusive Vermarktung – vor allem in den USA, der EU und Japan. Wie andere „geistige Eigentumsrechte“ begründen diese Rechte nicht nur die Verfügung über die konkreten Objekte, sondern garantieren ein Monopol auf Produkte, denen die geschützten kreativen Leistungen zugrunde liegen. Dabei bauen die Patente und Sortenrechte oft auf Wissen und Traditionen indigener Gemeinschaften des globalen Südens auf – so verlieren die Gemeinschaften den Einfluss auf die weitere Verwendung ihres über Generationen entwickelten Wissens.

Bereits bei den G8-Treffen in Gleneagles 2005 und in Sankt Petersburg 2006 forderten die Staats- und Regierungschefs eine wirksamere Durchsetzung des Schutzes geistiger Eigentumsrechte. [1] Aber auch schon lange vor diesen Treffen wurden die USA, die EU und Japan aktiv. Das 1995 in Kraft getretene Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte (TRIPS) der Welthandelsorganisation WTO schreibt allen Mitgliedstaaten vor, ein Patentrecht einzuführen. Ausnahmen sind nur für bestimmte medizinische Verfahren sowie Pflanzen, Tiere und sowie klassische Züchtungsmethoden vorgesehen. Die USA, die EU und Japan haben seither immer wieder versucht, Modifikationen des TRIPS-Abkommens im Hinblick auf einen strengeren Schutz geistiger Eigentumsrechte zu erreichen, z.B. indem mögliche Ausnahmen von der Patentierbarkeit begrenzt werden. [2]

G8 FÜR STRENGERE GEISTIGE EIGENTUMSRECHTE WELTWEIT

Weil sie ihre Interessen in der WTO nicht immer durchsetzten konnten, haben die G8-Länder andere Verhandlungsforen gesucht. Ein solches Forum ist die World Intellectual Property Organization (WIPO). Diese UN-Sonderorganisation war bis in jüngere Zeit vor allem mit eher technischen und administrativen Aufgaben im Patentbereich befasst. Seit dem Jahr 2000 laufen in der WIPO nun Verhandlungen über einen Substantive Patent Law Treaty, der einheitliche, über TRIPS hinausgehende Standards dafür enthalten soll, welche Bereiche die Unterzeichnerstaaten für Patente zugänglich machen müssen. [3]

Im Saatgutbereich spielt (außer in den USA) weniger das Patentrecht als vielmehr das so genannte Sortenschutzrecht eine Rolle. Geschützt werden kann eine Sorte dann, wenn sie neu, homogen, beständig und unterscheidbar ist. Steht eine Sorte unter Schutz, darf nur der/die RechteinhaberIn das Vermehrungsmaterial gewerblich vertreiben. Allerdings kann bislang die geschützte Sorte ohne Zustimmung zur Züchtung einer neuen Sorte verwendet werden.

Bei der internationalen Durchsetzung von Eigentumsrechten spielt die UPOV, der Internationale Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, eine wichtige Rolle. Das erste UPOV-Übereinkommen wurde 1961 auf Betreiben der Pflanzenzüchterlobby von Großbritannien, den Niederlanden und der BRD ausgearbeitet und trat 1968 in Kraft. Die anderen G7-Staaten folgten bis 1991. Mehrmals wurden die UPOV-Verträge im Sinn der Saatgutindustrie verschärft: Schutzfristen wurden verlängert, die ohne Genehmigung der ZüchterInnen erlaubten Handlungen an geschützten Sorten eingeschränkt. Die UPOV befördert die Verschärfung von Eigentumsrechten. So können Neumitglieder nur der jeweils neuesten und damit schärfsten Fassung beitreten.

Die G8-Staaten setzen nicht nur auf multilaterale Verträge. Wo sie wegen bestehender Interessendifferenzen nicht weiterkommen, verfolgen vor allem die USA, jedoch auch Japan, Kanada und die EU ihre Interessen auf bilateralem Wege. Inzwischen

enthalten die meisten vor allem mit Entwicklungsländern abgeschlossenen Freihandels- oder Investitionsabkommen genaue Vorschriften über den Schutz Geistigen Eigentums, die über das im TRIPS-Abkommen Vereinbarte hinausgehen.

WENN NICHT MULTI, DANN BI ODER SONST WIE

Manchmal bedarf es jedoch nicht einmal eines völkerrechtlichen Vertrags, um geistige Eigentumsrechte durchzusetzen. Als im Jahr 2004 der US-Übergangsverwalter für den Irak, Paul Bremer, das Land verließ, hatte die Besatzungsverwaltung u.a. die Order 81 zum irakischen Sortenschutzrecht erlassen. [4] Danach können Pflanzensorten mit Hilfe von Sortenschutzrechten unter bestimmten Voraussetzungen geschützt werden – Voraussetzungen, die allerdings von lokalen, traditionell gezüchteten irakischen Sorten in der Regel nicht erfüllen werden. Wenn eine Sorte geschützt ist, darf gekauftes Saatgut nur einmal ausgesät werden – die geernteten Pflanzen dürfen nicht erneut gesät werden.

Dass die G8-Staaten sich bei der Verschärfung und Durchsetzung geistiger Eigentumsrecht so sehr hervortun, ist kaum erstaunlich: Hier haben die Pharma-, Gentech- und Agrar-Unternehmen ihren Sitz, die im globalen Maßstab den überwiegenden Anteil an patentfähigen Produkten erzeugen. Unter den umsatzstärksten Saatgutunternehmen waren beispielsweise 2003 die US-Unternehmen Dupont und Monsanto, gefolgt von Syngenta (Schweiz), der deutschen Kleinwanzlebener Saatgutanstalt AG und die französische Groupe Limagrain. [5]

Auch intern setzen die Regierungen der G8-Staaten die Interessen der in ihnen ansässigen Konzerne durch. In Europa werden Eigentumsrechte vor allen durch EU-Regelwerke verschärft. Seit Mitte der 1980er Jahre verlangt die Biotech-Industrie europäische Regelungen zum Patentschutz. 1998 wurde die Richtlinie 98/44/EG, die Biopatentrichtlinie, verabschiedet. Sie erlaubt fast ohne Einschränkungen Patente auf Leben. Große Teile der belebten Natur können danach zum Geistigen Eigentum von PatentinhaberInnen erklärt werden. Die Richtlinie ist damit weitreichender als das TRIPS-Abkommen. Nach einem „Bummelstreik" vieler EU-Länder setzte sich die EU-Kommission seit 2002 für eine nationale Umsetzung ein. Diese Gesetzgebung ist vor allem als Rechtsgrundlage für die Erteilung von Patenten durch nationale Patentämter wichtig, während das Europäische Patentamt (EPA) „europäische" Patente für einzelne oder mehrere Länder auf Grundlage des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) erteilt. Patente auf Mikroorganismen, auf sortenübergreifende Merkmale von Pflanzen und Tieren werden darin ermöglicht.

Auch im Bereich des Sortenschutzrechtes war die EU fleißig um verbesserte Rechtspositionen für ZüchterInnen und Saatgutunternehmen bemüht. Das UPOV-Abkommen von 1991 ließ es erstmalig zu, das Recht auf die gebührenfreie Wiederaussaat des Erntegutes, den so genannten Nachbau, abzuschaffen. Diese Klausel wurde in der EU 1994 genutzt, um eine Nachbaureglung zu beschließen. Sie sieht vor, dass nicht nur beim erstmaligen Kauf von geschütztem Saatgut Lizenzgebühren gezahlt werden müssen, sondern auch dafür, das Erntegut erneut aussäen zu dürfen.

Auch die Untergrabung einer alten landwirtschaftlichen Praxis wie der Wiederaussaat von Erntegut ist eine Form von Biopiraterie – schließlich waren es Bäuerinnen und Bauern, die mittels dieser Praxis die heute vorhandene Sortenvielfalt hervorgebracht haben, die sich nun Saatgutzucht-Unternehmen aneignen.

DAS WESENTLICHE GESCHIEHT WOANDERS – TROTZDEM GEGEN DEN G8-GIPFEL PROTESTIEREN!

Aktuell bemüht sich die EU um eine verstärkte Durchsetzung von Intellectual Property Rights (IPR): Die EU-Kommission legte 2006 einen Entwurf für eine Richtlinie vor, die eine strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen IPR in der ganzen EU verpflichtend machen soll. [6] Bislang ist die Durchsetzung von IPR in vielen Ländern eine zivilrechtliche Angelegenheit und bedarf des Antrags eines Geschädigten. Die staatliche Verfolgung soll sämtliche Rechtsverletzungen von Geistigem Eigentum treffen, auch diejenigen, die sich auf Rechte an landwirtschaftlichen Sorten beziehen. Die vorgesehenen Strafen sind umfangreich: neben Haft- auch Geldstrafen die Einziehung und Vernichtung von „illegalem" Saatgut bzw. Ernten bis hin zur Schließung des Hofs.

Auch wenn es in Heiligendamm vor allem um Urheberrecht und Produktnachahmung gehen wird, werden Agrar- und Pharmakonzerne von IPR-Verschärfungen profitieren – und bei Fragen in Sachen Landwirtschaft und Medizin geht es um Leben und Tod. So ist die Biopiraterie fördernde Politik der G8-Staaten Grund genug, sich mit dem Thema IPR zu beschäftigen, sich im Juni 2007 in und um Heiligendamm an den Protesten zu beteiligen und wo immer es geht, Widerstand gegen die Verschärfung von geistigen Eigentumsrechten zu leisten.

Eine längere Version des Textes findet sich unter: www.biopiraterie.de

ANMERKUNGEN:

1 siehe www.g8.gov.uk/Files/KFile/PostG8_Gleneagles_CounterfeitingandPiracy.pdf und www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/GlobaleHerausforderungen/G8/G8-Downloads/06-Piraterie.pdf

2 Vgl. Graham Dutfield: Trade, Intellectual Property and Biogenetic Resources — A Guide to the International Regulatory Landscape, unter www.ictsd.org/dlogue/2002-04-19/Dutfield.pdf. Die Verhandlungsprotokolle aus dem zuständigen TRIPS-Rat finden sich unter www.wto.org/english/tratop_e/trips_e/intel6_e.htm

3 Verhandlungsprotokolle des so genannten Standing Committee on the Law of Patents, siehe www.wipo.int/meetings/en/topic.jsp?group_id=61

4 Online unter www.cpa-iraq.org/regulations/20040426_CPAORD_81_Patents_Law.pdf

5 Vgl. die Übersicht in: BUKO Kampagne gegen Biopiraterie (Hg.): Grüne Beute – Biopiraterie und Widerstand. Frankfurt/Main 2006, S. 50.

6 http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0168de01.pdf

III. BEWEGUNG DER BEWEGUNGEN

Die Treffen der G8 sind zu hoch symbolischen Orten geworden – und zwar für alle Beteiligte. Minutiös geplante Abläufe, Kampagnen im Vorfeld und eine enge Zusammenarbeit mit den Medien machen aus den Gipfeln PR-Veranstaltungen. Mit der zunehmenden sozialen Unsicherheit innerhalb der Gesellschaften des globalen Nordens kommt dem souveränen Auftritt der RepräsentantInnen der neoliberalen globalen Ordnung immer größere Bedeutung zu. Es wächst die Notwendigkeit, Gestaltbarkeit der Globalisierung zu demonstrieren.

Doch die Zeiten sind vorbei, in denen sich die acht Staats- und Regierungschefs der in der G8 zusammengeschlossenen Staaten ohne Weiteres und widerspruchslos zum vertraulichen Tête-à-Tête treffen können. Der G8-Gipfel als Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse, Symbol der Macht, der Führungsstärke und der Botschaft der Alternativlosigkeit des Kapitalismus ist angeschlagen. Was in Seattle und Genua begann, hat in der neoliberalen Hegemonie Risse hinterlassen.

Die in Seattle aufgebrochene Bewegung knüpft in vieler Hinsicht an die neue globale Situation an, die geprägt ist von den Kämpfen und Bewegungen der 1990er Jahre gegen den Neoliberalismus. Erinnert sei an den Zapatisten-Aufstand vom 1. Januar 1994, der zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA begann und erstmals in einer „globalen" Sprache seine Stimme gegen den weltweiten Neoliberalismus erhob.

Die globalen Widerstandsbewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung haben an Stärke gewonnen. Ihre Ergebnisse sind ebenso vielfältig wie die Dynamik und die Breite der Bewegungen. Und sie sind – wie nicht anders zu erwarten – von tiefen Widersprüchen durchzogen. Großmobilisierungen sind immer ein Anlass, Fragen nach der politischen Perspektive von Kämpfen und Widerstand aufzuwerfen. Indem wir einen Blick auf die bundesdeutschen Verhältnisse werfen, den Mobilisierungsprozess gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm Revue passieren lassen und uns den Kämpfen in Frankreich, Italien, den USA, Korea und dem Wiedererstarken der Linken in Lateinamerika zuwenden, wollen wir Erfolge und Misserfolge, Grenzen und Herausforderungen für diese Kämpfe ausleuchten.

NEUE GEMEINPLÄTZE

BEWEGUNG, ORGANISIERUNG UND LINKE INTERVENTION

VON THOMAS SEIBERT

Von breiten Bündnissen getragene Großmobilisierungen sind immer ein Anlass, perspektivische Fragen nach dem Stand der sozialen Bewegungen und ihrer politischen Linken aufzuwerfen und die Antworten auf diese Fragen neu zu diskutieren. [1] Die Mobilisierung nach Heiligendamm ist die Gelegenheit für einen Rückblick auf den letzten G8-Gipfel in Deutschland, der 1999 in Köln stattfand. Und sie gibt Raum für eine Zwischenbilanz der Bewegungen, die sich seitdem als „globalisierungskritische Bewegungen" bezeichnen.

Nur wenige Monate nach der enttäuschenden Kölner Mobilisierung kam es zu den Demonstrationen von Seattle, die in Prag (2000), in Göteborg und Genua (2001), in Florenz (2002), in Evian (2003), im Prozess der Europäischen Sozialforen (Paris 2003, London 2004, Athen 2006) und der von mehreren Millionen getragenen globalen Antikriegstage (2003, 2004) ein anhaltendes, wenn auch nicht gleichmäßig starkes Echo hatten. Die mit den Sozialforen verbundene „Internationale von Porto Alegre" artikulierte sich als weltumspannende politische Akteurin. In Deutschland fanden am 1. November 2003 sowie am 3. April und am 2. Oktober 2004 Großdemonstrationen und im Sommer 2004 wochenlange Hartz-IV-Proteste statt. Unvollständig wäre diese Liste allerdings, fehlte das Datum, das verbietet, hier in einer geraden Linie zu denken: der 11. September 2001, der offizielle Beginn des „Kriegs gegen den Terror".

VON KÖLN NACH SEATTLE UND ...

Am Anfang der Mobilisierungen zum Kölner G8-Gipfel 1999 glaubten viele an einen Neuanfang sozialer Bewegung. Die Abwahl der Regierung von Helmut Kohl (1998) schien nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus das Ende des „alternativlosen Jahrzehnts" zu markieren. Natürlich machte sich damals kaum jemand Illusionen über die rot-grüne Koalition: Längst war klar, dass sie die postfordistische Transformation des Kapitalismus nicht einmal im Ansatz in Frage stellen würde. Dennoch schienen das Ende der „Ära Kohl", der Regierungswechsel von Magaret Thatcher zu Tony Blair in Großbritannien und der Wechsel von der bürgerlich zur sozialistisch dominierten Cohabitation in Paris (beide 1997) einen Umbruch anzuzeigen.

Das Scheitern der Kölner Mobilisierung hatte dann auch verschiedene Gründe: Zum einen kam Köln schlicht zu früh. Was manche damals erhofften, wurde erst in Seattle zum weltweiten Ereignis. Zum anderen steht Köln für ein Problem, das für die globalisierungskritischen Bewegungen und ihre Linke auch heute noch existiert. Der damalige Knick in der Mobilisierung folgte der Beteiligung der rot-grünen Koalition am imperial(istisch)en Kosovokrieg (März-Juni 1999). Insofern nahm Köln vorweg, was auch in Florenz, diesmal nach dem 11. September, nach dem Angriff auf Afghanistan (Oktober 2001) und in Erwartung des Angriffs auf den Irak (März 2003) offensichtlich wurde: dass die Herausbildung einer sozialen Opposition gegen die kapitalistische Globalisierung mit der Herausbildung einer Opposition zum globalen imperial(istisch)en Krieg zusammenfallen muss.

DIE BEWEGUNG DER BEWEGUNGEN

Markierte Seattle das Ende des „alternativlosen Jahrzehnts", wurde dort auch sichtbar, dass Gegenwehr vorher schon geleistet worden war: „In diesem Jahrzehnt gab es die Arbeiterkämpfe, die die großen Automobilfabriken in Korea in Brand gesetzt haben, den Widerstand gegen die multinationalen Konzerne in Nigeria, die Kämpfe der Landlosenbewegung in Brasilien, den Widerstand in Los Angeles oder den im zapatistischen Chiapas. Zum Verständnis der Alchimie, die die großen proletarischen Revolten kennzeichnet, lohnt es sich, in Erinnerung zu rufen, dass das Jahr 1994 sowohl das Jahr des zapatistischen Aufstandes als auch das Jahr mit der weltweit höchsten Anzahl von Generalstreiks im 20. Jahrhundert war." [2]

Die Eigenart der globalisierungskritischen Bewegungen lässt sich seither an drei konstitutiven Momenten ausweisen: ihrem Internationalismus, ihrem Pluralismus und daraus folgend dem Umstand, dass sie von der sozialistischen, kommunistischen wie der antikolonial-antiimperialistischen Tradition des 20. Jahrhunderts durch einen Bruch getrennt waren und

sind. Alternativlos waren die 1990er Jahre, weil mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus jede antikapitalistische Alternative gescheitert schien. Das lag nicht nur am neoliberalen Trommelfeuer.

Zentrale Annahmen der marxistisch-leninistischen wie der sozialdemokratischen Traditionen waren definitiv nicht mehr zu halten: die Vorstellung einer stufenförmig aufsteigenden, notwendigen Entwicklung der Geschichte, eines einheitlichen revolutionären Subjekts und seiner Verkörperung in der einen Partei und ihrer „Wissenschaft"; die Vorstellung von Reform und/oder Revolution als gebunden an die „Eroberung der Staatsmacht" und von der Internationalisierung von Reform wie Revolution auf dem Weg „nachholender Entwicklung".

Klar wurde aber auch, dass die sich von der Arbeiterbewegung emanzipierenden Neuen Sozialen Bewegungen und ihre „alternativen" bzw. „autonomen" Linken der 1960er bis 1980er Jahre erst die Abkehr von Marxismus-Leninismus und Sozialdemokratie, nicht aber schon die Lösung ihrer Aporien erreicht hatten. Dieser Ent-Täuschung setzten die „altermondialistischen" Bewegungen einen Pluralismus, dessen gemeinsamer Nenner die Wiedereroberung der Möglichkeit überhaupt einer „anderen Welt" war, und einen Internationalismus, dessen Koordinaten nicht mehr die West-Ost-Konfrontation, sondern der Nord-Süd-Zusammenhang, die Globalisierung selbst sind, entgegen.

Der „Krieg gegen den Terror" als vorauseilende Konterrevolution der imperialen governance stellte die „Bewegung der Bewegungen" dann allerdings auf eine erst noch zu bestehende Probe: Wie verhält sich ihr Internationalismus zur Globalität des Empire, vorausgesetzt dass dessen innere Widersprüche auch solche der Bewegungen sind oder werden können? Sind die globalen, kontinentalen, nationalen, regionalen und lokalen Sozialforen wirklich schon die Modelle einer freien Kommunikation und Koordination pluraler Kämpfe und ihrer Subjektivitäten? Genügt es, fragend voran zu schreiten, um eine (welt-)gesellschaftliche Alternative zum globalen Kapitalismus zu entwickeln, die kein eines Subjekt, keine eine Partei und eben deshalb auch keinen „Hauptwiderspruch" und keine Hauptstraße mehr kennen wird?

DIE DUNKLE SEITE DER MULTITUDEN

Der Erfolg von Hardt/Negris Empire (2000 im englischen Original und 2002 auf deutsch erschienen) liegt auch darin, in solcher Lage begriffliche Haltepunkte gesetzt zu haben, die zwar unbestreitbar vage und schillernd, zugleich aber von bleibender Evidenz sind. Die Globalisierung? Das globale Imperium trotz des Anspruchs auf Weltordnung von Konkurrenzen durchzogen: zwischen der „cäsarischen" Gewalt der USA und seinen nur in letzter Instanz „willigen" Aristokratien, also der EU, Russlands, Chinas, Indiens und, nicht zu vergessen, der großen transnationalen Kapitale.

Die Multitude? Nach ihrer „generativen", kreativen Seite: die Bewegung der Bewegungen selbst als Menge aller Mengen ohne Subjekt und Partei. Dazu gehören nicht nur explizit politische, sondern auch originär soziale Bewegungen, voran die der Migration. Nach ihrer „korruptiven", von der Spontaneität der Menge zumindest tendenziell, oft schon vollends abgespaltenen Seite: die „plebejischen" Mächte des Empire, voran die NGOs, Parteien, Gewerkschaften und Parteien der traditionellen Linken, ein Teil der internationalen Organisationen des UNO-Komplexes, die subalternen Staaten. Ein Antagonismus (Empire versus Multitude), der trotz aller Unterschiede an den „alten" Antagonismus (Imperialismen versus Weltproletariat und antiimperialistische Befreiungsbewegungen) anschließt, mit einer institutionellen Grauzone, die zugleich dem Empire und den Multituden angehört und sich augenblicklich vor allem in den „linken" Staaten Lateinamerikas verdichtet. [3]

Aber stimmt das Bild überhaupt, selbst wenn man es nur als grobe Skizze nimmt? Nicht ganz. Denn es fehlt, was als dunkle Seite der Multituden, aber auch als verwilderte Mächte des Empire bezeichnet werden kann. Dazu gehören der irakische und afghanische „Widerstand" und die mit ihm unmittelbar und mittelbar verbundenen sozialen, ökonomischen und politischen Kräfte (zum Beispiel der Iran mitsamt den freundlichen Beziehungen zu Venezuela). Dazu gehören die untereinander allerdings nicht umstandslos vergleichbaren „Aufständischen" und „Rebellen" vieler bewaffneter Konflikte vor allem in Afrika und Asien und die zahllosen Akteure der Gewalt, die den Alltag der peripheren Elendsmetropolen und -territorien längst zum sozialen Krieg haben werden lassen. Es sind diese mehr als beunruhigenden Mächte, die dem Empire und seiner – ich nehme den Teil fürs Ganze – Operation Enduring Freedom tagtäglich neu Grenzen setzen: de facto wirksamere Grenzen als die, die ihm in den globalen Antikriegstagen gezogen wurden.

Dazu gehören allerdings auch die nördlichen Entsprechungen des nihilistisch-„postpolitischen" Syndroms des Südens, nicht weniger dunkel und kaum weniger verwildert: die Nationalismen und Rassismen der europäischen und nordamerikanischen Rechten und deren nicht immer nur stilles Reservoir in der alle subalternen und mittleren Klassen durchziehenden „Politikverdrossenheit". [4] Setzt man diese eher düsteren Perspektiven – die sich übrigens zwanglos ins Kalkül der imperialen governance fügen und dort längst in Rechnung gestellt sind – mit dem ins Verhältnis, was sich als „ökologische Katastrophe" nicht mehr nur andeutet, drängen sich apokalyptische Überlegungen auf. Doch tut, wer an die Apokalypse rührt, gut daran, an die nächsten Schritte zu denken, um bleibende Handlungsoptionen abzuschätzen.

BEWEGUNG UND – JA DOCH: PARTEI UND STAAT

So wenig der radikale Bruch zwischen den sozialen Bewegungen und politischen Kämpfen des 20. und des 21. Jahrhunderts geleugnet werden kann, so wenig darf er verabsolutiert werden. Das gilt selbst für den Kern der Differenz, die Frage nach Subjekt, Partei und Staat. Neben den aktuellen lateinamerikanischen Staatsregierungen wäre hier noch von den postsozialistischen oder -kommunistischen Parteien, die allesamt auf Staatsmacht zielen, zu reden.

Ihre wachsende Bedeutung zeigt sich auch und gerade in Europa, wo es in fast jedem Land eine Rifondazione-Partei gibt. In Genua und Florenz nahm sich das harmonisch aus. Bewegung

und Partei zogen an einem Strang, die Massen jubelten Fausto Bertinotti zu. Und das zu recht: Fand er doch deutlichere und klarere Worte als die „Bewegungsprominenten".
Die Florentiner Festtagsstimmung ist vorbei, Altes und Neues treten wieder scharf auseinander. Daraus folgt zweierlei. Ad 1: Es wird weiterhin linke Parteien und deshalb auch linke Regierungen und „linke" Nationalstaaten geben. Es ist erfreulich, ja sogar wünschenswert, dass es so etwas gibt. Ad 2: Es gibt kein Zurück hinter den Pluralismus der Bewegungen und Subjektivitäten, kein Zurück zur Unterordnung der Bewegungen unter Staat und Partei. Letztere sind besondere Medien der sozialen und politischen Kämpfe, doch nur ein Medium unter anderen und definitiv nicht das wichtigste. Hinfällig wird damit die prinzipielle Ablehnung beider: Eine jede Ablehnung wird konkret, d.h. im Einzelfall zu begründen, oder sie wird Anarchismus, d.h. eine ideologische Position im negativen Sinn des Worts, sein. Am ferneren Ziel eines „Absterben des Staats" wird deshalb weiter zu arbeiten sein, und zwar nirgendwo anders als im Hier und Jetzt der Kämpfe. Nur war das, Hand aufs Herz, im Prinzip immer schon Konsens. Der Ton macht die Musik.

UND ACTION: HEILIGENDAMM UND WEITER

Um mit den deutschen Zuständen und speziell mit denen der radikalen, also parteifernen Linken abzuschließen: Hier müssen Debatten nicht mehr geführt werden, die noch vor kurzem einige Mühe kosteten. Die Antideutschtümelei ist zum Kuriosum geworden, das kaum der Kritik mehr bedarf, selbst wenn es in Antifa-Kreisen wirkungsmächtig bleibt: eine auslaufende Serie.
Dafür gibt es eine Interventionistische Linke, die ihre Position in mehrfacher Hinsicht noch verdeutlichen wird. [5] Einmal natürlich hinsichtlich der Sache selbst: der Wiedergewinnung einer aktivistischen und, traditionell gesprochen, „massenpolitisch" ausgerichteten strategischen Konzeption linken Handelns. Hier bleibt noch einiges zu klären: im Hinblick auf den Verlust einer solchen Konzeption (spätestens) seit den 1990er Jahren und auf das, was „postautonome Organisationsfrage" genannt werden kann. Dabei wird es um das Verhältnis zu den Bewegungen gehen (die als solche nicht notwendig links und schon gar nicht linksradikal sind), um das zur Partei (die hier wohl Die Linke heißen und kaum weniger problematisch sein wird als das, was aus der italienischen Rifondazione geworden ist) und um das Verhältnis zu sich selbst.
Denn was wird eine radikale Linke werden, die unter der Zukunft der Kämpfe nicht mehr die Verallgemeinerung ihrer eigenen Linksradikalität versteht, weil sie weiß, dass der Pluralismus der Kämpfe und Subjektivitäten jeder Vereinheitlichung widersteht, auch einer „linksradikalen"? Und was aus einer radikalen Linken, die auf die globalen Multituden setzt und eben deshalb ein Verhältnis zu deren dunkler Seite gewinnen muss, das nicht mehr „antiimperialistisch" sein kann und doch nie „weiß" werden darf, in welcher Fassung des „Kampfs der Kulturen" auch immer?
Auch darum geht es in Heiligendamm, und darum wird es erst recht nach Heiligendamm gehen, wenn die Alltagstauglichkeit linker Interventionen (wieder) zum Brennpunkt wird, global und lokal. Ein Beispiel nur, zum Abschluss und zum Weiterdenken: So viel versprechend „Agenturschluss" und „Euromayday" sein mögen, so unverbunden blieben beide mit den Protesten der Studierenden – und mit den seit Jahrzehnten ersten politischen Streiks in der BRD, an denen sich im Januar diesen Jahres bis zu 250.000 Leute beteiligten. Wie gesagt: ein Beispiel nur.

ANMERKUNGEN:

1 Vgl. Kein Gipfelsturm, Graswurzelrevolution 241/1999; Thomas Seibert: The People of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke. In: BUKO (Hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin 2003 sowie zusammen mit Werner Rätz: Fünfzehn Thesen zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigstens eine andere Richtung einschlägt. In: Andreas Exner/Judith Sauer u.a.: Losarbeiten – Arbeitslos, Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Münster 2005.

2 Gemeinsame Orte. Bewegung, Organisierung, Untersuchung: ein Vorschlag von DeriveApprodi. In: ak – analyse und kritik, Nr. 481. Der italienische Titel des Texts lautet luoghi comuni und meint nicht „Gemeinsame Orte", sondern „Gemeinplätze"!

3 Zu „Korruption" und „Generation" als den Grenzmarken im Antagonismus von Multitude und imperialer governance vgl. Antonio Negri/Michael Hardt: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/New York 2002, S. 377ff.

4 Die Nord-Süd-Differenz ist hier wie anderswo nur provisorisch und löst sich in dem Maß auf, wie sich „Norden" im Süden und „Süden" im Norden ausbreiten.

5 Bis auf weiteres zu erreichen unter: www.g8-2007.de

EXPERIMENTIER-FELDER EINER VIELFÄLTIGEN BEWEGUNG

ÜBER DIE MÖGLICHE REICHWEITE DER PROTESTE

VON BERIT SCHRÖDER

Zum Jahresabschluss 2006 zerplatzten bunte Farbbeutel an den Wänden des Kempinski Grand Hotel Heiligendamm, das die G8 im Juni 2007 beherbergen wird. Im Begleitschreiben hieß es: „Wir haben das Ziel des nächsten Jahres markiert." Ach, wenn es doch so einfach wäre: Ziel markieren und nichts wie hin zum Ostseestrand, den „magischen Ort" Heiligendamm erleben! Seit nunmehr rund 18 Monaten bereiten sich Gruppen und Organisationen auf die Proteste vor. Doch was bringen solche Gipfelereignisse eigentlich? Eine Zwischenbilanz wenige Monate vor dem G8.

Die Interventionistische Linke (IL) hat im Sommer 2005 die Proteste in Heiligendamm als „Experimentierfeld" für die Herausbildung einer gemeinsamen, in sich vielfältigen Gegenmacht in Bewegung bezeichnet. Am Anfang steht „die Ablehnung der G8, des Neoliberalismus, der globalen Herrschaft des Kapitals in einer massenhaften Verweigerung und Rebellion in den Straßen Rostocks und vor den Zäunen Heiligendamms".[1] Die Perspektive ist eine globale Alternative zur global governance von Kapital, Patriarchat und Rassismus.

Bezugspunkte in der Mobilisierung sind die Proteste in Seattle, Prag, Genua oder Florenz. Ohne von einer linearen Entwicklung ausgehen oder die Bedingungen einfach auf die Situation in der Bundesrepublik übertragen zu wollen, bilden diese Proteste eine wesentliche Motivation für die hiesige Organisierung. Momente des spezifisch Neuen seit Seattle und des „qualitativen" Unterschieds zu früheren sozialen Bewegungen sind der „programmatische und organisatorische Internationalismus"[2] und die Bejahung der Pluralität der Proteste.

Das Bestreben, die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Akteure zugunsten einer Strömung zu vereinheitlichen, ist dabei nicht zentral. Vielmehr gilt es, die Pluralität als Potenzial anzuerkennen und neue Horizonte zu eröffnen. Unsere Intervention zielt auf die Globalisierung sozialer, kultureller, ökonomischer und politischer Rechte wie z.B. dem Recht auf Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit. Die Mobilisierung wird dann gelungen sein, wenn unterschiedliche Spektren und Organisationen in Kommunikation miteinander treten, um die G8 zu delegitimieren, wenn sie in kraftvollen Aktionen Mut sammeln, und wenn die Diskussion um eine andere Welt nach links verschoben wird.

GEHT DIE RECHNUNG AUF? EINBLICKE IN MOBILISIERUNGSGESCHICHTEN

Ein Blick auf verschiedene Homepages, Flugblätter oder Vernetzungstreffen stimmen positiv: Heiligendamm kann zu einem Kristallisationspunkt für Protest und Widerstand werden, an dem neoliberale Politik infrage gestellt wird. Denn: Immer mehr Gruppen und Einzelpersonen zeigen Interesse, überall ist das Gipfelthema präsent. Mit dabei sind u.a. entwicklungspolitische NGOs wie Oxfam, der Evangelischer Entwicklungsdienst, das Forum Umwelt und Entwicklung, die Kampagne Gerechtigkeit Jetzt wie auch WEED und medico international oder umweltpolitische Organisationen wie Greenpeace, die BUND-Jugend und das Jugendumwelt-Netzwerk. Auch attac, Gruppen der radikalen Linken, antimilitaristische Initativen und neuerdings

die DGB-Jugend haben sich im Hinblick auf Heiligendamm vernetzt. Doch die Breite und die Größe der Proteste ist nicht alles und in der Mobilisierung zeichnen sich Problemfelder ab.

BÜNDNIS, KOORDINIERUNG, MODULE

Werkzeug spektrenübergreifender Zusammenarbeit sollte nach Vorstellung der IL ein breites, gesamtgesellschaftliches Bündnis sein, innerhalb dessen die IL, neben der Delegitimierung der G8, für die klare Abgrenzung gegen Rechts, für die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktionsformen und einen solidarischen Umgang miteinander eintritt. [3] Doch bis heute gibt es kein breites Bündnis. Vielmehr hat sich aus der Zusammenführung der G8-NGO-Plattform aus entwicklungspolitischen NGOs, Umweltverbänden und kirchliche Kampagnen mit dem in Hannover tagenden Vorbereitungskreis der Rostocker Aktionskonferenzen seit September 2006 ein bundesweiter Koordinierungskreis (KoKreis) herausgebildet. Dieser verzichtet auf für Bündnisse charakteristische Formen wie einen gemeinsamen Slogan, inhaltliche Zuspitzungen oder einen solidarischen Finanzausgleich.
Bestimmend für den KoKreis ist weniger Auseinandersetzung und Diskussion als vielmehr die Koordinierung der Veranstaltungen sowie das Delegieren von Entscheidungen in einzelne Vorbereitungsmodule (Großdemonstration, Blockaden usw.). Dadurch besteht die Gefahr, dass zwar viele Menschen an den Protesten teilnehmen werden, sich aber dabei die gegenwärtige „Bündniskultur" bemerkbar machen wird, indem die Spektren eher nebeneinander als miteinander agieren. Die Masse, die dabei herauskäme, wäre dann nicht mehr als die Summe ihrer Teile.

MIT „WETTEN, DASS ..." DIE G8 BEEINFLUSSEN?

Wie viele der NGOs und großen Verbände setzt auch der irische Popstar Bob Geldof Hoffnung in die G8, wenn er im Vorfeld von Heiligendamm in einer „Wetten, dass ..."-Sendung um Hilfen für Afrika bitten will. Mit TV-Show und Großkonzert suchen Popstars auch in diesem Jahr den Schulterschluss mit der Bundesregierung oder den G8. Auch im KoKreis-Hannover gab es Debatten über die Legitimität der G8: So heißt das Treffen bewusst lediglich Koordinierungskreis, weil Oxfam deutlich machte, dass einige NGOs nicht eindeutig Position gegen den G8-Gipfel beziehen werden. Auf einer Sitzung wurde zudem vorgeschlagen, Briefe an die Bundesregierung zu schreiben, um frühzeitig die G8-Agenda zu beeinflussen. Auf der gleichen Linie liegen Treffen zwischen G8-Sherpas [4] und VertreterInnen verschiedener NGOs, wie sie es vor den Gipfeln in Gleneagles und St. Petersburg gegeben hat.
Eine vehement im KoKreis geführte Debatte drehte sich um den Alternativgipfel. Die AG Alternativgipfel plant diesen zeitgleich zum G8-Gipfel. Folglich müssen sich alle Protestbeteiligten fragen: Aktion oder Diskussion? Es drohte die Spaltung in „gute, dialogbereite KritikerInnen" und „militante StraßenaktivistInnen". Als Kompromiss sind jetzt „Satellitenveranstaltungen" vorgesehen, mit denen eine Verzahnung zwischen DiskutantInnen und AktivistInnen erreicht werden soll: So werden einzelne Veranstaltungen auf das Camp verlegt und, darum wird noch gerungen, zeitlich vorgezogen.

EINE INTERNATIONALE PERSPEKTIVE?

In die Vorbereitungen wurden frühzeitig internationale AktivistInnen einbezogen: So kamen sowohl zum Campinski-Sommercamp 2006 und zur Rostock-II-Konferenz AktivistInnen aus dem europäischen Ausland, und jüngst gab es ein aus dem dissent!-Netzwerk heraus organisiertes internationales Treffen in Warschau. Beim Weltsozialforum (WSF) in Nairobi 2007 hat die Assembly of Social Movements in ihrer Abschlusserklärung die Mobilisierung gegen das G8-Treffen an sehr prominenter Stelle erwähnt und damit den internationalen Charakter der Mobilisierung betont. Dies darf aber nicht über die relative Bedeutungslosigkeit des Themas auf dem WSF hinwegtäuschen.

DIE CHANCEN VON HEILIGENDAMM

Doch auch wenn kein breites Bündnis entstanden ist, das die G8 gesamtgesellschaftlich delegitimiert, auch wenn auf dem Alternativgipfel linke Perspektiven eher marginal sein werden und auch wenn der internationale Charakter sich erst zaghaft zeigt, so ist im Vergleich zu den G8-Protesten 1999 in Köln bereits viel erreicht. Denn: Bundesweit koordinieren alle Spektren Protest und Widerstand und stimmen Aktionen aufeinander ab. Das ist die Grundlage der Verbreiterung und für eine Debatte über Perspektiven einer anderen Globalisierung. Um sich nicht, wie in Köln 1999 geschehen, in spektrenbezogenen Einzelaktivitäten zu verlieren, verabschiedete die Rostock-II-Konferenz eine gemeinsame „Choreographie des Widerstands". Selbst wenn die Interessen wie beim Alternativgipfel divergieren, so konnte mit den „Satellitenveranstaltungen" ein Kompromiss gefunden werden, der hoffentlich im Machtspiel der kommenden Wochen nicht zugunsten größerer NGOs und Gewerkschaften gekippt wird.
Auf Aktivitäten von Herbert Grönemeyer und Bob Geldof haben wir keinen Einfluss, auch die NGO-Politik werden wir schwerlich ändern. Mit massenhaften Blockaden und Aktionen des zivilen Ungehorsams können sind wir aber ein Signal gegen die G8 und den globalisierten Kapitalismus senden. Denn: Die G8-Treffen sind vor allem symbolische Orte, an denen sich die Regierungschefs als „Retter der Welt" inszenieren und ihre Botschaft „There is no Alternative" verkünden. Die Mobilisierung der Block-G8-Kampagne [5] zielt genau gegen diese angebliche Alternativlosigkeit. Mit massenhaften Blockaden soll der logistische Ablauf des Gipfels gestört und mit einem unmissverständlichen „Nein" die fehlende Legitimität der Gipfel praktisch zum Ausdruck gebracht werden.
Die internationale Einbindung und Zusammenführung der AktivistInnen im Vorlauf des Gipfels verläuft bislang zwar nur schleppend, aber die Aktionstage selbst wie auch die internationalen Debatten auf dem Alternativgipfel und den Satellitenveranstaltungen werden mit Stimmen von Basis-KämpferInnen aus vielen Ländern und anderen Kontinenten eine internationalistische Perspektive haben.

Monate vor dem Gipfel interessieren sich unzählige Menschen für den G8 und die Proteste, es werden in vielen Jugendgruppen, auf Bildungsseminaren und Veranstaltungen sowie in lokalen Anti-G8-Bündnissen Aktivitäten geplant und über Alternativen zum globalen Kapitalismus diskutiert. Auch wenn wir dadurch nicht gleich „Den Kapitalismus zur Geschichte machen", ist die Ausweitung des Protestes eine Chance, eine Dynamik zu entfachen, die über die Tage des Widerstands gegen das Gipfeltreffen lokale Auseinandersetzungen mit globalen Kämpfen verbinden kann.

ANMERKUNGEN:

1 Interventionistische Linke: Make Capitalism History oder: die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel ausweiten. In: ak – analyse und kritik, Nr. 512

2 Thomas Seibert: The People of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke. In: BUKO (Hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin 2003

3 Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm: Diskutieren, Protestieren, Umzingeln, Blockieren ...; siehe: www.g8-2007.de

4 Sherpas werden Beauftragte der G8-Staats- und Regierungschefs genannt, die für das jeweilige Land den G8 vor- und nachbereiten.

5 Weiter Informationen unter: www.block-g8.org

BONO-FIKATION

ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE VON MAKING POVERTY HISTORY

VON BEN TROTT UND EMMA DOWLING

30.000 Menschen haben im Jahr 2001 in Genua gegen den G8-Gipfel und gegen die Ordnung der Welt, für die die G8 stehen, demonstriert. Nur vier Jahre später, im schottischen Gleneagles, waren ähnlich viele Menschen auf der Straße, doch diesmal anscheinend für den Gipfel. Unter dem Motto und dem Banner von Make Poverty History (MPH) hatten Tausende eine Menschenkette durch das Stadtzentrum von Edinburgh gebildet, während sich gleichzeitig einige der berühmtesten Popstars der Welt an Bonos und Bob Geldofs Live8-Konzerten beteiligten. An den 2. Juli 2005 wird man sich als den Tag erinnern, an dem sich die „Weltzivilgesellschaft" versammelt hatte, um die G8 aufzufordern, die Welt besser zu machen.

In vielfacher Weise waren die Demonstration von MPH und die Live8-Konzerte nur der jüngste Ausdruck eines Prozesses, der in Großbritannien bereits Mitte der 1980er Jahre begonnen hatte. Im Kielwasser und mit dem Rückenwind der von Bob Geldof initiierten Projekte Band Aid, eine Schallplattenveröffentlichung angesichts der Hungersnot in Äthiopien 1984, und Live Aid, ein Benefitzkonzert 1985 zugunsten Afrikas, begann eine Zusammenarbeit zwischen entwicklungspolitischen NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und Popstars. Im Jahr 1997 war Bono, Sänger der Rockband U2, bereits zu einem der Sprecher von Jubilee 2000 ernannt worden, der Kampagne für einen Schuldenerlass für die Länder des Südens. Im Jahr 2002 gründete er u.a. mit Mitteln der Bill & Mellinda Gates Stiftung die Organisation DATA (Debt, AIDS, Trade, Africa).

EINE ART KOALITION DER WILLIGEN

Zusammen mit Oxfam International und Action Aid spielte DATA seitdem eine Schlüsselrolle innerhalb des Netzwerks Global Call to Action against Poverty (G-CAP), einer breiten Koalition von NGOs, kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften und Organisationen aus mehr als 100 Staaten. MPH stellt in diesem Bündnis den britischen Flügel, während Deutschland von Deine Stimme gegen die Armut repräsentiert wird.
MPH selbst besteht aus ca. 450 Organisationen, wobei die Beziehungen zwischen den Mitgliedsgruppen nicht immer ungetrübt waren. Vor allem das Agieren von Oxfam und Comic Relief führte zu Spannungen. Beide wurden dafür kritisiert, dass sie sehr schnell das Versprechen der EU, die europäische Hilfe zu verstärken, über den grünen Klee lobten und so der G8 in die Hände spielten. Die Unzufriedenheit wurde durch Veröffentlichungen noch verschärft, die das enge Verhältnis zwischen Oxfam und der Regierung von Tony Blair thematisierten. Dabei ging es nicht alleine um Oxfam's Abhängigkeit von staatlichen Mitteln [1], sondern auch um die engen personellen Überschneidungen der Organisation mit der Labour Party.

VERBLENDUNG DER VERBLENDER

Als Bono und Geldof 2005 das G8-Abschlusskommuniquee wohlwollend und unterstützend würdigten, erreichten die Spannungen innerhalb von MPH und zwischen der Koalition und Live8 ihren Höhepunkt. Geldof hatte verkündet: „Beim Thema Entwicklungshilfe bekommt das G8-Kommuniquee zehn von zehn Punkten, beim Thema Schulden acht von zehn. Zum Thema Handel ... hat dieser Gipfel ganz klar entschieden, dass es zu keiner verstärkten Liberalisierung kommen darf ... Das ist ein ernsthaftes und ausgezeichnetes Ergebnis zum Thema des internationalen Handels." Für alle, die das Abkommen genauer studiert hatten, war schnell klar, dass Geldof bestenfalls schlecht informiert war.
So bestand die versprochene Hilfe zum größten Teil keineswegs aus neuen Geldern, sondern aus einem Sammelsurium von angekündigten Schuldenerleichterungen und alten Zusagen. In Bezug auf die Schuldenproblematik hatten die G8 angeblich einen 100-prozentigen Schuldenerlass für 18 Staaten (davon 14 afrikanische Länder) angekündigt, der bald um weitere 20 Staaten erweitert werden sollte. In Wirklichkeit hatten die G7 [2] lediglich versprochen, die Tilgungszahlungen von drei Schuldnerstaaten zu stunden. Und um dem ganzen die Krone aufzusetzen, war Geldofs Behauptung, der G8-Gipfel habe ein Ende der Politik der Handelsliberalisierung beschlossen, eine glatte Lüge. Viele der 18 Staaten haben erst kürzlich das neun Jahre dauernde neoliberale Strukturanpassungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeschlossen, wie es der Plan für hoch verschuldete Länder vorsieht. [3] Weitere 20 Staaten sind weiterhin verpflichtet, dieses Programm zu durchlaufen.

DAS ELEND DER ELENDSLINDERER

„Afrika" steht auch 2007 auf der Tagesordnung des G8-Gipfels, die Lobbyarbeit - mit Unterstützung durch Herbert Grönemeyer - von Bono und Geldof ist bereits angelaufen und DATA hat schon ein Berliner Büro eröffnet. Es ist also Zeit, sich die Frage zu stellen: Was können wir aus den Ereignissen in

Großbritannien lernen? Wie ist die Inszenierung eines breiten Diskurses über Armutshilfe durch eine Konstellation von Akteuren zu verstehen, die von Teilen von MPH über Live8 bis zu britischen Regierungsmitgliedern reicht?
Eine Erklärung für die Funktionsweise dieser erstaunlichen Allianz von NGOs und Machtstrukturen innerhalb der globalen politischen Ökonomie liefert der US-Ökonom George Caffentzis. Der Neoliberalismus, so Caffentzis, braucht angesichts seiner Krise einen „Plan B" und Jeffrey Sachs, der frühere IWF-, Weltbank- und OECD-Berater, ist einer seiner AutorInnen. [4] Folgt man Sachs, so ist eine richtig organisierte neoliberale Globalisierung der einzige Ausweg aus der Armut für Milliarden von Menschen – und die einzige Option für das Überleben des Kapitalismus. Im Vorfeld des Gipfels in Gleneagles schrieb Sachs „The End of Poverty" (mit einem Vorwort von Bono), um klar zu stellen, wie ein solches „richtiges Management" der Globalisierung aussehen könnte.
Die Krux bei seinen Vorschlägen liegt dabei in den zwei Definitionen von „extremer Armut": „Extrem arm" seien danach Haushalte, die ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können, sowie Haushalte, deren Einkommen weniger als ein US-Dollar pro Tag und Person beträgt. Dabei impliziert die zweite Definition offenkundig die erste, denn wer von den Gütern und Dienstleistungen leben muss, die man in den USA für einen US-Dollar kaufen kann, ist in der Tat „extrem arm". Nach den Regeln des Kapitalismus wäre eine solche Person faktisch tot, doch nach Sachs eigenen Berechnungen soll diese zweite Definition angeblich auf 1,1 Mrd. Menschen zutreffen. Des Rätsels Lösung liegt darin, dass die „extrem Armen" nach dieser Definition auch jene beinhalten, die sich – zumindest teilweise – außerhalb kapitalistischer Marktbeziehungen reproduzieren, etwa durch die Bebauung von Gemeindeland.

POP FÜR EINEN GLOBALEN KEYNESIANISMUS

Sachs übernimmt die Rolle eines John Maynard Keynes des 21. Jahrhunderts. Er versucht, Krisen durch kurzfristige „politische" Eingriffe in „die Wirtschaft" zu umschiffen. Dabei weigert er sich hartnäckig, in eine Diskussion über die „Gerechtigkeit" des Kapitalismus hineingezogen zu werden. Er schlägt Investitionen in kostenlose Schulbildung, Ernährungsprogramme und (Ab-)Wassersysteme vor. Dadurch sollen bis 2025 über eine Milliarde Menschen aus der Armut heraus und – ganz wichtig – in den Arbeitsmarkt hinein geführt werden. In wahrlich keynesianischer Manier werden Vollbeschäftigung und die Ausweitung des Arbeitsmarktes zum Schlüssel für Wachstum und Stabilität. Im Unterschied zu Keynes richtet Sachs seine Vorschläge allerdings nicht an die nationalstaatliche, sondern an die globale Ebene.
Der Sachssche „Plan B" ist bei seinen KollegInnen im Wissenschaftsbetrieb und in den Beraterstäben der Macht umstritten. Dennoch sind seine Argumente bemerkenswert, und zwar nicht nur, weil es sich dabei um einen „sensibleren" Versuch der Steuerung der Weltwirtschaft handelt. [5] Bemerkenswert sind vor allem die Netzwerke, in die Sachs eingebettet ist und in denen er sowohl Einfluss ausübt also auch selbst beeinflusst wird. Diese Netze reichen von Nationalstaaten über internationale Organisationen (wie die UNO) bis hin zu wichtigen Akteuren der „globalen Zivilgesellschaft". Dennoch beschreibt der „Plan B" eher eine Tendenz. Dass er zu einer dominierenden Entwicklung wird, ist möglich, aber nicht sicher.
Beim G8-Gipfel 2005 erlebten wir also die Inszenierung eines Diskurses über Armutsbekämpfung, an dem Staatsoberhäupter, Akteure der Zivilgesellschaft und die G8 selbst beteiligt waren. Dabei wurden die Wurzeln der Armut, die kapitalistischen sozialen Beziehungen, nicht in Frage gestellt sondern verschleiert. Für einige war das nichts weiter als eine Vernebelung, die es den G8-Chefs ermöglichte, um so ungestörter ihr neoliberales Programm voran zu treiben. Andere, wie Caffentzis, interpretierten dieses Schauspiel als Ausdruck eines neuen kurzfristigen globalen Keynesianismus, der als Mittel zum letztlich neoliberalen Zweck dient.
Wie auch immer, die Aufgabe derjenigen von uns, die den Slogan von der anderen Welt, die möglich ist, ernst nehmen, ist es, diese Entwicklungstendenzen genau zu beobachten und dabei gleichzeitig Formen der politischen Praxis auszuprobieren, die in Konfrontation stehen zu den aktuellen wie auch den im Entstehen begriffenen Formen von Ausbeutung und Kontrolle. Ein wichtiger Schritt hin zu diesem Ziel ist die Vertiefung, Stärkung und Verbreiterung der globalen und lokalen Widerstandsnetzwerke durch eine klare Strategie der Delegitimierung des G8-Gipfels in Heiligendamm.

ANMERKUNGEN:

1 Jährlich bekommt Oxfam über 60 Mio. Euro von der britischen Regierung und aus öffentlichen Mitteln.

2 Die Staaten der G8 ohne Russland.

3 Higly Indebted Poor Countries Scheme.

4 Harvard-Professor und Jung-Star unter den marktradikalen PolitikberaterInnen. Sachs machte sich nach 1989 vor allem als Wirtschaftsberater in den nachsowjetischen Staaten um die radikale Durchsetzung von Marktstrukturen „verdient".

5 „sensibler" im Vergleich zu der Naivität doktrinärer Neoliberaler, für die diejenigen, die von den Marktgesetzen zum Tode verurteilt worden sind, ganz einfach verschwinden; und „sensibler" auch im Vergleich zu deren konservativen GegenspielerInnen, die der Auffassung sind, diejenigen, die gegen ihre Armut rebellieren, könnte man einfach isolieren und wegbomben.

DER ELITENKONSENS IST AUFGEKÜNDIGT

GEWERKSCHAFTEN, GLOBALISIERUNG UND SOZIALE BEWEGUNGEN

VON FRANK DEPPE

In den westlichen Metropolen waren die beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts durch eine tiefe Krise der Gewerkschaften charakterisiert. Nach dem Aufleben von Klassenkämpfen in den 1970er Jahren begann in den 1980er und 1990er Jahren die ökonomische, politische und ideologische Vorherrschaft des Neoliberalismus. Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung waren die Schlagworte, mit denen konservativ-liberale Regierungen den Angriff auf Sozialstaat und Gewerkschaftsmacht eröffneten. In der Folge gerieten die Gewerkschaften in die Defensive und litten neben Mitgliederverlusten unter der Erosion ihrer Mobilisierungs- und Kampffähigkeit.

Desillusionierung und Enttäuschung machten sich breit und insbesondere in Ländern, die in den 1970er Jahren militante Streikbewegungen erlebt hatten, wuchs die Bereitschaft, sich an die Vorgaben von Staat und Kapital anzupassen, um nicht ganz von der politischen Bühne zu verschwinden. Doch auch in Deutschland, wo Streiks traditionell keine große Rolle gespielt haben, da die Gewerkschaften in sozialpartnerschaftlichen Rahmen „Wirtschaftsfrieden" garantierten, begannen die Arbeitnehmervertretungen zunehmend die Kapitallogik zu propagieren.

DER NEOLIBERALE SIEGESZUG

Diese gewaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit ist auf die Neuformation des Kapitalismus seit den 1970er Jahren und die seit dieser Zeit zunehmende Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die um sich greifende Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes zielte dabei nicht allein auf die Beseitigung flächendeckender tariflich gesicherter Normalarbeitsverhältnisse, sondern zugleich auf die Schaffung eines Niedriglohnsektors mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, der durch Migration kontinuierlich „aufgefüllt" wird und so einen permanenten Druck auf die noch tarifvertraglich gesicherten Arbeitsverhältnisse ausübt.

Folgen dieser Entwicklung sind die Krise der solidarischen Lohnpolitik und eine rasant zunehmende Lohnspreizung. Zugleich wird der Arbeitsprozess selbst restrukturiert und verstärkt an den Maximen der Vermarktlichung und des Wettbewerbs ausgerichtet; Rationalisierungsstrategien und der Einsatz moderner Technologien führten zudem zu erheblichem Beschäftigungsabbau. In der Folge haben sich im industriellen Sektor sukzessive „gewerkschaftsfreie Zonen" ausgebreitet. In den an Bedeutung gewinnenden Dienstleistungssektoren waren die Gewerkschaften hingegen von jeher schwach vertreten. Ihren größten Einfluss hatten sie im öffentlichen Dienst, doch auch hier gerieten sie durch den Beschäftigungsabbau und die Privatisierungswellen seit den 1980er Jahren in die Defensive.

Darüber hinaus startete der Staat in den 1980er Jahren den direkten Angriff auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften aus der Epoche des fordistischen Kapitalismus: Er begann die Reform der sozialen Sicherungssysteme als einen „Enteignungsprozess" zu organisieren, in dem kollektive soziale Rechte und Sicherungen eingeschränkt bzw. zurückgefahren wurden, um auf diese Weise dem Finanzkapital neue Verwertungsmöglichkeiten zu erschließen.

Während sich die Gewerkschaften in den 1970er Jahren in vielen europäischen Ländern darauf verlassen konnten, dass ihre Interessen im politischen Feld von den sozialdemokratischen Parteien vertreten wurden, ist diese enge Bindung seit den 1990er Jahren endgültig zerschlagen. Sozialdemokratisch geführte Regierungen, die eine Politik der neoliberalen Modernisierung betrieben (Beispiel sind Tony Blair, Felipe Gonzales oder Gerhard Schröder in Großbritannien, Spanien und Deutschland), machten die Gewerkschaftsbewegung zu ihren Gegnern.

Damit nicht genug, wurden die Gewerkschaften im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts durch eine neue Stufe der Internationalisierung des Kapitalismus herausgefordert, die unter dem Label Globalisierung Einzug in Politik und Alltag gehalten hat. Die Weltwirtschaft wird von den USA und dem „Dollar-Wall-Street-Regime", von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie von großen transnationalen Konzernen beherrscht.
Für die LohnarbeiterInnen und ihre Gewerkschaften in den alten Kapitalmetropolen bedeuten die neuen globalen Wettbewerbsverhältnisse, dass erstens die „Hochlohnländer" und ihre sozialstaatlichen Einrichtungen durch die „Billigkonkurrenz" enorm unter Druck gesetzt werden, und dass zweitens dem hoch mobilen Kapital „Exit-Optionen" zur Verfügung stehen, während der Faktor Arbeit, d.h. die Beschäftigten in der Regel an den Standort gebunden sind. Durch die Verlagerung von Produktionsabläufen in Billiglohnländer werden Betriebe geschlossen und Arbeitsplätze vernichtet. Darüber hinaus reicht oftmals allein die Drohung der Produktionsverlagerung aus, um Zugeständnisse der um ihre Arbeitsplätze fürchtenden Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen VertreterInnen zu erpressen.
Noch schwieriger ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung im Bereich des globalen Finanzkapitalismus, der sich von seiner ursprünglichen nationalen Basis und den dort geltenden Gesetzen fast vollständig abgelöst hat. Klassische Mechanismen betrieblicher und nationaler gewerkschaftlicher Interessenpolitik funktionieren auf dieser Ebene nicht – ein Umstand, der die Gewerkschaften, die von jeher den „proletarischen Internationalismus" propagieren, anfällig für nationalistische Optionen macht. Seitdem sich die Gewerkschaften aktiv in die globalisierungskritische Bewegung einreihen und neue Bündnisse mit internationalen sozialen Bewegungen schließen – als Fanal wirkten hier die erfolgreichen Proteste gegen den WTO-Gipfel in Seattle 1999 – wird in der Linken hoffnungsvoll über einen neuen Internationalismus der Gewerkschaften diskutiert.

GEWERKSCHAFTEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Dieser skizzierte Macht- und Einflussverlust hat sich jedoch weder auf alle Gewerkschaftsbewegungen gleich ausgewirkt, noch ist für die Zukunft Fatalismus angesagt. So konnten die skandinavischen Gewerkschaften ihre starke Position verteidigen und in so genannten Schwellenländern wie Südkorea, Brasilien und Südafrika sind angesichts des Ausbaus arbeitsintensiver Produktionssektoren starke und militante Gewerkschaftsbewegungen entstanden. Für den politischen Linksruck in vielen lateinamerikanischen Ländern ist die Rolle der dortigen linken Gewerkschaften, die eng mit den sozialen Basisbewegungen zusammenarbeiten, nicht zu unterschätzen.
Auch in den kommunistisch regierten Staaten Ostasiens, in denen die kapitalistische Industrialisierung durch den Staat vorangetrieben wird, häufen sich politisch und ökonomisch motivierte Streiks. Selbst in den alten Kapitalmetropolen Westeuropas sind Indikatoren für einen Prozess der „Revitalisierung" der Gewerkschaften erkennbar, auch wenn die Krise hier keineswegs endgültig überwunden ist. Die Streiktätigkeit hat wieder zugenommen und es häufen sich Proteste gegen den Sozialabbau, der die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klaffen lässt.
Im Rahmen dieser Proteste wird zunehmend der Kontakt zu sozialen Bewegungen gesucht, so dass zu Recht von einem neuen Social Movement Unionism gesprochen wird. Überall, wo sich Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung und Enteignung, aber auch gegen politische Unterdrückung, Rassismus und Kriegspolitik formiert, sind auch GewerkschafterInnen präsent, die ihre spezifischen Interessen – die Vertretung von Lohnarbeitenden und Arbeitslosen – mit dem grundsätzlichen Kampf gegen den Kapitalismus und für eine „andere Welt" verbinden.

SACKGASSE STANDORTPOLITIK

Gewerkschaftliche Kämpfe finden dabei auf verschiedenen Ebenen statt: vom Betrieb über die Tarifpolitik bis auf die Ebene des Nationalstaates (Verteilungsfragen, Sozialpolitik, Demokratisierung) und der Europäischen Union sowie auf globaler Ebene. GewerkschafterInnen und Betriebsräte, die sich auf die betriebliche Ebene beschränken und glauben, dass sie durch erfolgreiches Co-Management den „Standort" erhalten, unterliegen einer gefährlichen Illusion. Denn langfristig werden sie gezwungen sein, sich den Argumenten des Managements hinsichtlich notwendiger Anpassungsmaßnahmen (Beschäftigungsabbau, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, Lohnverzicht, Abbau betrieblicher Sozialleistungen usw.) zu beugen bzw. diese Strategien sogar als Erfolg des eigenen Verhandelns zu verkaufen.
Die Folge ist ein Legitimationsverlust betrieblicher Interessenvertretung, der die Bindungen der LohnarbeiterInnen an die Gewerkschaften weiter erodieren lässt. Auf diese Weise kann die Krise der Gewerkschaften zwar punktuell (d.h. einzel betrieblich) verzögert werden, strukturell wird sie auf diesem Wege jedoch verschärft. Deshalb müssen auch diejenigen, für die betriebliche Interessenvertretung im Vordergrund steht, ein Interesse daran haben, dass auf den überbetrieblichen Ebenen die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Lohnabhängigen und der großen Masse der Ausgegrenzten verändert werden und dass die „Hegemonie des Neoliberalismus" auf nationaler und internationaler Ebene gebrochen wird.

... UND AUF NACH HEILIGENDAMM

In vielen Teilen der Welt begreifen sich GewerkschafterInnen mit ihrem Kampf für die Interessen von LohnarbeiterInnen als Teil einer umfassenden sozialen Bewegung. Vielen geht es nach Jahren der Krise um den Wiederaufbau der Gewerkschaften „von unten" geht. Der Begriff Social Movement Unionism bezeichnet ihre Überzeugung, dass dieser Prozess nur dann erfolgreich sein kann, wenn sich die aktiven und kritischen Teile der Gewerkschaften mit anderen Sozialbewegungen verbünden. Deshalb ist es für viele KollegInnen selbstverständlich geworden, an den Treffen des Weltsozialforums bzw. der regionalen Sozialforen teilzunehmen. Und auch bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm werden sie dabei sein.

NICHTS BLEIBT WIE ES WAR

DAS POST-GENUA-ITALIEN

VON EMILIANA ARMANO UND RAFFAELE SCIORTINO

Die Welle aus Seattle erreichte Italien in Genua und löste eine sehr heterogene globalisierungskritische Bewegung aus. Dies betrifft die soziale Herkunft, das Alter, die politischen Themen, die Organisationszugehörigkeit und die Motivation der Teilnehmenden. Bemerkenswert waren insbesondere die vielen jungen Leute und die vielen aktiven Frauen. Es gab nichts, was auch nur entfernt auf eine Klassenidentität im „fordistischen" Sinn hinwies. Entlang der zentralen Themen werden im Folgenden die Linien des sozialen Konflikts skizziert, der durch die Ereignisse in Genua im Jahr 2001 ausgelöst wurde. Mit ihnen zeichnet sich eine neue kollektive Praxis ab.

Traditionelle Organisationen spielten bei der Vorbereitung der Proteste eine bedeutende Rolle, die globalisierungskritischen Bewegung organisierte sich aber meist außerhalb von ihnen. Zwischen den AktivistInnen und den traditionellen Organisationen gab es keine direkte oder kontinuierliche Beziehung. Gemeinsame dauerhafte organisatorische Orte kamen nicht zustande. Die Sozialforen existierten nur kurz und verloren rasch an Vitalität. So entstand eine neue Aktivistenfigur, die alte Maßstäbe durcheinander brachte und nicht ohne weiteres bereit war, die individuelle Verantwortung an „SprecherInnen" oder andere zu delegieren. Diese Praktiken direkter Demokratie bildeten einen neuen Raum, der zur Krise der traditionellen, auf Vollmacht basierten Repräsentanz beigetragen hat.
Statt der Zentralität der Arbeit stellte die globalisierungskritische Bewegung die commons [1] der Kommodifizierung und Prekarisierung des Lebens entgegen. Die scheinbar „ethischen" Gründe der Mobilisierung brachten in Wirklichkeit die zunehmende Kapitalisierung aller Lebensbereiche auf die Tagesordnung.
Dabei waren die Vorbehalte der Bewegung gegenüber traditionellen Formen der Politik keine „Anti-Realpolitik". Vielmehr verstand sie die Aktionsformen als integraler Bestandteile des zu erreichenden Ziels, die die Bewegungen und Subjekte nicht enteignen sollten. So gestalteten sich auch die Beziehungen zur institutionellen Linken: Die Bewegung stellte sich ihr nicht entgegen, sondern trieb sie vor sich her. Zugleich ließ sie sich ihre eigenen Erfolge nicht ohne weiteres entreißen. Dem zugrunde lag die sowohl in moderaten als auch in radikaleren Teilen der Bewegung vorherrschende Einschätzung, dass sich die Machtfrage nicht in der alten Vorstellung als „Eroberung" stellen ließ. Vielmehr sollte die Macht von einer Masse aufgelöst werden; einer Masse, die nicht breit ist, die Schaffung neuer Beziehungen in die Zukunft zu verschieben.

KAMPFFELDER SEIT GENUA

Die globalisierungskritische Bewegung begann, die Prekarisierung der Existenz zu thematisiern. Sie hat vor allem ein „ansteckendes" soziales Klima geschaffen – und damit notwendige Bedingungen für das Aufkommen neuer Konflikte. Anhand von drei seit Genua entstandener Kampffelder – Prekarisierung der Arbeit, Krieg und Verwüstung der Natur – ist es möglich, die Verwandlung der Handlungslogiken, der Motivationen und der Subjektkonstituierung aufzeigen.
Nach Genua war eines der wichtigsten politischen Themen die Verteidigung des Kündigungsschutzgesetzes. Die Initiative dazu ging von der Spitze des größten Gewerkschaftsdachverband CGIL aus, die von der Regierung von Silvio Berlusconis immer stärker unter Druck gesetzt wurde. Die CGIL war überraschender Weise in der Lage, in dieser Frage weit über die gewöhnliche Gewerkschaftsbasis hinaus zu mobilisieren. Auch junge Menschen und prekäre ArbeiterInnen, für die die Schutzregelungen nicht galten, gingen auf die Straße. Es handelte sich hierbei um die erste gemeinsame Begegnung von „alter" Arbeiterbewegung und den neuen Bewegungen. Im März 2002 kam es in Rom zu einer der größten Demonstrationen in der italienischen Geschichte. Trotz des massiven Widerstands konnte sich die Regierung durchsetzen und eine verstärkte Deregulierung der Arbeitsverhältnisse auf den Weg bringen.
Nachdem es im Dezember 2003 zu zahlreichen wilden Streiks bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben gekommen war, fand im März 2004 ein Streik der FIAT-ArbeiterInnen in Melfi und Umgebung statt. Ende April zerschlug die Polizei den Streik, der aber kurz darauf wieder aufflammte – nicht zuletzt aufgrund eines nationalen Solidaritätsstreiks der MetallarbeiterInnen. Danach sah sich FIAT genötigt, Verhandlungen aufzunehmen.
Die von Spontanität und Revolte gekennzeichneten Kampfformen waren die der sozialen Bewegungen der letzten Jahre.

Hinzu kam das Gewicht der Metallarbeitergewerkschaft FIOM, die als einzige Gewerkschaft jenseits der Basisgewerkschaften schnell und direkte Beziehungen mit den neuen Bewegungen aufgenommen hatte. Seit Genua ist sie ein zentraler Bündnispartner. Gleichzeitig versucht FIOM, Kontakte zu jungen ArbeiterInnen aufzubauen, um dadurch die Prekarisierung zu thematisieren und die eigene Praxis kritisch zu diskutieren. Nicht ohne Grund wird die der GGIL zugehörige FIOM seit einiger Zeit als „vierter Gewerkschaftsdachverband" bezeichnet.

KRISTALLISATIONSPUNKTE PREKARITÄT UND KRIEG

Ohne den Mayday in den Blick zu nehmen, der seit dem Jahr 2001 in Mailand das ermüdente Defilee der traditionellen 1.-Mai-Demonstration ersetzt und inzwischen in viele Städte Europas Nachahmer gefunden hat (Euromayday), kann die Dynamik des Post-Genua-Konflikts jedoch nicht verstanden werden. Die Initiative dazu ging von den ChainWorkers, MedienaktivistInnen aus den Centri Sociali und den Basisgewerkschaften aus. Innerhalb weniger Jahre ist der Mayday zu einer zentralen Einrichtung geworden, mit der sich eine neue Generation von prekarisierten und in der Arbeit vereinzelten ArbeiterInnen Selbstbewusstsein verschafft. Diese Initiative hat gleichzeitig eine Diskussion über ein Existenzgeld für alle ausgelöst.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund gewann die Mitte-Links-Koalition vor einem Jahr knapp die Wahl. Trotz des sozialen Blocks, den sie anspricht, führte die Koalition die Politik der Berlusconi-Regierung fort. Dies belastet die Beziehungen zwischen der gemäßigten (Rifondazione, CGIL) und der radikalen Linke. Gleichzeitig traf die Bewegung mit der Mobilisierung gegen den Irakkrieg zum ersten Mal auf ein in weiten Teilen der Gesellschaft vorhandenes und alle politischen Lager überwindendes Gefühl. Die mit dem Krieg verbundenen Ängste blieben jedoch nicht privat sondern flossen in eine kollektive und starke Antikriegsbewegung, deren Charakteristika durch die globalisierungskritische Bewegung bestimmt war. Seit der Mobilisierung vom 15. Februar 2003 diskutiert die Bewegung darüber, wie ihre Autonomie gegenüber der institutionellen Politik bewahrt und das Binom Einheit-Radikalität vorangetrieben werden kann. Die Schwierigkeiten blieben. Die Demonstrationen im März 2004 nach den Anschlägen in Madrid und im Juni 2004 gegen den Bush-Besuch setzten der breiten Bewegung ein Ende. Was bleib, ist eine diffuse Sensibilität für das Thema Krieg.

Nach dem erfolgreichen Kampf in Scanzano Ionico, einem kleinen Ort in der Basilicata, wo die Berlusconi-Regierung eigenmächtig das nationale Endlager für Nuklearabfälle ansiedeln wollte, war der Widerstand gegen den Bau einer Hochgeschwindigkeitszugtrasse von Lyon nach Turin einer der relevantesten Auseinandersetzungen nach den Ereignissen von Genua gewesen. Gegen das Projekt der Regierung Berlusconi und der regionalen Mitte-Links-Verwaltung erhob sich im Herbst 2005 unter dem Slogan „No TAV in Val di Susa" die gesamte Bevölkerung. Vor allem folgende Punkte sind für die Beurteilung des Widerstand von Interesse:

- Die Bewegung konnte durch eine direkte und selbstorganisierte Massenaktion die vom Militär besetzten Räume wieder aneignen. Damit wurde der globale Kampfzyklus zwischen Widerstand gegen die Macht und Herstellung einer „anderen Legalität" von Unten erweitern.
- Es entstanden eine Einheit jenseits traditioneller Bezugspunkte und neue Kooperationen zwischen Individuen.
- Die Bewegung brachte Kommunikation und Gegen-Wissen („controsaperi") hervor; von einem spezifischen Ziel aus – Verhinderung des Bauarbeiten – konnte sie die allgemeinen Themen der globalisierungskritischen Bewegung wieder aufnehmen.
- Bei den Auseinandersetzungen im Val di Susa handelt es sich um einen territorialen Kampf, der gleichzeitig nicht identitär oder „lokalistisch" ist, sondern vielmehr die Frage der commons und der Demokratie aufgriff und breit verankerte.

WENN DAS TERRITORIUM DAS GLOBALE AUFNIMMT

Es ist kein Zufall, dass Anfang 2007 die Mobilisierung gegen den Bau einer neuen US-Militärbasis bei Vicenza die Form des lokalistischen Protests verließ und sich als Kampf gegen den globalen Krieg weiterentwickelte. Territorialer und globaler Kampf, horizontale Partizipation und Kritik der Repräsentanz, Verteidigung der commons und Autonomie gegenüber der institutionellen Linken werden im expliziten Anschluss an die Praktiken direkter Demokratie der No-TAV-Bewegung vereinigt. Genua ist also keineswegs Geschichte, denn jedes Mal, wenn Konflikte entstanden, tauchten die Themen der globalen Bewegungen in verschiedenen Formen wieder auf. Diese bezogen sich auf die menschliche Existenz und die soziale Reproduktion als Kampffelder gegen die kapitalistische Marktlogik. Was in Italien ein Ende gefunden hat, ist der konkrete Zusammenhang der globalisierungskritischen Bewegung von Genua. Nicht beendet ist jedoch die Geschichte der Beziehungen zwischen den „alten" und neuen sozialen und politischen Subjekten, die letztlich unterschiedlich, oft ungreifbar, fast immer nicht organisiert sind, und die den wirklichen Überschuss und das Element der Vernetzung zwischen neuen Kämpfe und Kooperationen bilden.

Aus dem Italienischen von Lars Stubbe und Stefania Maffeis

ANMERKUNG:

1 Der Begriff commons (Nutzung der öffentlichen Ressourcen, Gesundheit, Verkehr, usw.) lehnt sich an res communes oder Allmende an und unterstreicht im Gegensatz zum Begriff der öffentlichen Güter das gemeinschaftlich-gesellschaftliche anstatt das staatliche Eigentum.

SOZIALE BEWEGUNGEN IN DEN USA

EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

VON GENE RAY UND HENRIK LEBUHN

Die Proteste von Seattle, mit denen die globalisierungskritische Bewegung Ende 1999 das Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation (WTO) sprengte, stehen wie kaum etwas anderes in der jüngeren Geschichte der USA für das Wiedererstarken außerparlamentarischer Politik. Nach zwei langen Jahrzehnten der Entpolitisierung flammen heute wieder viele lokale Proteste auf. Das Spektrum reicht von Kampagnen gegen Rassismus, Polizeigewalt und neofaschistische Organisationen über neue Stadtteilinitiativen und Umweltbewegungen, gewerkschaftliche „living wage"-Kampagnen für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, studentische Antimilitarismusgruppen, bis zu alternativen Mediennetzwerken und Kampagnen gegen Sweatshops und transnationale Konzerne. Die meisten dieser Initiativen sind allerdings (noch) weit davon entfernt, eine politische Wirkung zu entfalten, die über die lokale Ebene hinausgeht.

Wenn wir nach kontinuierlichen und überregionalen Massenmobilisierungen mit Einfluss auf die nationale Politik fragen, dann lassen sich zur Zeit wohl nur zwei große soziale Bewegungen mit einer linken Perspektive identifizieren: Die Antikriegsbewegung und die Migrantenbewegung. Doch keine der beiden hat eine klare kapitalismuskritische Perspektive. Wie in vielen anderen Ländern, ist die Arbeiterbewegung auch in den USA heute stark fragmentiert. Die Fronten verlaufen schon lange nicht mehr entlang des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital.

REAGAN-ÄRA BEENDETE DEN WIDERSTAND

Historisch hatten die außerparlamentarischen Kämpfe einen Höhepunkt in der Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre und in den Protesten gegen den Vietnamkrieg. Die Politisierung der US-Gesellschaft reichte bis weit in die 1970er Jahre hinein. Vor allem in der marginalisierten afroamerikanischen Bevölkerung und unter linken Studierenden entstanden damals sozialrevolutionäre Bewegungen. Doch sprang der Funke weder auf die Arbeiterklasse noch auf die Mittelschicht über. Stattdessen wurden die militanten Gruppen unter dem enormen Druck staatlicher Repression aufgerieben. Die radikalen „Überbleibsel" dieses historischen Moments – vor allem die feministische Bewegung und die Umweltbewegung – wurden nach und nach von den Universitäten und anderen gesellschaftlichen Institutionen absorbiert.

Der endgültige Sieg der konservativen Konterrevolution kam mit Ronald Reagan.

In den 1980er Jahren setzten sich zwei reaktionäre Wertesysteme durch, die die US-Gesellschaft bis heute dominieren: Eine zutiefst patriarchale, nationalistische und homophobe Form des „Sozial-Konservatismus", kombiniert mit einem wirtschaftlichen Neoliberalismus, der den Sozialstaat bekämpft. Zwar provozierte die Regierung Reagan auch Widerstände, zum Beispiel die Bewegung gegen das nukleare Wettrüsten und kreative und militante Proteste von Aids-AktivistInnen. Doch spätestens mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus und dem Triumph des neoliberalen Diskurses vom „Ende der Geschichte" machte sich in der US-Linken Resignation breit.

ANSTÖSSE AUS DEM AUSLAND

Ähnlich wie in Europa wurde außerparlamentarische Politik in den USA erst Mitte der 1990er Jahre durch soziale Kämpfe in anderen Teilen der Welt wieder belebt: vor allem durch den Aufstand der ZapatistInnen 1994 in Chiapas und den Generalstreik in Südkorea 1996. Die globalisierungskritische Bewegung, die 1999 in Seattle in Erscheinung trat, gehört zu den ersten wirklich systemkritischen und weltweit vernetzten sozialen Bewegungen seit der Hochphase der 1960er und 1970er Jahre. Wie auch in Deutschland sind die radikalen Teile dieser Bewegung

antikapitalistisch und autonom. Doch ist diese Fraktion innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung in der Minderheit. Die „Teamsters and Turtles", die in Seattle gemeinsam protestierten, sind sich zwar einig bei der Kritik an transnationalen Unternehmen und neoliberaler Politik, doch ist es fraglich, inwieweit sie auch eine Kapitalismuskritik teilen.

Anders als in Deutschland gab es in den USA nur wenige Strukturen, in denen die radikalen Protestkulturen der 1970er Jahre während der Reagen-Ära „überwintern" konnten. Kritisches Denken, autonome Organisationsformen und militante Praktiken wurden kaum von einer Generation an die nächste weitergegeben. Die jungen AktivistInnen mussten hart arbeiten, um sich ihre eigene Widerstandsgeschichte zu erschließen. Allen Widrigkeiten zum Trotz hat sich hier in den vergangenen Jahren viel getan. Im Gegensatz zur Stimmung der 1980er und frühen 1990er Jahre ist es heute in den USA wieder möglich, über „eine andere Welt" nachzudenken und den Kapitalismus zu hinterfragen. Mit dem Wiederaufleben einer Kapitalismuskritik im oppositionellen Diskurs ist endlich auch eine wichtige Bedingung wieder hergestellt, damit sich radikale soziale Bewegungen und Kämpfe überhaupt artikulieren können.

ANTIKRIEGSBEWEGUNG MOBILISIERT TAUSENDE

Die Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 versetzten der globalisierungskritischen Bewegung in den USA einen schweren Schlag. Der Patriotismus und der „Krieg gegen den Terror" unterdrückten für einen Moment alle sozialen Kämpfe: „United we stand!" war die nationale Parole. Gerade die Abwesenheit jeder Kapitalismuskritik im US-Mainstream und die damit einhergehende Ignoranz gegenüber den globalen Effekten der Außen- und Handelspolitik der USA waren wichtige Gründe dafür, dass so vielen US-AmerikanerInnen durch die Anschläge vom 11. September zutiefst traumatisiert wurden. Es dauerte mehrere Jahre, bis die verschiedenen Teile der globalisierungskritischen Bewegung wieder zusammenfanden und zumindest ein Stück ihrer ehemaligen Stärke wiedererlangten. Eine wichtige Rolle spielten dabei die weltweiten Demonstrationen im Februar 2003 gegen die US-Invasion im Irak. Denn mit den Antikriegsprotesten öffnete sich auch in den USA wieder ein Raum für kritischen Diskurs und basispolitische Praxis.

Fast könnte man sagen, dass die globalisierungskritische Bewegung in den USA in den Antikriegsprotesten aufgegangen ist. Diese beschränkten sich in der Anfangsphase noch auf Großdemonstrationen, die vor allem von den zwei Bündnissen United for Peace and Justice (UFPJ) und Act Now to Stop the War and End Racism (ANSWER) organisiert wurden. Doch in dem Maße, in dem sich die Besetzung des Irak in einen blutigen Albtraum verwandelte und die Folterpraktiken in Guantánamo und Abu Ghraib, die Entführungen und geheimen CIA-Flüge ans Licht kamen, hat sich die Antikriegsbewegung in den USA in eine vielfältige Protestkultur verwandelt.

Gruppen wie Code Pink, deren zentrale Figur Cindy Sheehan ist (die Mutter eines in Irak gefallenen Soldaten), organisieren medienwirksame Auftritte, um parlamentarische PolitikerInnen unter Druck zu setzen. Aber auch direkte Aktionen häufen sich, immer mehr SoldatInnen (und mittlerweile auch Offiziere) verweigern den Einsatz im Irak und die Zahl der lokalen Protestgruppen wächst beständig. Der Widerstand beschränkt sich dabei nicht auf den Krieg im Irak sondern wendet sich auch gegen den Abbau von Bürgerrechten und gegen die rechte Politik der Regierung von George W. Bush. In diesem Sinne hat die Antikriegsbewegung mit Sicherheit großen Anteil an dem aktuellen Stimmungswandel in den USA, in dem sie diese reflektiert diesen und ihm ein Gesicht verleiht.

Umfragen zufolge sprechen sich mittlerweile zwei Drittel der US-AmerikanerInnen gegen den Krieg im Irak aus. Die Niederlage der Republikaner bei den Wahlen zum Kongress im November 2006 war eine klare Absage an die Politik von George W. Bush. Dennoch ist die Bewegung immer noch nicht stark genug, um einen Rückzug aus dem Irak zu erzwingen. Aus der Sicht einer radikalen Gesellschaftskritik können die Antikriegsproteste keinen Ersatz für die globalisierungskritische Bewegung bilden, mangelt es ihnen doch weitgehend an einer kapitalismuskritischen Perspektive.

IMPULSE UND ORGANISIERUNG

Die andere große soziale Bewegung mit einem systemkritischen Potenzial ist die Migrantenbewegung. Im Frühjahr 2006 gingen Millionen von Menschen im ganzen Land auf die Straße und beteiligten sich an Demonstrationen, Streiks und Boykotts, um gegen die weitere Militarisierung der Grenzen und gegen eine Kriminalisierung von MigrantInnen zu protestieren. In Kalifornien und anderen Staaten im Südwesten der USA verließen Tausende lateinamerikanische SchülerInnen den Schulunterricht – eine Aktionsform, die sie sich bei den Kämpfen der 1960er und 1970er Jahre „abgeguckt" hatten.

Doch scheint es fast, als hätten die Proteste mehr Fremdenhass als Solidarität erzeugt. Als George W. Bush im Oktober 2006 ein Gesetz unterzeichnete, dass den Bau von über 1.000 Kilometern Hochsicherheitszaun an der Grenze zu Mexiko vorsieht, blieben die Straßen leer. Genauso plötzlich, wie die riesigen Demonstrationen aufgetaucht waren, scheinen sie wieder verschwunden zu sein. Ob die migrantischen Widerstände noch einmal an Kraft gewinnen, ob sie eine emanzipative Perspektive entwickeln und ob sie den Sicherheitswahn der US-Regierung in Frage stellen – all das bleibt abzuwarten.

Um ein vollständiges Bild der Basisproteste in den USA zu zeichnen, müsste man noch viele andere Initiativen behandeln: zum Beispiel die Justice-for-Janitors-Kampagne der prekarisierten Angestellten im Reinigungsgewerbe, die Gründung lokaler Zentren, in denen sich migrantische TagelöhnerInnen organisieren, oder auch die direkten Aktionen militanter Öko- und TierschutzaktivistInnen. Gerade die Umweltbewegung könnte in naher Zukunft wieder an Kraft gewinnen. Auch in den USA erhält die Klimakatastrophe Einzug in den öffentlichen Diskurs. Der Hurrikan Katrina, der im Sommer 2005 New Orleans verwüstete, hat vielen Menschen die Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwandels vor Augen geführt. Vielleicht wird es ja von dieser Seite einen neuen Impuls geben, um die außerparlamentarischen und linken Bewegungen in den USA zukünftig weiter zu stärken.

UNGLEICHE MOBILISIERUNGSZYKLEN

SOZIALER PROTEST, ANTIKRIEGSBEWEGUNG UND „GLOBALISIERUNGSKRITIK" IN FRANKREICH

VON BERNHARD SCHMID

Frankreich gilt als eines der wichtigsten Ursprungsländer der „globalisierungskritischen" Bewegung: Hier entstand in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Bündnisorganisation attac, die später in vielen Ländern Nachahmer gefunden hat. In seinem Ursprungsland ist das „Modell attac" aber inzwischen auch in eine tiefe Krise gestürzt. Gleichzeitig gibt es in Frankreich (in regelmäßigen Abständen) relativ starke und kämpferische soziale Bewegungen. Vor allem Konflikte, die sich rund um verteilungs-, wirtschafts- und arbeitspolitische Themen drehen, werden oftmals sehr viel militanter und konsequenter ausgetragen, als man dies in deutschsprachigen Ländern gewohnt ist. Dagegen waren in den letzten Jahren die Friedens- bzw. Antikriegsbewegungen zahlenmäßig wesentlich schwächer und weniger breit, dabei aber auch inhaltlich weniger schwammig als zur selben Zeit in der Bundesrepublik.

Die Vereinigung attac, die sich vor allem mit Themen der Weltwirtschaft befasst und deren Gründung 1997/98 von einem Intellektuellenzirkel rund um die Monatszeitung Le Monde diplomatique lanciert wurde, hörte zunächst auf den weit verbreiteten Namen „globalisierungskritisch". Später wählte sie jedoch die Selbstbezeichnung „altermondialistisch" – abgeleitet von *autre monde* oder auch *autre mondialisation*, um ihr Eintreten für eine andere Welt respektive eine andere Globalisierung zum Ausdruck zu bringen. Auf diesem Wege wollten viele der Kräfte, die an dem heterogenen attac-Bündnis beteiligt sind, ihren internationalistischen Anspruch unterstreichen: Ihr Protest gegen die aktuell dominierenden Formen der wirtschaftlichen Globalisierung solle keineswegs bedeuten, dass sie etwa für einen Rückzug auf die Nation einträten. Vielmehr wolle man einen „neuen Internationalismus" begründen, nachdem sich der Internationalismus oder Antiimperialismus aus den Jahren der Entkolonialisierung – der vor allem eine Welle von Staatsgründungen in Afrika und Asien begleitete – als historisch überholt erwiesen hat. Statt auf neue Staaten und „junge" Regime sollte man sich künftig auf soziale Kräfte in den unterschiedlichen Ländern beziehen. Dieser Perspektivenwechsel konnte sich nur positiv auswirken.

HEFTIGES FLÜGELSCHLAGEN BEI ATTAC FRANKREICH

Aber real koexistierten immer zwei unterschiedliche Grundströmungen innerhalb von attac Frankreich. Einerseits vertritt der Flügel rund um den attac-Gründer und -Ehrenpräsidenten Bernard Cassen die Auffassung, entgegen der in den letzten 25 Jahren praktizierten Deregulierung der Märkte sollten die Nationalstaaten wieder stärker das wirtschaftliche Geschehen bestimmen und dadurch soziale und ökonomische Krisen eindämmen. Neben den Nationalstaaten könne möglicherweise auch die EU, falls sie eine „Umorientierung" im positiven Sinne erfahre, einen solchen Akteur der „Re-Regulierung" der weltweit entfesselten kapitalistischen Ökonomie darstellen. Die Fraktion auf der anderen Seite will aber politisches Handeln nicht vorrangig von den Staaten her denken, sondern setzt auf eine supranationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, die als wirkliche Gegenmacht zu den ökonomisch dominierenden Kräften zu betrachten sei.

Im Frühsommer 2006 kam es dann zum großen Clash zwischen den beiden Strömungen. Nachdem sich schon im Vorfeld des attac-Kongresses zwei große politische Blöcke misstrauisch bis feindselig gegenüber standen, kam es bei den Vorstandswahlen zu einer Pattsituation. In dem von zuvor 30 auf 42 Sitze erweiterten Vorstand konnten die AnhängerInnen der bisherigen Führungsspitze unter dem amtierenden attac-Präsidenten Jacques Nikonoff nur eine hauchdünne Mehrheit erringen, mit zwei Sitzen Vorsprung vor der Opposition. Da ihnen jedoch alsbald Wahlbetrug vorgeworfen wurde, konnte sich diese Fraktion – die eher die EtatistInnen und LinksnationalistInnen des Verbandes umfasste – nicht dauerhaft behaupten. Im Vorfeld des neu einberufenen attac-Kongresses im Dezember 2006 waren die Vorwürfe des Wahlbetrugs dann klar bewiesen worden. Die alte Mannschaft nahm den Hut, und die „andere", eher bewegungsorientierte Frak-

tion übernahm das Ruder. Bislang ist sie öffentlich nicht groß in Erscheinung getreten.

UNGLEICHE MOBILISIERUNGSZYKLEN DER BEWEGUNGEN

Dass attac ihren früher faktisch erhobenen Anspruch einer Hegemonie über das außerparlamentarische gesellschaftskritische Spektrum nicht einlösen konnte, liegt aber auch daran, dass ihre Mobilisierungszyklen nicht deckungsgleich sind mit den Hochzeiten gewerkschaftlicher und sozialer Konflikte. Deren wichtigste Momente waren der Streik in den öffentlichen Diensten im November/Dezember 1995, der mit einem Teilerfolg endete; die Mobilisierung gegen die „Rentenreform" im Frühjahr und Frühsommer 2003, die auf eine herbe Niederlage hinauslief; und die vor allem durch die Jugend getragene erfolgreiche Mobilisierung gegen die Infragestellung des Kündigungsschutzes im März/April 2006.

Diese Stärkemomente der sozialen Bewegungen fallen nicht mit besonders starken Mobilisierungsphasen des attac-Spektrums zusammen, die eher zwischen 1999 und 2001 liegen – also zwischen dem gescheiterten WTO-Gipfel von Seattle und der G8-Tagung in Genua – sowie parallel zum Aufschwung der Weltsozialforen.

WENIGER BREIT ALS IN DEUTSCHLAND: DIE FRIEDENSBEWEGUNG

Die Friedens- und Antikriegsbewegung in der Phase nach den Attentaten vom 11. September 2001, die durch die US-Administration als willkommener Anlass zu einer neuen imperialistischen Kraftentfaltung vor allem im Nahen und Mittleren Osten genutzt wurden, blieb zahlenmäßig hinter jener in Deutschland zurück. Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen ist in Deutschland, neben dem linken und/oder humanistisch begründen Antimilitarismus, auch in Teilen der übrigen Bevölkerung eine Haltung verbreitet, die gegenüber Kriegen (noch) generell skeptisch ist – weil die Deutschen damit in ihrer jüngeren Nationalgeschichte schlechte Erfahrungen machten mussten.

In Frankreich, das einerseits 1944 durch das militärische Handeln der Résistance und der Alliierten befreit worden ist, das andererseits aber auch (im Gegensatz zu Deutschland) über eine ungebrochene Kolonialvergangenheit bis mindestens in die späten 1960er Jahre verfügt, wirkt dieser historische Einschnitt des „Schocks des verlorenen Krieges" nicht in vergleichbarer Weise. Daher lassen sich bürgerliche und konservative Teile der Bevölkerung für Antikriegsprotest, vor allem sofern er vorwiegend auf diffuse Angst begründet ist, nicht so leicht erreichen: Der Einsatz militärischer Mittel ist in breiten Kreisen durchaus nicht tabuisiert. Die Ablehnung von Kriegen des westlichen Militärbündnisses ist deshalb eher eine genuin linke Angelegenheit, die inhaltlich klarer ausgerichtet ist als die heterogene deutsche Friedensbewegung, aber auch nicht so viele Menschen zu Demonstrationen mobilisiert – obwohl der Irakkrieg 2003 von 75 bis 80 Prozent der französischen Bevölkerung klar abgelehnt wurde. In Frankreich blieben die allermeisten von denen zu Hause, die der Auffassung waren, Jacques Chirac (der den Feldzug im Irak ebenfalls ablehnte, im Gegensatz übrigens zu seinem möglichen bürgerlichen Nachfolger Nicolas Sarkozy, der eine starke Annäherung an die US-Administration Bush sucht) werde in dieser Frage schon die richtige Politik betreiben. Auf die Straße ging eher der harte Kern der Linken, der zum Teil dem Vorgehen Chiracs nicht traute und zum Teil neben dem US-Krieg im Irak auch etwa die französischen Militärinterventionen in Afrika anprangern wollte.

DIE KÄMPFE DER ILLEGALISIERTEN MIGRANTINNEN

In den zurückliegenden zehn Jahren haben die Kämpfe auch von illegalisierten, EinwanderInnen in Frankreich eine erhebliche Ausstrahlung auf die sonstigen sozialen Bewegungen und die politische Linke entwickelt. Von durchschlagendem Mobilisierungserfolg war vor allem die neue Sans-papiers-Bewegung, die im März 1996 mit der Besetzung der Kirche Saint-Ambroise im 11. Pariser Bezirk anfing. Der damals beginnende Kampf der „Illegalen" um ihre Interessen führte in der Öffentlichkeit zu einem Wechsel des (dominierenden) Vokabulars: Zuvor wurden illegalisierte Immigranten zumeist mit dem abwertenden Begriff *clandestins* (singemäß: „heimliche" Einwanderer, der Begriff wird auch für „blinde Passagiere" benutzt) bezeichnet. Er suggeriert in der öffentlichen Wahrnehmung, dass diese Leute das Tageslicht scheuen, weil sie etwas zu verbergen haben. Seit der Mobilisierung, die 1996 einsetzte, haben die Betreffenden – für alle sichtbar – „ein Gesicht" bekommen. Plötzlich wurde es vielen Französinnen und Franzosen und „legalen" MigrantInnen bewusst, dass die angeblichen *clandestins* keineswegs eine anonyme Masse im Schatten der Gesellschaft darstellen, sondern buchstäblich „mitten unter uns leben". Dadurch, dass sie nunmehr als handelnde Subjektive erschienen, wurde eine positive Identifizierung mit ihnen erstmals möglich. So änderte sich auch die Begrifflichkeit: In vielen Milieus wurden die Illegalisierten nun nicht länger als *clandestins* bezeichnet, sondern nur noch als *Sans papiers*, also als Leute „ohne Papiere", d.h. ohne gültige Aufenthaltstitel.

Bemerkenswert ist ferner, dass führende Gewerkschaften im Zuge der Sans-papiers-Mobilisierung ihre bisherigen Positionen zur Einwanderung revidierten. Der größte Gewerkschaftsdachverband, die postkommunistische CGT, hatte bis dahin ein Ende jeder Neuzuwanderung gefordert – da neue Zuwanderung die Interessen französischer ArbeiterInnen (oder auch des legal in Frankreich arbeitenden Einwanderers) auf dem Arbeitsmarkt gefährde und ihre Verhandlungsposition gegenüber den Unternehmen untergrabe. Ab dem Frühjahr 1996 änderte sich diese Position gründlich, CGT und KP wurden zu Unterstützerinnen der Sans-papiers-Bewegung und begannen, die Einwanderungsfrage nunmehr auch in der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit dem Postkolonialismus und den Weltwirtschaftsstrukturen zu diskutieren.

VON DEN GRENZEN DES AUFBRUCHS

LATEINAMERIKAS LINKE REGIERUNGEN UND IHRE MÖGLICHKEITEN

VON GERT EISENBÜRGER

In den 1980er und 1990er Jahren amtierten in Lateinamerika fast durchgängig neoliberale Regierungen. Sie setzten vor allem die Forderungen der internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank um. Das bedeutete: Sparhaushalte, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und weitgehende Zerstörung sozialer Sicherungssysteme. Dies hat sich heute geändert. In vielen Ländern sitzen Linke in der Regierung.

Durch die Privatisierung von Staatsunternehmen im Infrastrukturbereich gelang es den neoliberalen Regierungen kurzfristig die prekäre Lage der Staatshaushalte zu entlasten. Sie konnten aber keines der drängenden Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Kriminalität, Perspektivlosigkeit für die junge Generation, Altersarmut, Niedergang des Bildungs- und Gesundheitswesens, Deindustrialisierung, Verarmung der Mittelschichten usw. lösen.

Die neoliberale Politik veränderte die sozialen Beziehungen nachhaltig. Feste Lohnarbeitsverhältnisse wurden noch seltener, prekäre Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit oder Saisonarbeit die Regel. Dies schwächte die Gewerkschaften, da Streiks als Kampfmittel schwerer erfolgreich einzusetzen waren. Das bedeutete aber keinesfalls, dass es keinen Widerstand gegen die neoliberale Verarmungspolitik gegeben hätte. Zu den traditionellen Akteuren sozialer Kämpfe wie etwa Gewerkschaften kamen neue hinzu wie Landlosenbewegungen, indigene Vereinigungen, Stadtteilkomitees, Nachbarschaftsräte. Diese entwickelten auch alternative Aktionsformen wie Besetzungen, Straßenblockaden, Belagerungen öffentlicher Gebäude.

DAS SCHEITERN DES NEOLIBERALISMUS

Von der Unzufriedenheit profitierten auch linke Wahlalternativen. Die Linke war lange in der Defensive gewesen. Die Repression in der Phase der Militärdiktaturen, der Zusammenbruch des realen Sozialismus und die zeitweilige Hegemonie politischer Konzepte, die Individualisierung und Entstaatlichung proklamierten, hatten linke Politikansätze an den Rand gedrängt. Dazu kamen eigene Defizite, wie elitäre Avantgardeansprüche gegenüber den sozialen Bewegungen, fehlende Demokratie und machistische Strukturen. Deshalb und weil der Überlebenskampf kaum noch Zeit für politische Aktivitäten ließ, liefen viele Mitglieder weg. Die genannten Defizite sind heute keineswegs überwunden und die linken Bündnisse verfügen nicht annähernd über die Massenbasis, wie sie etwa die chilenische Unidad Popular in den frühen 1970er Jahren hatte.

Von den bei Wahlen antretenden Linksparteien erwarteten die sozialen Bewegungen, aber auch große Teile der Bevölkerungen eine Abkehr vom neoliberalen Modell: Seit 1999 kamen in sieben Ländern Lateinamerikas und der Karibik linke Bündnisse an die Macht: in Venezuela, Brasilien, Uruguay, Bolivien, Haiti, Nicaragua und Ecuador. Dazu kommen noch Mitte-Links-Regierungen in Argentinien und Chile, in denen es sowohl linke als auch eher konservative bzw. liberale Tendenzen gibt.

Der erste Wahlsieg der Linken gelang im Februar 1999 dem Ex-Militär Hugo Chávez in Venezuela. Das Land ist einer der wichtigsten Ölproduzenten weltweit, der staatliche Erdölkonzern PDVSA erwirtschaftet den größten Teil der Staatseinnahmen. Chávez lenkte diese Gelder, von denen bis dahin vor allem die Ober- und Mittelschichten profitiert hatten, teilweise in Sozial-, Gesundheits- und Bildungsprojekte für die arme Bevölkerung um. Seine Regierung verabschiedete ein Agrarreformgesetz, das es Landlosen ermöglicht, brachliegendes Land zu beanspruchen und dafür Eigentumstitel zu erhalten. Abgesehen von der Landreform hat die Regierung Chávez nicht in die Eigentumsverhältnisse eingegriffen.

Außenpolitisch fördert sie die lateinamerikanische Integration und greift die US-Politik an, gleichzeitig bleibt Venezuela neben Mexiko wichtigster Öllieferant der USA und erfüllt alle diesbezüglichen Verträge gewissenhaft. Die Regierung Chávez bezeichnet ihre eigene Politik als „bolivarianisch" bezugnehmend auf Simón Bolívar, den Führer der bürgerlich-antikolonialen Bewegung. Dessen Ziel war ein geeintes Südamerika, weil es nur so sich gegen die USA behaupten könne.

DER AUSNAHMEFALL VENEZUELA

Hugo Chávez hat verschiedene Initiativen ergriffen, um die Einheit und Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Län-

der voran zu bringen. Dazu gehört etwa Petrocaribe, das den karibischen Staaten günstige Öllieferungen und Kredite anbietet. Der spanischsprachige Fernsehkanal Telesur, an dem neben Venezuela auch Argentinien, Cuba und Uruguay beteiligt sind, soll die Vorherrschaft von CNN in Lateinamerika brechen. Wichtigstes lateinamerikanisches Integrationsprojekt ist aber die Bolivarianische Alternative für die Amerikas (ALBA). Sie steht in Konkurrenz zu der von George W. Bush angestrebten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA.
Das erste konkrete Ergebnis von ALBA ist der am 28. und 29. April 2006 in Havanna unterzeichnete Handelsvertrag zwischen Bolivien, Cuba und Venezuela. Auch wenn möglicherweise noch einige weitere Länder ALBA beitreten werden, wird es kaum das Integrationsprojekt für Lateinamerika werden, weil die wichtigsten regionalen Mächte Argentinien und Brasilien sich nicht in ein von Venezuela initiiertes Vorhaben integrieren werden.
Zur lateinamerikanischen Alternative zum inzwischen faktisch gescheiterten US-Projekt ALCA dürfte sich eher der Mercosur entwickeln, dem ursprünglich Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehörten. Trotz aller ALBA-Rhetorik sind im vergangenen Jahr auch Bolivien und Venezuela dem Mercosur beigetreten, die Regierungen Chiles und Ecuadors nahmen an der letzten Mercosur-Konferenz als Beobachterinnen teil.

IM NETZ DER WIDERSPRÜCHE

Bedeuten die linken Regierungen nun tatsächlich eine Abkehr vom Neoliberalismus und eine neue Politik für Lateinamerika? Die ersten Erfahrungen geben keinesfalls Anlass für allzu großen Optimismus. In Brasilien und Uruguay sind die bisherigen Ergebnisse eher enttäuschend, in Venezuela und Bolivien gibt es dagegen sehr konkrete Fortschritte. Dabei muss man im Falle Venezuelas die Ölpreisentwicklung berücksichtigen, die der Regierung Chávez weitgehende wirtschaftliche Möglichkeiten in die Hand gibt. Insofern ist Venezuela kein „Modell", weil andere Länder diese Ölmilliarden schlicht nicht haben.
Die Spielräume der linken Regierungen werden oft maßlos überschätzt. Zwar hat keine die neoliberale Politik ihrer Vorgängerinnen umstandslos fortgeführt. Es wurde nicht weiter privatisiert, in einigen Fällen wurden Privatisierungen sogar rückgängig gemacht. Bei der Agrarreform in Venezuela wurde in sehr bescheidenem Umfang brachliegendes Land von GroßgrundbesitzerInnen enteignet und an Landlose oder Kleinbauern und -bäuerinnen übergeben. Ähnliches wird auch in Bolivien geschehen.
Aber weitergehende Umverteilungen und Eingriffe in Eigentumsverhältnisse hat es nicht gegeben und wird es wohl in absehbarer Zeit auch nicht geben. Nicht einmal die Einführung einer progressiven Besteuerung von Einkommen, die in den Programmen linker Bewegungen, wie etwa der Frente Amplio in Uruguay, gefordert wird, konnte bislang durchgesetzt werden. Steuern werden weiterhin fast ausschließlich auf Konsum, d.h. über Mehrwertsteuern, und nicht auf Einkommen erhoben.
Die ökonomischen Handlungsspielräume der linken Regierungen sind begrenzt. Sie können die langfristigen Verträge ihrer Vorgängerinnen mit internationalen Unternehmen und Banken nicht einfach rückgängig machen, weil sie dann vor Institutionen wie der WTO oder internationalen Gerichten verklagt und regresspflichtig gemacht würden. Sie sitzen – mit Ausnahme Venezuelas – weiterhin in der Schuldenfalle. Jedes Quartal werden Zinszahlungen fällig, Gelder, die dringend für Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur benötigt würden.
Selbst das arme, völlig ausgeblutete Haiti, wo 60% der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen, hat 2005 allein 22,9% seines Staatshaushalts für den Schuldendienst aufbringen müssen. Täglich sterben dort Menschen, weil das Geld, das für ihr Essen oder ihre Medikamente gebraucht würde, an internationale Banken fließt. Welchen Spielraum hat unter diesen Bedingungen die neue Linksregierung unter René Préval, wenn dazu noch ausländische Truppen im Land stehen?

DIE ANGST VOR DER RECHTEN

Der Sturz der Regierung von Salvador Allende 1973 in Chile oder auch der Putsch gegen Chávez 2002 in Venezuela haben gezeigt, dass Lateinamerikas Eliten nicht bereit sind, politische Veränderungen hinzunehmen, die ihren Interessen zuwiderlaufen. Sie scheren sich dann nicht um demokratische Wahlen, sondern versuchen, solche Regierungen mit Gewalt zu stürzen – oft mit Unterstützung der jeweiligen US-Regierungen. In Chile hatten sie damit 1973 Erfolg, in Venezuela sind sie 2002 gescheitert. Um solche Polarisierungen zu verhindern, versuchen manche linke Regierungen, etwa in Brasilien und Uruguay, alles zu vermeiden, was die Rechten verärgern könnte.
Die Länder Lateinamerikas sind in den Weltmarkt integriert und von ihm abhängig – z.T. auch Cuba. Aber zumindest können die linken Regierungen den Ausverkauf ihrer natürlichen (Rohstoffe) und gesellschaftlichen (öffentliche Unternehmen) Reichtümer stoppen und versuchen, bessere Bedingungen bei der Vermarktung ihrer Ressourcen durchzusetzen. Hierfür sind die Vorrausetzungen heute günstiger als noch vor zehn Jahren, weil die Preise für viele Rohstoffe wegen der wachsenden Nachfrage Chinas und anderer asiatischer Ökonomien steigen.
Damit fortschrittliche Regierungen diese Gewinne für ihre Projekte einsetzen können, müssen sie erst einmal an sie herankommen, denn bislang profitieren vor allem internationale Förderunternehmen von den steigenden Preisen. Die neue bolivianische Regierung unter Evo Morales hat mit ihrer Nationalisierungsankündigung vorgemacht, wie es geht, Konzerne zu Verhandlungen über bessere Vertragsbedingungen für die Produzentenländer zu zwingen.

ZÄHMUNGS-VERSUCHE

SÜDKOREAS GEWERKSCHAFTSBEWEGUNGEN VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

VON RAINER WERNING

Vor dem Hintergrund des Korea-Krieges (1950-53) und des Kalten Krieges entwickelte sich Südkorea zum antikommunistischen „Frontstaat" und zu einem „Schaufenster des Westens". Unter der Kuratel verschiedener Militärdiktaturen erlebte das Land – im Vergleich zu Westeuropa und Japan – eine kapitalistische Entwicklung im Zeitraffer. Lange Zeit verboten, entstand mit den Olympischen Spielen von 1988 eine unabhängige und kämpferische Gewerkschaftsbewegung. Angesichts der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostasien steht diese heute vor neuen Herausforderungen.

Noch in den 1950er Jahren war Südkorea extrem arm. Mittlerweile beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen über 20.000 US-Dollar. Seit Dezember 1996 ist das Land als zweiter asiatischer Staat (nach Japan) Mitglied im Club der Reichen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Verschiedene Faktoren ermöglichten diese Entwicklung: Ein extrem billiges Arbeitskräftereservoir, das sich aus verarmten Bauern rekrutierte; eine extensive Ausbeutung der Beschäftigten mit regelmäßigen Arbeitszeiten von 55 Stunden pro Woche; fehlende Arbeits- und Sozialgesetze; die z.T. militärische Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung sowie die massive finanzielle Unterstützung aus den USA und Japan.

Hinzu kam eine enge Verzahnung von Staat und Kapital. Der Präsident und sein Team aus TechnokratInnen entschieden über den Auf- und Ausbau „strategischer Industrien". Im Sog einer protektionistischen Politik und einer rigiden Konzentration und Zentralisierung staatlicher Instanzen entstanden die für Südkorea typischen mächtigen Wirtschafts- und Finanzkonglomerate, die sogenannten chaebol. Das „Wachstumsmodell Südkorea" widersprach damit fundamental den Lehr- und Glaubenssätzen neoliberaler ManagerInnen. Ein ausgeklügeltes, hierarchisch gegliedertes System von Zulieferbetrieben und die Weitergabe von Konkurrenzdruck bis hinunter zu den ArbeiterInnen in marginalen Bereichen (später einschließlich ausländischer Arbeitskräfte aus China, den Philippinen, Bangladesch, Nepal, Pakistan, Burma und Sri Lanka) sorgten für das in den Augen der Militärclique reibungslose Funktionieren dieses „Modells".

AUFBRUCHSTIMMUNG SEIT 1987

Dies änderte sich seit 1987. Ein Jahr vor den Olympischen Sommerspielen in der Metropole Seoul erlebte das Land eine beispiellose Welle von Protestmärschen und Demonstrationen, auf denen nunmehr auch die städtischen Mittelschichten ihren Unmut über das Regime zum Ausdruck brachten. Wurden zuvor jährlich etwa 200 Arbeiteraufstände registriert, waren es danach weit über tausend pro Jahr. Nach mehrjähriger Arbeit im Untergrund konstituierte sich schließlich im November 1995 der demokratische Dachverband der Koreanischen Konföderation der Gewerkschaften (KCTU) als Gegengewicht zur regierungstreuen Föderation Koreanischer Gewerkschaften (FKTU).

Bereits zwei Jahre später erfasste Südkorea eine tief greifende Wirtschafts- und Finanzkrise („Asienkrise"), für deren Bewältigung der IWF ein 57 Mrd. US-Dollar schweres Hilfspaket schnürte. Im Gegenzug musste sich die Regierung Kim Dae-Jungs (1998-2003), des neuen Präsidenten und einstigen Regimegegners, zur „Reformierung" des Finanz- und Bankensektors, zur Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr, zur Entflechtung der chaebol sowie zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verpflichten. Folgen dieser Maßnahmen: Die Arbeitslosigkeit, früher eine zu vernachlässigende Größe, bewegt sich gegenwärtig auf die Zehn-Prozent-Marke zu, 15 Prozent der Bevölkerung leben bereits wieder unterhalb der Armutsgrenze.

UMSTRITTENES FREIHANDELSABKOMMEN

Zentrale Themen der KCTU und anderer oppositioneller Organisationen sind seit Monaten die Einschränkung von Arbeiterrechten, die Inhaftierung von GewerkschafterInnen

und die Ablehnung des – vergleichbar dem bereits zwischen Kanada, den USA und Mexiko bestehenden Freihandelsabkommen NAFTA – geplanten Freihandelsabkommen mit den USA KORUS FTA. Die KCTU befürchtet wie in den NAFTA-Ländern den Abbau von Sozialleistungen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Sie lehnt deshalb das Abkommen ab: „Wir wollen keine andere NAFTA! Wir wollen ein Recht auf angemessene Ernährung, Gesundheit, Ausbildung und den Zugang zu öffentlichen Leistungen! Wir wollen selbst die Kontrolle über unsere Umwelt und natürlichen Ressourcen wahren! Wir wollen menschenwürdig arbeiten und keine irregulären und prekären Teilzeitjobs!" Solche und ähnliche Forderungen haben südkoreanische GewerkschaftsvertreterInnen, Bauernvereinigungen und Mitglieder der mittlerweile vitalen NGO-Szene auch und gerade auf zahlreichen internationalen und regionalen Sozialforen und Anti-WTO-Veranstaltungen vertreten, wo sie häufig mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam machten.

Prekär ist auch die Lage ausländischer Arbeitskräfte vorrangig aus China, den Philippinen, Bangladesh, Nepal und anderen südasiatischen Ländern. Schätzungsweise 200.000 solcher Arbeitskräfte, von denen der Löwenanteil in keinem regulären Arbeitsverhältnis steht, verrichten Jobs, die im Lande die 3-D-jobs genannt werden – „dirty, difficult und dangerous" – „schmutzig, schwierig und gefährlich". Wenngleich die südkoreanische Regierung ausdrücklich solche Firmen unterstützt, die statt dieser „GastarbeiterInnen" koreanisches Personal einstellen, sind solche Maßnahmen verpufft. Einerseits sind diese Jobs unter KoreanerInnen verpönt, andererseits tun sich die südkoreanischen Gewerkschaften schwer damit, selbst innerhalb ihrer eigenen Reihen Vorurteile gegenüber den ausländischen ArbeiterInnen abzubauen und rassistische Tendenzen zu überwinden.

Wenngleich sich ausländische Arbeitskräfte in eigenen Gewerkschaften organisieren, ist ihr Aktionsradius äußerst begrenzt. Ihre Mitglieder bilden den „Bodensatz" einer konfuzianisch geprägten, straff hierarchisierten Gesellschaft, deren Großunternehmen nicht nur in Ostasien, sondern auch international zu global players avanciert sind, und deren Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen im Lande selbst vor großen Herausforderungen stehen.

CHINA IM VISIER

Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Rückgang des russischen Einflusses in Nordostasien hat die VR China auf der koreanischen Halbinsel verstärkt Flagge gezeigt. Beijing verfolgt seit dieser Zeit eine aktive Zwei-Korea-Politik. Es wahrte nicht nur seine – seit dem Koreakrieg – engen Kontakte mit Nordkorea, sondern knüpfte auch nach Jahrzehnten der Feindschaft mit Südkorea im August 1992 diplomatische Beziehungen mit Seoul. Eineinhalb Jahrzehnte später gestaltet sich das chinesisch-südkoreanische Verhältnis im Rahmen der politischen, militärischen und sozialen Zusammenarbeit sehr eng. Vor allem hinsichtlich der nordkoreanischen Nuklearpolitik bevorzugen Beijing und Seoul – im Gegensatz zu Washington und Tokio – diplomatische Lösungen beziehungsweise Verhandlungen, befürworten beide eine atomwaffenfreie Halbinsel und drängen Nordkorea seinerseits zu wirtschaftlichen Reformen als Vorstufe zu einer späteren Integration.

Mittlerweile beträgt das chinesisch-südkoreanische Handelsvolumen etwa 30 Mrd. US-Dollar pro Jahr, gleichzeitig stiegen Südkoreas Direktinvestitionen in China. Beide Länder orientieren sich an den Normen und Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), wobei südkoreanische Unternehmen zunächst die niedrigen Lohnkosten in China nutzten. Doch seit der so genannten Asienkrise (1997) setzen sie verstärkt darauf, den chinesischen Markt für ihre Produkte zu erschließen. Die VR China wird zunehmend zu einem bedeutsamen Absatz- und Exportmarkt für Südkorea. Der Vorstandschef der LG Chemical beispielsweise prognostizierte, sein Unternehmen werde in wenigen Jahren die Hälfte seines Absatzes in China erzielen. Außerdem sind Konzerne wie Samsung und LG seit den späten 1990er Jahren mit luxuriösen, schwer zu kopierenden Elektronikprodukten und Mobiltelefonen erfolgreich.

RÜCKSCHLAGE NICHT AUSGESCHLOSSEN

Wenngleich die südkoreanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen seit 1987, dem Beginn der Demokratisierungsbewegung, im Bereich der Arbeits- und Sozialgesetzgebung Erfolge aufweisen, sind diese längst nicht konsolidiert. Die Gesellschaft Südkoreas bleibt tief gespalten in Fragen der „nationalen Sicherheit" und im „Wettstreit der Globalisierung". Vor allem die ältere (Kriegs-)Generation setzt auf einen starken Staat, der im Innern „Unruhen und Widerstand" erstickt und nach außen hin, vor allem im Umgang mit dem kommunistischen Norden, eine härtere Gangart einschlägt. Demgegenüber verfolgt Seoul seit Jahren eine „Sonnenscheinpolitik" vis-à-vis Pjöngjang. Dieser Kurs kann sich bereits Ende dieses Jahres umkehren, wenn ein neuer Präsident gewählt wird.

Die Siegchancen der stockkonservativen Opposition (dazu zählt auch die Tochter des langjährigen Militärdiktators Park Chung-Hee) stehen nicht schlecht. Für weitere demokratische Reformen bestünden dann stark eingeschränkte Handlungsspielräume, ein Konfrontationskurs gegenüber Nordkorea würde reaktiviert werden. Außenpolitisch würde sich eine solche Regierung auch wieder enger an die „Schutzmacht" und an das (wegen seiner Kolonialzeit) mit Hassliebe bedachte Japan anlehnen, was eine dauerhafte Friedensregelung auf der koreanischen Halbinsel erschweren würde. Schließlich tritt die VR China im Rahmen der von Beijing ausgerichteten Sechser-Gespräche (an denen neben der Gastgeberin die USA, Russland, Japan und die beiden Korea teilnehmen) als Mediator auf, um die Debatte um Nordkoreas Atompolitik zu entschärfen.

LITERATUR:

Korea International Labor Foundation: Handbook of the Social Agreement and New Labor Laws of Korea. Seoul 1998

Mark Böschen: *Chinas Annäherung an Südkorea – Machtpolitik oder Sicherheitskooperation?* Hamburg 2004.

Hyondik Choe/Lutz Drescher/Rainer Werning (Hg.): *Korea – Entfremdung und Annäherung.* Köln 2007

HOLY DAMN IT

50.000 PLAKATE GEGEN G8
VON DER DRINGLICHKEIT RADIKALER ANTWORTEN

Das internationale Kunstprojekt HOLY DAMN IT ist eine künstlerische Intervention im Prozess der politischen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Alternativen. Im Rahmen der Protest- und Widerstandsbewegungen gegen das Treffen der G8-Staaten in Heiligendamm haben zehn KünstlerInnen und Künstlerkollektive aus vier Kontinenten jeweils ein Plakat (Original in Farbe) gestaltet.

Reihenfolge 1-10 der Abbildungen auf den folgenden Seiten: bankleer (Deutschland/10) open circle (Indien/9) Mansour Ciss/Laboratoire Déberlinisation (Senegal/6) Markus Dorfmüller (Deutschland/1 > Plakat um 90°gedreht) Petra Gerschner (Deutschland/2) Marina Grzinic (Slowenien/8) Ibrahim Mozain/ artist without walls (Israel/Palästina/4) Oliver Ressler (Österreich/7) Walter Seidl (Österreich/5) Allan Sekula (USA/3)

Die künstlerischen Beiträge setzen sich mit den herrschenden Verhältnissen sowie den aktuellen Fragestellungen und Diskursen der sozialen Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung auseinander: Mit Privatisierung, Verwertung und Ausbeutung von Menschen und Ressourcen, Krieg, Folter und einer eskalierenden Militarisierung nach innen und außen als globalem Dauerausnahmezustand genauso wie mit sexistischer Gewalt und patriarchalen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen; aber auch mit der Macht der globalen Bildproduktion des Kapitalismus und der Entwicklung von Vorstellungen einer emanzipativen und solidarischen Kultur und Gesellschaft.

Jedes der zehn Plakatmotive wird in einer Auflage von 5.000 Exemplaren im Format A2 vierfarbig gedruckt und verbreitet. Die Plakate werden in mehreren Ländern auf verschiedenen Bündnistreffen für die Mobilisierung zu den Gipfelprotesten kostenlos zum Plakatieren zur Verfügung gestellt.

Holy Damn It versteht sich insofern auch als Start für ein längerfristig angelegtes Projekt der Kommunikation und des Erfahrungsaustausches zwischen künstlerischer Produktion und Intervention und zwischen verschiedenen Perspektiven des Blicks auf den Zustand der Welt.

Plakate sind nicht an bestimmte Präsentationsorte gebunden. Sie können an den unterschiedlichsten Stellen auftauchen, den gesellschaftlichen Mainstream konterkarieren und den öffentlichen Raum zum Handlungs- und Reflexionsort machen.

Auf der Webseite des Kunstprojekts sind alle Motive der Plakatserie in Farbe abgebildet, mit kurzen Infos zum Projekt, den beteiligten KünstlerInnen, Hintergrundtexten und Infos zur Mobilisierung – wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Webseiten der Anti-G8-Mobilisierung einen Link zum Kunstprojekt www.holy-damn-it.org einrichten, auf die wir ebenfalls mit einem Link verweisen.

In vielen Städten finden ab Ende April 2007 Ausstellungen, Präsentationen und Veranstaltungen zum Plakatprojekt statt – in politischen Kulturinstitutionen und an Kunstorten, die Schnittstellen zwischen Kunst und Politik bilden. Dort liegen die Plakate zum Mitnehmen kostenlos aus und können einfach abgeholt werden.

Für die massenhafte Verbreitung können die Plakate auch bestellt werden unter: info@holy-damn-it.org

In einer Auflage von 200 Exemplaren wird es eine von den KünstlerInnen signierte Edition mit allen zehn Plakaten geben, die bei den Präsentationen gekauft werden kann. Der Erlös soll für die Unterstützung von Opfern polizeilicher Gewalt und Willkür bei den Gipfelprotesten verwendet werden.

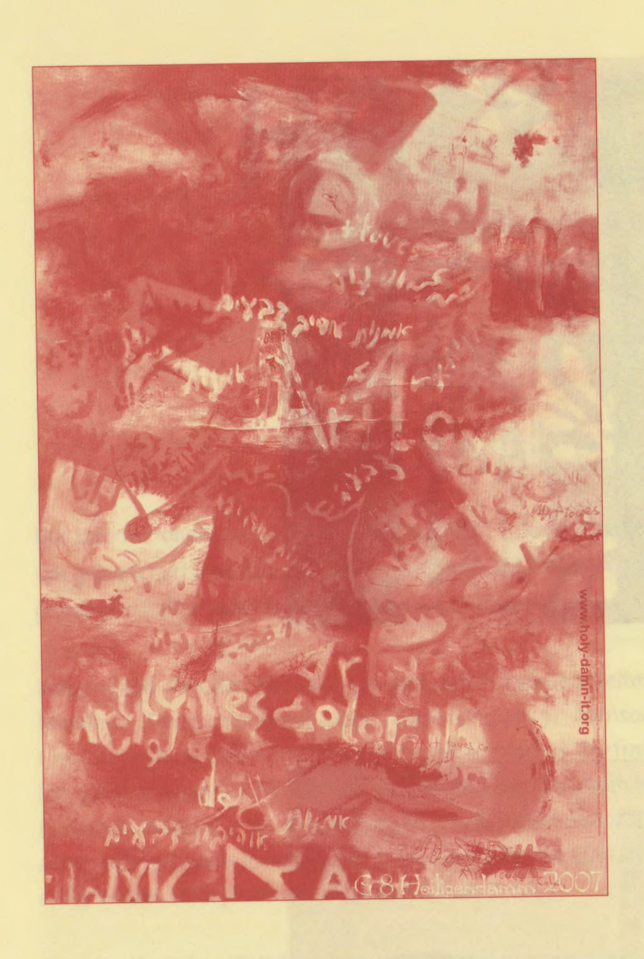
AUSSTELLUNGS-, PRÄSENTATIONS- UND VERANSTALTUNGSORTE: Berlin, 26. April, 19.30h, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Veranstaltung und Opening der Ausstellung, bis 13. Mai/ Graz, ab 28. April im Forum Stadtpark/Bern, ab 5. Mai im Kulturzentrum Reitschule/Zürich, ab 11. Mai in der Shedhalle/ Kiel, 17. April bis 9. Juni Ausstellung „Ohnmacht" in der Muthesius Kunsthochschule; Maschinenhaus, 18. Mai 20h Präsentation in der Pumpe im Rahmen des G8 warm-up-festivals/Hamburg, 21. Mai 19h Präsentation in der Roten Flora/Rostock, 24. Mai bis 9. Juni Projekt art goes heiligendamm/ Düsseldorf, ab 20. April, Linkes Zentrum Hinterhof/München, Akademie der Bildenden Künste /Wien Fluc

Für die Unterstützung des Projekts holy damn it danken wir: NGBK/Berlin, Stiftung do, InSight e.V., Stiftung Umverteilen, Forum Stadtpark Graz, medico international, feld für kunst/ hamburg, fluc/Wien


G8 heiligendamm 2007
www.holy-damn-it.org
Erzähl mir nichts...
Erzähl mir nichts von Matisse . . .
dem europäischen Stil von 1900, der Tradition des Ateliers
in dem die nackte Frau für immer auf einem Tuch aus Blut liegt
Erzähl mir von der Kultur allgemein –
wie die Mörder unterstützt wurden
von der Schönheit, den Wilden geraubt: in unsere abgelegenen Dörfer
kamen die Maler, und unsere weißgetünchten
Lehmhütten wurden von Gewehrfeuer durchlöchert.
Lakdasa Wikkramasinha 1941 – 1978


history is a work in process
G8 heiligendamm 2007 www.holy-damn-it.org


alle
Menschen
werden Schwestern







JENE POLITIKBERATER, SICHERHEITSBEAMTE, ÜBERSETZERINNEN UND MITARBEITERINNEN DER CATERINGUNTERNEHMEN, DIE WÄHREND DES G8-GIPFELS NICHT IN DER SICHERHEITSZONE UM HEILIGENDAMM, SONDERN IN DEN UMLIEGENDEN ORTEN, ÜBERNACHTEN WERDEN, KÖNNEN DURCH

BLOCKADEN

GEHINDERT WERDEN, HEILIGENDAMM ZU ERREICHEN.

G8

FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG DER GESELLSCHAFT, SOZIALE SICHERHEIT, DIE ABWICKLUNG DES KAPITALISMUS UND SCHAFFUNG VON FREIRÄUMEN

G8 HEILIGENDAMM 2007
WWW.HOLY-DAMN-IT.ORG

FLUGHAFEN ROSTOCK-LAAGE

GET RID OF THE G8 SHIT, UNITED!

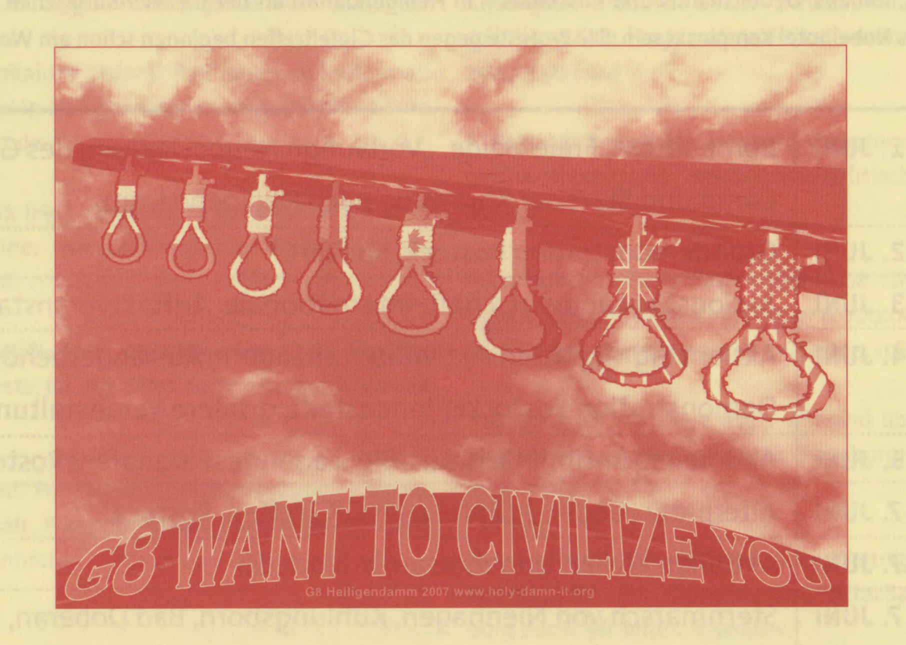
BEWEGEN.
Move.

BLOCKIEREN.
Block.

BLEIBEN.
Remain.

G 8 Heiligendamm 2007

Concept: Marina Gržinić; realized in collaboration with Zvonka Simčič, Ljubljana
www.holy-damn-it.org





AKTIONSFAHRPLAN HEILIGENDAMM 2007

Vom 6.-8. Juni 2007 findet der G8-Gipfel – das Treffen der Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Russlands – in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste statt. Tagungsort soll das Nobelhotel Kempinski sein. Die Proteste gegen das Gipfeltreffen beginnen schon am Wochenende zuvor.

Tag	Datum	Aktion
FR.	1. JUNI	Bombodrom, Freie Heide, „Vorläufige Neubesiedlung des Geländes"; Camp und Start der Karawane nach Heiligendamm.
SA.	2. JUNI	Großdemonstration Rostock, Konzert
SO.	3. JUNI	Aktionstag Landwirtschaft; Internationale Auftaktveranstaltung
MO.	4. JUNI	Aktionstag Migration: Aktivitäten an Lagern, Ausländerbehörden, etc.; Demonstration Rostocker Innenstadt, größere Veranstaltung
DI.	5. JUNI	Aktionstag Antimilitarismus: Blockaden des Flughafens Rostock-Laage
DI.-DO.	5. -7. JUNI	Alternativ (Gegen-) Gipfel zum G8-Treffen, Rostock
MI.-DO.	6.-7. JUNI	Aktionen Zivilen Ungehorsams/ Block G8
DO.	7. JUNI	Sternmarsch von Nienhagen, Kühlungsborn, Bad Doberan, Kröpelin nach Heiligendamm
DO.	7. JUNI	„Music and Message" – Konzert mit Grönemeyer u.a

Außerdem angekündigt sind Camps, Fahrradkarawanen, Samba-Bands, Clowns Army, Großpuppenaktionen, Aktionen kirchlicher Gruppen, Gottesdienste, UN-Milleniumskampagne, Sonderzüge etc. etc.

BÜROS:

▸ Glocal Office Berlin: Bethanien Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin, Telefon: 030/ 40985406, täglich 14-17 Uhr, montags bis 19 Uhr.

▸ Zentrales Anti-G8-Büro in der ehemaligen Regionalen Schule Ehm Welk, Knut-Rasmussen-Straße 8, 18106 Rostock-Evershagen.

MUSIK:

Mobilization sampler: Avanti, Fire and Flames und Lucha Amada haben eine Musik-CD gegen G8 zusammengestellt. Bestellt werden kann sie unter: www.fireandflames.com

VERANSTALTUNGEN:

Ständig aktualisierter Kalender mit Terminen von Veranstaltungen, Treffen, Seminaren u.a. findet sich hier: www.friedenskooperative.de/g8_2007.htm

BÜCHER/BROSCHÜREN/ZEITSCHRIFTEN:

▸ attac-Projektgruppe G8 (Hg.): Globalisierung geht ganz anders! Kritik und Alternativen zur Politik der G8. Bestellungen an attac Deutschland, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt oder online: www.attac.de/heiligendamm07/infos/G8-Reader-Online-eBook.pdf

▸ Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft (Hg.): Widerstand ist fruchtbar. Analysen und Perspektiven für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft. 2,50 Euro. www.g8-landwirtschaft.net

▸ Avanti: Make capitalism history! Positionen und Informationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Schutzgebühr: 2 Euro. www.avanti-projekt.de

▸ dissent!-Netzwerk (Hg.): Einblicke in das Innenleben einer Mobilisierung. Online: www.gipfelsoli.org/Media+Tools/dissent_broschuere.pdf.

▸ INKOTA Brief: Der G8-Gipfel in Heiligendamm: Die Themen, die Kritik, die Proteste. Nr. 139, März 2007. 3,50 Euro. www.inkota.de

▸ Initiative Libertad: Folterwelten. Militarisierung – Repression – Weltwirtschaft. Kampagnenvorschlag gegen G8-2007. www.libertad.de/antifolter

▸ Informationsstelle Militarisierung/attac (Hg.): Globalisierung und Krieg. Antimilitaristische Positionen zum Gipfel in Heiligendamm. www.imi-online.de

▸ Informationszentrum 3. Welt (iz3w): Die Macht der Acht – G8 und internationale Herrschaft. iz3w Nr. 299, Februar/März 2007. 5,30 Euro

▸ LOTTA - antifaschistische Zeitung für NRW: Schwerpunkt: Krisengewinnler. Mit einem „Antikapitalismus von Rechts" soll die soziale Frage nationalisiert werden. Nr. 26, Frühjahr 2007. 3,50 Euro

▸ Politisch Reisen Mecklenburg-Vorpommern, online: www.gipfelsoli.org/rcms_repos/Texte/Politischer_Reisefuehrer_MV.pdf

▸ Christine Buchholz/Katja Kipping: G8: Gipfel der Ungerechtigkeit. Wie acht Regierungen über 6.000.000.000 Menschen bestimmen. Hamburg 2006, 176 Seiten, 11,80 Euro.

▸ Notes from Nowhere (Hg.): Wir sind überall. weltweit.unwiderstehlich.antikapitalistisch. Hamburg 2007, 550 Seiten, 19,90 Euro.

▸ Peter Wahl: G8: PR-Show oder Weltregierung? Weltwirtschaftsgipfel und Globalisierung. AttacBasisTexte 21. Hamburg 2006, 96 Seiten, 6,50 Euro.

LINKS:

▸ **Aktionskonferenz Rostock:** An den Konferenzen nahmen bislang mehr als 450 AktivistInnen aus unterschiedlichsten Spektren von Umwelt- und Friedensinitiativen bis zur radikalen Linken teil. Auf der Seite www.heiligendamm2007.de sind Ergebnisse, Protokolle und Termine zu finden.

▸ **attac:** Die Sonderseite zu Heiligendamm 2007 enthält Diskussionen und Planungen von attac und lokalen Gruppen: www.attac.de/heiligendamm07

▸ **Dissent! Network:** Neben http://dissentnetzwerk.org/ und www.g8-aktionen.de.vu (hier findet sich eine Sammlung von Aktionsideen) bietet vor allem www.gipfelsoli.org eine Fülle von Informationen, Termine und Texte zur G8-Mobilisierung.

▸ **Interventionistische Linke:** Die „Mobilisierungsseite gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm" hält auch die Texte der IL-Kampagnenzeitung G8xtra bereit: www.g8-2007.de

▸ **Nichtregierungsorganisationen:** Auf der Seite www.g8-germany.info stellen verschiedene NGOs ihre Vorhaben für Juni 2007 vor.

▸ **Revolutionäres Bündnis:** Im Anti-G8-Bündnis für eine revolutionäre Perspektive sind verschiedene autonom-kommunistische Gruppen zusammengeschlossen: http://antig8.tk

▸ Hintergrundinformationen zu verschiedenen Facetten des G8-Prozesses und Informationen über den Stand des Anti-G8-Protestes sind zu finden auf einer Themensonderseite von ak – analyse & kritik: www.akweb.de/themen/daten.htm

ÜBER DIE AUTORINNEN

SABAH ALNASSERI ist Professor für Middle East Politics an der York University in Toronto. Zuletzt erschienen von ihm Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum. Münster 2004 und als Herausgeber: Politik jenseits der Kreuzzüge. Zur aktuellen politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten. Münster 2004.

EMILIANA ARMANO lebt in Turin und ist Doktorandin der Arbeitswissenschaften an der Università Statale di Milano. Forschungen über die Taylorisierung der intellektuellen Arbeit und über prekäre Arbeit, Mitarbeit in der Gruppe zu militanter, soziologischer Untersuchung Romano Alquatis, Aktivistin der No-global- und Antikriegsbewegung.

MARTIN BECK ist Redakteur bei ak – analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Diverse Buchbeiträge zum Thema Innere Sicherheit.

HENNING BÖKE letzte Buchveröffentlichung: Maoismus. Eine Einführung. Stuttgart 2007.

Der **BUKO ARBEITSSCHWERPUNKT WELTWIRTSCHAFT** beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Fragen der Globalisierung. Zum G8-Gipfel in Köln 1999 veröffentlichter er die Broschüre kölngehen. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus.

Die **BUKO-KAMPAGNE GEGEN BIOPIRATERIE** kritisiert die zunehmende Privatisierung von Heil- und Nutzpflanzen zugunsten der Konzerne sowie die Enteignung von kollektivem Wissen. 2005 erschien im Trotzdem-Verlag ihr Buch Grüne Beute. Biopiraterie und Widerstand. Argumente – Hintergründe – Aktionen. Grafenau 2005.

MIKE DAVIS engagierte sich in den 1960er Jahren in der Gewerkschaftsbewegung und gegen den Vietnamkrieg, war Mitherausgeber der New Left Review und arbeitet heute als Stadtsoziologe in San Diego (USA). Jüngste Buchveröffentlichung: Planet der Slums. Berlin 2007.

FRANK DEPPE ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaften an der Philipps-Universität in Marburg. Jüngste Veröffentlichung: Politisches Denken im Kalten Krieg. Band 3 der Reihe Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme. Hamburg 2006.

EMMA DOWLING promoviert an der University of London (Birkbeck College) in Politikwissenschaften und ist bei London No Borders aktiv. Jüngste Veröffentlichung: Emma Dowling/Rodrigo Nunes/Ben Trott (Hg.): Immaterial and Affective Labour: Explored. In: Ephemera: theory and politics in organisation, Vol. 7, Nr. 1, April 2007.

GERT EISENBÜRGER ist Redakteur der ila, einer in Bonn erscheinenden Monatszeitschrift zu Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas (www.ila-web.de).

ROLF ENGELKE ist Historiker und arbeitet mit im Arbeitskreis Umwelt, Wiesbaden. Jüngste Buchveröffentlichung: Engelke, Rolf/Klein, Thomas/Wilk, Michael (Hg.): Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus. Grafenau 2005

MARKUS EUSKIRCHEN ist freier Journalist, Online-Redakteur und Filmemacher. Jüngste Buchveröffentlichung: Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments. Köln 2005.

JOSEF MOE HIERLMEIER ist Redakteur von Fantômas – Magazin für linke Debatte und Praxis und aktiv in der BUKO sowie im Sozialforum Nürnberg. 2006 erschien in aktualisierter Auflage: Internationalismus – Eine Einführung in seine Ideengeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006.

WOLFGANG KALECK ist Rechtsanwalt in Berlin, Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein und Sprecher der Koalition gegen Straflosigkeit in Argentinien.

GERHARD KLAS ist Mitglied im Kollektiv des Rheinischen JournalistInnenbüros in Köln. Seit 1996 veröffentlicht er in Zeitungen, Fachzeitschriften und Hörfunk über die Globalisierung, ihre KritikerInnen und Gegenbewegungen in Europa und der Dritten Welt. Jüngste Buchveröffentlichung: Zwischen Verzweiflung und Widerstand. Indische Stimmen gegen die Globalisierung. Hamburg 2006.

HENRIK LEBUHN, Studium der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts in Hamburg, Mexico City, Berlin und Berkeley, ist Redaktionsmitglied der PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft und Lehrbeauftragter für Urban Studies am San Francisco Art Institute.

HENNING MELBER ist Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute in Uppsala/Schweden. Von 1992 bis 2000 leitete er die Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) in Windhoek. Er ist seit 1974 Mitglied der SWAPO.

TONI NEGRI, JUDITH REVEL UND MICHELE SARDI sind PhilosophInnen und RedakteurInnen der Zeitschrift POSSE. Sie leben in Rom und Paris.

GISELA NEUNHÖFFER ist internationale Gewerkschaftskoordinatorin. Sie lebt in Moskau und Berlin.

SABINE NUSS ist wissenschaftliche Referentin für politische Bildung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteurin der PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jüngste Buchveröffentlichung: Copyriot & Copyright: Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Münster 2006.

GENE RAY lebt in Berlin und arbeitet zu Kritischer Kunsttheorie, Kapitalismuskritik und Sozialen Bewegungen. Er arbeitet als Kurator und freier Autor und unterrichtet an verschiedenen Universitäten in den USA.

BERNHARD SCHMID, Jurist, lebt seit 1995 in Frankreich; regelmäßiger Autor linker Zeitungen, u.a. von Jungle World und ak – analyse & kritik. Jüngste Buchveröffentlichung: Der Krieg und die Kritiker. Die Realität im Nahen Osten als Projektionsfläche für Antideutsche, Antiimperialisten, Antisemiten und andere. Münster 2006.

BERIT SCHRÖDER ist aktiv bei Für eine linke Strömung (FelS) und in der Interventionistischen Linken (IL).

RAFFAELE SCIORTINO (Turin), Doktorand der Politikwissenschaften an der Università Statale di Milano. Forschungen über Globalisierung und Migration in Italien. Aktivist der No-global-Bewegung.

THOMAS SEIBERT, Philosoph, arbeitet bei medico international, Redakteur von Fantômas – Magazin für linke Debatte und Praxis. Diverse Buchveröffentlichungen zu Politik und Philosophie.

INGO STÜTZLE ist organisiert bei Für eine linke Strömung (FelS) und Redakteur bei ak – analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Jüngste Buchveröffentlichungen: Lars Betthauer/Alexander Gallas/John Kannankulam/Ingo Stützle (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg 2006.

BEN TROTT ist aktiv bei Für eine linke Strömung (FelS) und Redakteur bei Turbulence: Ideas for Movement (www.turbulence.org.uk). Jüngste Veröffentlichungen: David Harvie et al. (Hg.): Shut Them Down! The G8, Gleneagles 2005 and the Movement of Movements. Autonomedia 2005. Und Emma Dowling/Rodrigo Nunes/Ben Trott (Hg.): Immaterial and Affective Labour: Explored. In: Ephemera: theory and politics in organisation, Vol. 7, Nr. 1, April 2007.

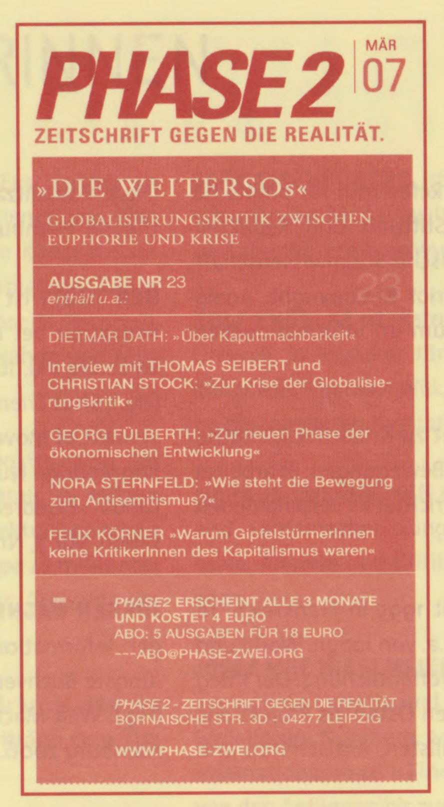
JÜRGEN WAGNER ist geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de). Jüngste Buchveröffentlichung: Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hg.): Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege. Hamburg 2006.

PETER WAHL ist Mitarbeiter von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) und Mitglied des Koordinierungskreises von Attac. Jüngste Buchveröffentlichung: PR-Show oder Weltregierung? Die Bedeutung der G8-Gipfel in der globalisierten Welt. Hamburg 2006.

RAINER WERNING, Politikwissenschaftler und freier Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, ist Vorstandsvorsitzender des Koreaverbands in Deutschland. Jüngste Buchveröffentlichung: Hyondik Choe/Lutz Drescher/Rainer Werning (Hg.): Korea – Entfremdung und Annäherung. Köln 2007.

ARAM ZIAI ist Sozialwissenschaftler und Mitglied des BUKO-Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft. Jüngste Buchveröffentlichung: Zwischen Global Governance und Post-Development – Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster 2006.


LESEN!
analyse & kritik
arranca!
FANTÔMAS
SO ODER SO


PHASE 2
MÄR 07
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.
»DIE WEITERSOs«
GLOBALISIERUNGSKRITIK ZWISCHEN EUPHORIE UND KRISE
AUSGABE NR 23
enthält u.a.:
DIETMAR DATH: »Über Kaputtmachbarkeit«
Interview mit THOMAS SEIBERT und CHRISTIAN STOCK: »Zur Krise der Globalisierungskritik«
GEORG FÜLBERTH: »Zur neuen Phase der ökonomischen Entwicklung«
NORA STERNFELD: »Wie steht die Bewegung zum Antisemitismus?«
FELIX KÖRNER »Warum GipfelstürmerInnen keine KritikerInnen des Kapitalismus waren«
PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG
PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG
WWW.PHASE-ZWEI.ORG


theorie.org
Die linke Basisbibliothek mit www.theorie.org
Inter nationalismus
Josef Moe Hierlmeier
Internationalismus.
Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus
2., erw. Auflage, 216 S., kart., 10,00 EUR,
ISBN 3-89657-594-5
in Vorbereitung Titel zu:
Maoismus / Kritische Psychologie / Antiautoritäre Pädagogik
Schmetterling Verlag


DEN HAMMER SCHMIEDEN
junge Welt
Prekärer Aufschwung
60x60 Abos für die junge Welt


Antifaschistisches Blatt
info
Nr.74 | Winter 2006/2007
Lager, Lieder, Lebensbund - Jugendarbeit im Geiste der HJ
Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.antifainfoblatt.de
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)


grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte, wien
4x jaehrlich
probenummer?
grundrisse@gmx.net
www.grundrisse.net
Alle Politiker und Kapitalisten. Ihr seid nicht mehr willkommen.
John Holloway



Eine Gemeinschaftsproduktion der Redaktionen von ak – analyse & kritik, arranca!, Fantômas und So oder So.

AK-REDAKTION Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel.: 040/40170174, redaktion@akweb.de, www.akweb.de
ARRANCA! c/o Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, arranca@lists.nadir.org, http://arranca.nadir.org/arranca
REDAKTION FANTÔMAS Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel.: 040/40170174, fantomas@akweb.de, www.akweb.de/fantomas
REDAKTION SO ODER SO Falkstr. 74, 60487 Frankfurt, Tel.: 069/79202750, www.sooderso.de

HERAUSGEBER: Föderverein Libertad e.V., Falkstr. 74, 60487 Frankfurt
und Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg.

V.I.S.D.P.: H.P. Kartenberg, c/o Föderverein Libertad e.V., Falkstr. 74, 60487 Frankfurt

GESTALTUNG: bildwechsel / büro für gestaltung / www.image-shift.net BILDREDAKTION: Max Haegen

Warum wir diese Broschüre zum G8 gestaltet haben

>> weil wir – wie viele andere auch – einen Beitrag leisten wollen, dass dieser Event zu einem Bezugspunkt der Linken – national & international – wird, der möglicherweise einen konsolidierenden Effekt haben kann. >> weil wir es klasse finden, dass sich diese vier Zeitschriften zusammengefunden haben, diese Broschüre zu veröffentlichen – um die Bewegung hin zum G8-Summit inhaltlich zu unterfüttern. >> weil wir unsere Ansprechperson vom ak mögen – und die Arbeit Spaß macht, wenn unsere Kunden so gute Vorarbeit leisten (Texte sauber liefern, Checklisten und Zeitpläne einhalten – und auch die letzte Nachtschicht mit uns schieben ;) >> weil Gestaltung unsere politische Praxis ist.

Warum ist diese Broschüre auf gelben Papier mit roter Farbe gedruckt?

Es war klar, dass bei der Fülle von Material (Text) im Verhältnis zum engen Budget nicht viel Raum sein wird, etwas anderes zu gestalten als einen Reader, als eine dichte Textsammlung. Über diese ungewöhnliche Farbigkeit wollen wir in erster Linie irritieren und neugierig machen. Wir wollten dieses Produkt aufwerten und somit dem ganzen zu mehr Nachhaltigkeit verhelfen.

Wir begreifen unsere Gestaltung nicht nur als ein Organisieren von Information – sondern auch als ein Generieren von Inhalt: *„Wie gestalten wir unser Leben in einer Welt, deren Ordnung und Art von Selbstverständnis ständig durch Bilder (oder vielmehr Kombinationen, Nebeneinanderstellungen von Visuellem und Verbalem) geformt und umgeformt wird. Wie gestalten wir unser Leben aus einer begrenzten Reihe von Möglichkeiten und wie gestalten jene unser Leben, die die Macht besitzen? Nur beim hartnäckigen Insistieren auf beiden Extremen einer solchen Frage, wird deutlich, dass die Politik der Darstellung und die Darstellung der Politik untrennbar miteinander verbunden sind, und dass eine Untersuchung der Organisierung des Sehens und der visuellen Produktion als Aktionsfeld gesellschaftlicher Macht eng verknüpft ist mit dem Bemühen, nach alternativen Strategien, wechselnden Räumen und alternativem Wissen zu suchen.“* (J.E. LUNDSTROEM)

Gestaltung ist keine technische Angelegenheit, sondern eine politisch-kulturelle, sie dient der Potenzierung des kommunikativen Anliegens. Dabei kann es keine unverrückbaren Regeln geben, sondern nur das Nutzen von Konventionen, wenn sie sinnvoll erscheinen. Im Kontext sozialer Bewegungen müssen nicht nur die Inhalte sondern auch die Formen der Kommunikation immer wieder neu diskutiert werden. Linke Gestaltung entspringt einer subversiven taktischen Aggression gegen das Netz der scheinbaren Möglichkeiten in der kapitalistischen Kultur. Gepaart mit der Lust eines emanzipatorischen Gestus, der den Blick auf das Unmögliche eröffnet, ist Gestaltung immer politischen Praxis.

FOTONACHWEIS: S.8, 10, 12, 14, 16, 17 Phillipp Wix; S.9 krockenmitte/photocase; S. 11 Barbara Driesen; S. 13 Hanna Neuhaus; S. 15 bulldog1/Suzy Holm/flickr.com; S. 18 CocoRosie/photocase; S. 19 pneff/Patrice/flickr.com

DRUCK: Agit Druck, Adalbertstraße 7-8, 10999 Berlin

AUFLAGE: 8.000 / Ein Teil der Auflage wird kostenlos als Bildungsmaterial zur Verfügung gestellt.
Der Verkauf der restlichen Auflage dient zur Deckung der Kosten.

Diese Ausgabe erscheint als arranca! Nr. 36, Fantômas Nr. 11 und So oder So Magazin Nr. 3

gefördert von Stiftung do und rls Rosa-Luxemburg-Stiftung

ABONNEMENTS:

AK – ANALYSE & KRITIK/FANTÔMAS: Elf Ausgaben ak – analyse & kritik und zwei Ausgaben Fantômas: Jahresabo 53 Euro. Föderabo ab jährlich 85 Euro. Sozialabo jährlich 37 Euro. Probeabo: Drei Ausgaben ak – analyse & kritik für 5 Euro. Abobestellung unter www.akweb.de/service
ARRANCA!: Fünf Ausgaben der arranca! 20 Euro, Auslandsabo Europa 22 Euro (Luftpost 44 Euro) – bitte jeweils angeben, mit welcher Ausgabe das Abo beginnen soll. Zehn Ausgaben nach Wahl (außer den letzten beiden Nummern) 20 Euro, vier Ausgaben nach Wahl (außer der aktuellen Nummer) 10 Euro. Abobestellung über die Redaktionspostanschrift oder per Mail an: arranca@lists.nadir.org
SO ODER SO: Die Libertad!-Zeitung So Oder So ist eine kostenlose Massenzeitung. Wer die Zeitung auslegen oder verteilen möchte, kann sich an die Redaktion wenden. Einzelabos werden nur als Förderabos vergeben. Kontakt: Redaktion So Oder So, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt, Tel.: 069/79202750, www.sooderso.de



Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
Eine radikale Kapitalismuskritik - bereits in 4. Auflage
Elmar Altvater
Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen
2006 - 240 S. - € 14,90
ISBN 978-3-89691-627-0
Oliver Marchart u.a. (Hrsg.)
Stand der Bewegung?
Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme
2006 - 211 S. - € 24,90
ISBN 978-3-89691-632-7
John Holloway
Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen
2006 - 255 S. - € 24,80
ISBN 978-3-89691-514-6
radikal
kritisch
progressiv
Jan Hoff u.a. (Hrsg.)
Das Kapital neu lesen- Beiträge zur radikalen Philosophie
2006 - 370 S. - € 27,90
ISBN 978-3-89691-605-1
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Jahrbuch 2007
Menschenrechte und Völkerrecht
2007 - 257 S. - € 19,90
ISBN 978-3-89691-654-9
Hafenweg 26a / D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 / Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot- verlag.de / www.dampfboot-verlag.de



Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
Zeitnah, und doch gegen den flüchtigen Zeitgeist gerichtet, begleitet die PROKLA nicht nur gesellschaftliches Geschehen, sondern greift mit kritischen Analysen auch politisch in diese ein. Prokla 141 stellt die drängende Frage ins Zentrum, mit welchen Konzeptionen der gegenwärtige Kapitalismus „auf der Höhe der Zeit" zu kritisieren ist. Lassen sich nur Alternativen innerhalb des Kapitalismus formulieren oder auch Alternativen zum Kapitalismus? Und was bedeutet dies für die strategischen Optionen von Bewegungen und Organisationen, die in den 90er Jahren eine neue Welle des sozialen Protests entwickelten und ebenso vielfältig sind wie ihre Ziele.
PROKLA 141
Die Zukunft ist links!
2005 - 171 S. - € 10,50
ISBN 978-3-89691-341-8
PROKLA 143
Die Killing Fields des Kapitalismus
2006 - 156 S. - € 12,00
ISBN 978-3-89691-343-2
PROKLA 147
Internationalisierung des Staates
2007 - ca. 160 S. - € 12,00
ISBN 978-3-89691-347-0
Peripherie 97/98
Weltmarkt für Arbeitskräfte
2005 - 247 S. - € 18,20
ISBN 978-3-89691-809-3
Peripherie 104
Kultur und Macht
2007 - 147 S. - € 9,10
ISBN 978-3-89691-814-7
Peripherie 105/106
Netzwerke in Bewegung
2007 - ca. 240 S. - € 18,20
ISBN 978-3-89691-815-4
Mehr unter www.zeitschrift-peripherie.de
Mehr unter www.prokla.de
Hafenweg 26a / D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 / Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot- verlag.de / www.dampfboot-verlag.de

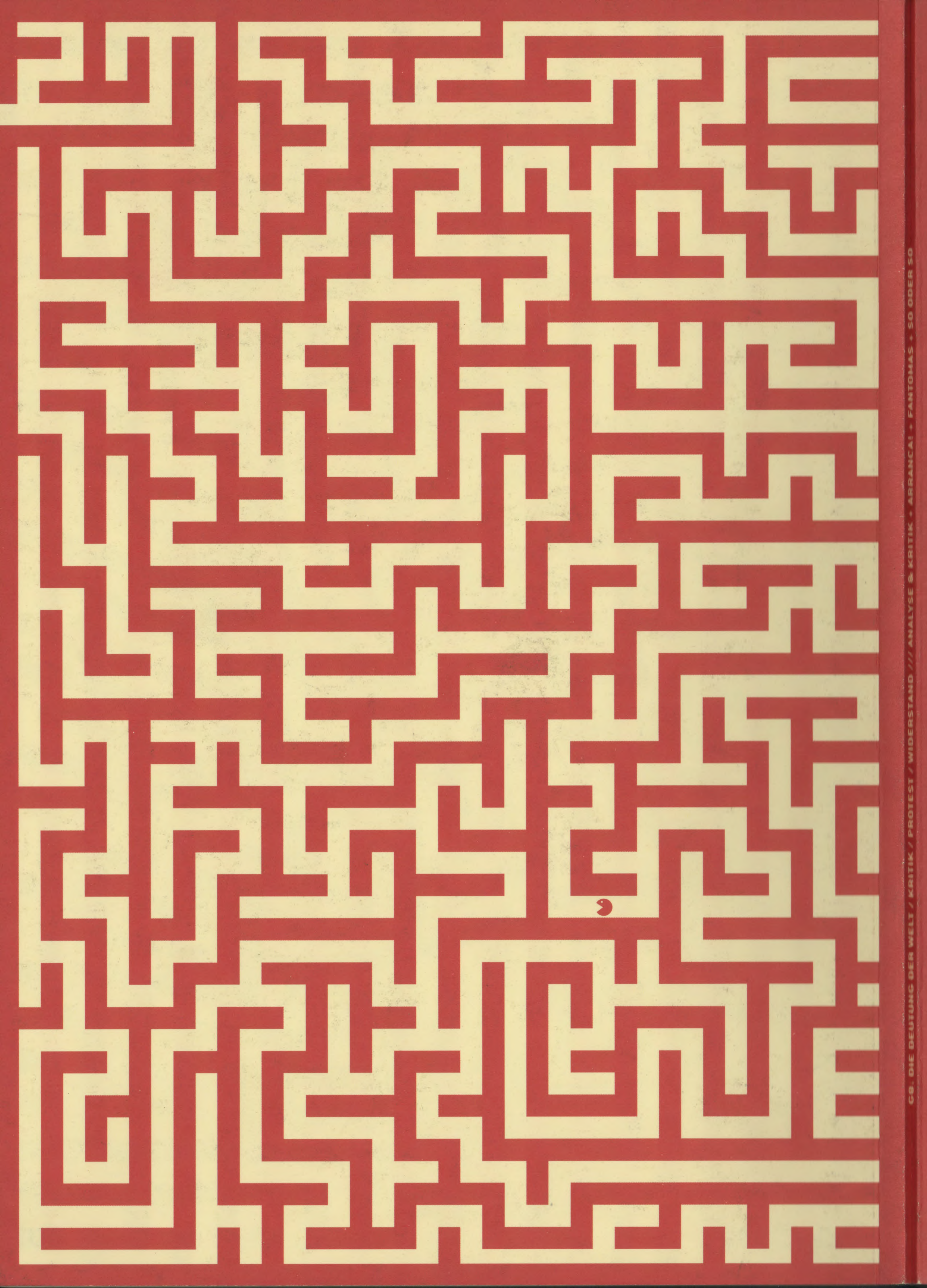


FORUMRECHT
DATEN UND TATEN
DIE SICHERHEITSORGANE LANGEN ZU
Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung
Heft '07-01 zum Schwerpunkt Sicherheitspolitik jetzt erhältlich.
www.forum-recht-online.de
herausgegeben vom Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (BAKJ)



www.image-shift.net > visual communication & other misunderstandings
crazy!
so maybe we have to turn the whole world upside down...!




G8. DIE DEUTUNG DER WELT / KRITIK / PROTEST / WIDERSTAND /// ANALYSE & KRITIK + ARRANCA! + FANTOMAS + SO ODER SO